DIE MONATSZEITUNG FÜR SELBSTVERWALTUNG

CONTRASTE

POSTFACH 10 45 20 – HEIDELBERG 1
TELEFON 0 62 21 - 16 24 67

96 9. JAHRGANG September '92 5,00 DM

AUS DEM INHALT:

SCHREINEREIEN

Ein Technologie-Transfer einmal anders (von unten!) scheint in Kürze von Berlin nach Lettland zur Livischen Lebensgemeinschaft zu klappen. Wegen Mietpreisexplosion im ehemals günstigen Gewerberaum in Kreuzberg mußte die Schreinerei am Leuschnerdamm zwar aufgeben, ihre Überbleibsel an Maschinen und Einrichtungen sind einige hundert Kilometer ostwärts nun zur Produktionsgrundlage geworden. Die Initiative von Sabine Kirstein sowie Erfahrungen und Infrastruktur von »Land und Leute e.V.« für Logistik, Projektanträge und Spendenaufrufe tragen nun in Lettland zu einem Neubeginn in dezentralen handwerklichen Produktionsstätten bei auf Seite 2.

LEBENSGEMEINSCHAFTEN

Der in der letzten Nummer versprochene Beitrag zur Basisgemeinde »Wulfshagener Hütten« muß leider verschoben werden. Stattdessen berichten wir vom Modellversuch Sachsen, wie die unerwartete und praktische Unterstützung von Selbstversorgungsprojekten durch die sächsische Landesregierung ohne Übertreibung genannt werden kann. Allein, die konkrete Umsetzung im Projektealltag muß noch die Hürden von richtig formulierten Förderanträgen und aktiver Unterstützungswerbung nehmen. Die mit 300 Menschen gut besuchte Konferenz auf dem Hof Frohberg hat außerdem einige Schwierigkeiten bei der Ost-West-Diskussion aufgezeigt; nachzulesen neben einem Einblick in die ökologische Lebensgemeinschaft »Ecolonie« in den Vogesen auf Seite 4.

FRAUEN

Der vor zehn Jahren von Bonn geschaffene »zweite Arbeitsmarkt« ist im Zuge Möllemannscher Sparpolitik massiv in Gefahr: ABM-Kahlschlag macht die Runde! Die ABM-Stellen dienten zur Entlastung der Arbeitslosenstatistik und sollten idealerweise dem betroffenen Personenkreis den Sprung in den ersten Arbeitsmarkt erleichtern. Staatliche und später immer mehr freie Träger profitierten davon, weil sie über ABM zusätzliche Arbeitsbereiche eröffnen konnten. Mit der Zeit wurde auf diesen Stellen nicht zusätzliche sondern oft für Projekte existenzsichernde Arbeit geleistet. Den Aufschrei nach dem Bonner ABM-Kahlschlag, der insbesondere Frauenprojekte betrifft, schildert Cornelia Kinzler in der Hamburger Frauenzeitung; wir dokumentieren dazu ein öffentliches Protest-Schreiben an Arbeitsminister Blüm, auf Seite 10.

GENOSSENSCHAFTEN

Keine Probleme mit Strukturen, schon eher handfeste Schwierigkeiten mit dem Prüfer hatte ein Geschäftsführer einer Schuh-Einkaufsgenossenschaft aus Freiburg. Der »lockere« Umgang mit der Wahrheit bzw. die Beschönigung der Geschäftsergebnisse wurden dem ursprünglich als »Retter in der Not« bezeichneten Angeklagten vorgeworfen. Warum er schlußendlich doch mit einem milden Urteil wegkam, ist nachzulesen auf Seite 12.

DAS VERFLIXTE GELD – 19. FOLGE

»Auf keine andere Weise als durch Inflation können in so kurzer Zeit so wenige so reich und so viele so arm gemacht werden.« Diese Aussage stammt vom ehemaligen Präsidenten der Schweizerischen Nationalbank Fritz Leutwiler, und beendete unsere letzte Folge. Helmut Creutz setzt das Thema Inflation fort und vergleicht die Bundesbank mit simplen Geldfälschern, nur mit ungleichen Konsequenzen: Was die Blütenproduzenten bei ungeschickter Arbeitsweise – sprich: falls sie erwischt werden – für längere Zeit hinter Gittern bringt, veranstaltet die staatlich legitimierte Notenpresse regelmässig, dafür in unvergleichbarer Grössenordnung: Sie druckt ungedeckte Geldscheine, verwässert damit die Kaufkraft der Bevölkerung und heizt die Inflation an. Wem dieser Vergleich zweier Betrüger zu durchsichtig erscheint, lese weiter auf Seite 13.

BLICK ÜBER DIE GRENZEN...

Frauen warten nicht auf den Himmel...

Mit Sexshops, Pornoläden, Spielhöllen und Automärkten trat die kapitalistische Marktwirtschaft vor drei Jahren ihren Siegeszug in Ostberlin an. Mit großen Versprechungen von Freiheit und Glück zieht die Ware Frau die neuen Verbraucher in ihren Bann. Früher erwies sich das Märchen von der Lorelei bei näherem Hinsehen als ein verhängnisvolles Trugbild. Auch heute haben die schönen Gaukeleien der Werbung mit der Wirklichkeit von Frauen wenig zu tun.

Foto: Erik-Jan Ouwekerk

Ricarda Buch, Redaktion Frauen ● Im Gegenteil, der Blick über die Grenzen zeigt, daß sich die Lage von Frauen weltweit verschlimmert. Die Gewalt gegen Frauen nimmt zu, ihre Lebensbedingungen verschlechtern sich. Es wächst aber auch der Widerstand von Frauen, ihr Mut und die Einsicht, selbst für eine Veränderung der sie bedrohenden Verhältnisse einzutreten. Frauen warten nicht auf den Himmel.., sondern schildern in diesem Schwerpunkt ihre Lebensbedingungen in unterschiedlichen Ländern und ihre vielfältigen selbstorganisierten Aktivitäten zur Verbesserung ihrer Situation.

In den vergangenen Wochen erreichten uns Beiträge von Frauen aus Rußland, Polen, Korea, Nicaragua und Guatemala und wir hatten in den Berliner Frauenprojekten die Gelegenheit, einige von ihnen kennenzulernen. Die Frauen aus Moskau sind an einer Zusammenarbeit mit CONTRASTE interessiert und wollen in regelmäßigen Abständen Beiträge zu frauenrelevanten Themen aus der Sicht russischer Frauen liefern. Die polnischen Frauen hielten sich eine Woche lang in Berlin auf. Auf einer Seminarwoche, die von der feministischen Gesellschaft Polens und der Europäischen Frauen Aktion (EFA) organisiert war, fanden Vorträge und Diskussionen zu Themen wie der Arbeitsmarktsituation von Frauen in beiden Ländern, zu Strategien gegen das Abtreibungsverbot und das sich wandelnde Frauenbild in der postkommunistischen Gesellschaft statt.

Der drastische Anstieg der Frauenerwerbslosigkeit in den neuen Bundesländern als Folge der wirtschaftlichen Umstrukturierung zeigt, wie Frauen durch die Einführung der kapitalistischen (un)sozialen Marktwirtschaft vom Arbeitsmarkt verdrängt und der Möglichkeit einer eigenständigen Existenzsicherung beraubt werden. Frauen geraten zunehmend unter den Druck unterschiedlicher Verwertungsinteressen, sollen durch die Propagierung konservativer Werte wieder für die Hausfrauen- und Mutterrolle zugerichtet bzw. durch die Sexindustrie in einzelne Körperteile zerlegt und vermarktet werden. Diese Tendenzen kündigen sich in weitaus bedrohlicherem Ausmaß in der postkummunistischen Gesellschaft in Rußland und Polen an.

Elvira Novikowa beschreibt in ihrem Beitrag die Situation der russischen Frauen während der wirtschaftlichen Umstrukturierung. Diese ist geprägt von zunehmender Frauenarbeitslosigkeit, erheblichen Mängeln in der Gesundheitsversorgung und der Versorgung an Gütern des täglichen Bedarfs. Die Frauen verbringen ihre Zeit und Kraft in langen Schlangen vor den Geschäften, ihre Doppelbelastung steigt und zermürbt ihre Gesundheit.

In einem weiteren Beitrag aus Moskau schildert Elvira Novikowa das sich wandelnde Frauenbild in den russischen Massenmedien. Während die russischen Frauen zu Zeiten des Kommunismus als kraftvolle Erbauerinnen der sozialistischen Gesellschaft gefeiert wurden, sollen sie jetzt der erfolgreichen Karrierefrau, der aufopferungsbereiten Mutter oder der Schönheitskönigin nacheifern.

Malgorzata Fuszara umreißt die schwindenden Frauenrechte in Polen, Beata Grudzinski die Situation der polnischen Frauen auf dem Arbeitsmarkt und von der Organisation Pro Femina erreichte uns eine Darstellung der Kampagne gegen das Abtreibungsverbot in Polen.

Auf der Suche nach Fördermitteln begegnete uns Park aus Korea und erzählte von der Korea Women Farmers Organisation, die den Widerstand gegen sich verschlechternde Lebensbedingungen der koreanischen Landfrauen organisiert.

Auch in Nicaragua und Guatemala machen die Frauen mobil. Dies erfordert besonderen Mut, denn die Frauen Zentralamerikas sind besonderen Gefahren in ihrem Kampf für bessere Lebensbedingungen und mehr Rechte ausgesetzt. ●

Unser Schwerpunktthema auf den Seite 5 bis 9.

P 8008 E

00.2621 001 7
##Andreas Wischner
Frankenstr. 15
D-1000 Berlin 30

EIN GEMEINNÜTZIGES WIRTSCHAFTSPROJEKT IN RUMÄNIEN

Hilfe zur Selbsthilfe

Die verheerenden Erfahrungen mit der verstaatlichten Wirtschaft in den Ländern des ehemaligen Ostblocks verleiten leicht zu einer weniger kritischen Betrachtung der eigenen, sogenannten »marktwirtschaftlichen« Erfahrungen. Und Marktwirtschaft heißt: das Was und Wie der Produktion orientiert sich am eigenen Vorteil, dem Gewinn. Dieser ist die Triebkraft. Der Befriedigung des Marktes (und das sind zumindest in der Theorie, die Bedürfnisse der Menschen) ist nur indirekt das Ziel, nur insoweit, als dieses Marktgeschehen Gewinn verspricht.

Reinhard Büchner, Redaktion Heidelberg ● Die alltägliche Praxis der freien und sozialen Marktwirtschaft zeigt immer wieder aufs Neue, daß nicht nur die sozialistische Verstaatlichung sondern auch das marktwirtschaftliche Eigennutzprinzip negative Folgen produziert – Umweltschmutz, Müllproduktion, Ressourcenverschwendung, Arbeitslosigkeit, Teuerung (vor allem an Grund und Boden), Menschen-Rechtlosigkeit im Betrieb und anderes mehr.

Alternative Gestaltungsvorschläge für eine »neue Ökonomie« waren schon vor der »Wende« 89 nicht gerade zahlreich und die meisten Ideen gingen über eine Gestaltung der eigenen Arbeitsplätze kaum hinaus. Seither herrscht aber fast Funkstille. Eine Ökonomie, die die Interessen und Bedürfnisse der Menschen unmittelbar und nicht nur vermittelt über das Gewinninteresse zum Inhalt hat, ist seit dem sozialistischen Bankrott kaum mehr zu denken. Das Bündnis 90 sieht in diesen »jahrzehntelangen Erfahrungen mit sozialistischen Vergesellschaftungexperimenten planwirtschaftlicher Natur« sogar eine »Negativ-Beweiskraft, die kein theoretischer Exkurs erschüttern« könne. Schade nur, daß dann außer einem sozial abgefederten Kapitalismus kein Ideen- und Gestaltungsspielraum bleibt.

An Vorstellungen zum Thema Menschenrechte und neuen Ökologiekonzepten herrscht (glücklicherweise) kein Mangel; wie diese allerdings innerhalb eines auf die Durchsetzung des Eigennutzes angelegten Wirtschafts- und Gesellschaftskonzepts dauerhafte Substanz erlangen können, wird nicht hinterfragt oder bleibt unbeantwortet.

Ingrid Kurz-Scherf, ehemals Leiterin der Abteilung Tarifpolitik beim DGB und Staatssekretärin im Ministerium für Arbeit, Soziales, Frauen und Gesundheit in Brandenburg mahnte in einem TAZ-Beitrag im Oktober 91 die verlorengegangene soziale Phantasie in diesem Bereich an. »Wenn die in Deutschland amtierende politische Klasse in den letzten eineinhalb Jahren eines geschafft hat, dann ist es die Einäscherung der sozialen Phantasie. Das Ende der Utopie nicht weil es daran keinen Bedarf mehr gäbe, nicht weil wir der Utopie nicht mehr bedürften als 'Wärmestrom' der Geschichte, sondern weil sie im 'Kältestrom' der obwaltenden Kleingeistigkeit ersoffen ist.« Nach wie vor müsse die »Eigentumsfrage« gestellt werden und zwar »jenseits der Alternative Verstaatlichung oder Kapitalaristokratie«, die Frage nach einer Alternative zu der »an das private Eigentum an Produktionsmitteln geknüpften Verfügungsgewalt über andere Menschen.«

Fragen, die gerade angesichts der scheinbaren Erledigung der »Systemfrage« durch den Siegeszug der Marktwirtschaft nach wie vor als »unerledigt« betrachtet werden müssen und kreativer und solider wissenschaftlicher Antworten bedürfen – in der Hoffnung, daß die Kleingeistigkeit noch nicht völlig gesiegt hat. MEDIA ROMANIA, eine Initiative mit Sitz in Medias, einer Stadt in Siebenbürgen mit etwa 80 000 EinwohnerInnen, macht den Versuch, in einem ehemals sozialistischen Land in einem Projekt mit regionalen Dimensionen neue Antworten auf diese Fragen zu erarbeiten und umzusetzen.

Die Ausgangsbedingungen in Rumänien sind sehr zwiespältig:

Total am Boden liegende Ökonomie, Unterversorgung mit vielen lebensnotwendigen Gütern und Lebensmitteln – aber auch offene, erwartungsvolle und tatendurstige Menschen. Menschen, die in der Lage sind, neue Gedanken aufzunehmen, die vom wirtschaftlichen Egoismus noch nicht total eingefangen sind. Was natürlich nicht bedeutet, daß dies immer so bleiben wird.

Fortsetzung auf Seite 3

BUCHBESPRECHUNG

Die Pille macht Macht oder »jede Branche hat ihre KlinkenputzerInnen«

Weltweit jede dritte Packung oraler Kontrazeptiva stammt aus dem breitgefächerten Angebot eines international operierenden Mischkonzerns, der seit über einem Jahrhundert im Berliner Stadtteil Wedding beheimatet ist. Neben der Produktion von Anti-Baby-Pillen mischt die Schering AG auch im internationalen Geschäft mit Industrie-Chemikalien und Pestiziden kräftig mit. Das Schering-Aktions-Netzwerk (SchAN) hat in dem vorliegenden Buch zusammengefaßt, wie sich der Konzern immer wieder zugunsten seiner Bilanzen über gesundheitliche und ökologische Bedenken hinwegsetzt und die Risiken seiner Produkte und Altlasten verharmlost. Gerade dem »Wachstumsmarkt Empfängnisverhütung« wird heute besonderes Augenmerk gegönnt, wo die Lösungen ökologischer Probleme des Trikonts immer in einem Atemzug mit der sog. »Bevölkerungsexplosion« genannt werden. Beseitigung der Armut und ungerechter Landverteilung wird über sogenannte Bevölkerungspolitik mit der Beseitigung der Armen begegnet.

Am Beispiel des Kontrazeptivums Femovan wird darüberhinaus aufgezeigt, wie die »supersanfte Mikropille« trotz erwiesenermaßen deutlich erhöhtem Tromboserisiko weiter vertrieben wird und mittlerweile mehr als 1,5 % des Weltumsatzes von Schering trägt. Eben dieser Bericht und ein dazu verwendetes Foto (S.63) aus dem offiziellen Geschäftsbericht von 1987 haben zu einer unfreiwilligen »Erweiterung« des Buches beigetragen: Gegen die Geschäftsinhaber des Verlages wurde eine Verfügung vom Amtsgericht Berlin erlassen, die die weitere Veröffentlichung des Fotos mit einer Ordnungsstrafe von 500.000,– DM belegt. Trotz der Versicherung von Schering, nicht juristisch gegen ihre KritikerInnen vorzugehen, unterstützte die Rechtsabteilung von Schering die Erwirkung der einstweiligen Verfügung. Die inkriminierte Stelle wird nunmehr geschwärzt vertrieben. Nach »Macht ohne Kontrolle« (Berichte über die Geschäfte der Deutschen Bank) und »BAYER macht Kasse« ist dieses Buch in der Reihe »gegenbilanzen« des Schmetterling-Verlages ein weiterer Einblick in die Internas deutscher Konzerne. ●

küma

Schering-Aktions-Netzwerk/Henry Mathews (Hg.): Die Pille macht Macht, 196 Seiten, 1992, stabile Bindung für mehrmaligen Gebrauch, 22,80 DM, ISBN 3-926369-42-6

SEMINARHINWEIS

Fachanleitung für ökologisch orientierte Schreinereien

Zu den Themen »Oberflächenbehandlung« und »Plattenwerkstoffe« findet am 24. Oktober 1992 von 10.00 bis 18.00 Uhr im Union Gewerbehof in Dortmund ein vom NETZ organisierter Erfahrungsaustausch regionaler SchreinerInnen statt. Kompetente Referenten halten vorher kurze Impulsreferate. Abschließend wird eine Diskussion über einen gemeinsamen Materialeinkauf im Verbund geführt. Das genaue Programm und Anmeldung: Markus Wetter
NETZ für Selbstverwaltung und Selbstorganisation
Huckarderstr. 12 · W-4600 Dortmund
☎ (02 31) 16 24 76

SCHREINEREIEN

Ein Regenbogen von Berlin nach Lettland

Als vor 11 Jahren die Regenbogen-Fabrik in Berlin nach einer Besetzung gegründet wurde, begann auch die abenteuerliche Odyssee einer Schreinerei, die im September diesen Jahres vermutlich in Lettland bei der Livischen Lebensgemeinschaft enden wird.

Redaktion Südwest, Andreas Küstermann ● Die damit verbundene Geschichte beinhaltet von Besetzung über Legalisierung, Gruppendynamik und Trennung bis hin zur Aufgabe wegen Mietpreisexplosion ehemals günstigen Gewerberaumes in Kreuzberg fast alle Eckpunkte Berliner Projektgeschichte des letzten Jahrzehntes. Anders wie sonst steckt aber in dem Ende dieser Werkstatt ein Neubeginn, der erwähnenswert erscheint.

Sabine Kirstein, eine der Übriggebliebenen der alten Schreinerei am Leuschnerdamm, wo die Reihe der Hausnummern abrupt endet und keine andere Straßenhälfte mehr existiert, sondern alles noch auf die heute nicht mehr vorhandene Mauer hindeutet, hatte im Dezember 91 anläßlich eines Lettlandbesuches die Idee, aus den hiesigen veralteten Überbleibseln der Schreinerei die Produktionsgrundlage für besagte Livische Lebensgemeinschaft in Lettland zu schaffen.

Die LivInnen, in Lettland noch ca. 300 Menschen, sind nachweislich die letzten UreinwohnerInnen des Baltikums. Vor ca. einem Jahr hat die lettische Regierung den LivInnen einen Teil ihrer angestammten Heimat an der baltischen See zur Selbstverwaltung übergeben.

Kernstück dieser Region ist ein altes aufgegebenes Militärgelände der Sowjets, in dem Werkstätten und grundlegende Infrastruktur vorhanden ist. Erste noch vorhandene Häuser der alten Siedlungen wurden renoviert und Neubauten für kleinere Dorfeinheiten sind geplant. Parallel dazu sollen nach und nach die über die ganze ehemalige UdSSR verstreuten Menschen sich in diesem Gebiet wieder sammeln können und an ihre geschichtlichen Traditionen anknüpfen. Dies ist besonders schwierig, da der Bevölkerungsverlust im Baltikum zwischen 39 und 45 zu den größten in ganz Europa gehörte. (Estland 25%,Lettland 30%, Litauen 15%). So ergab sich bald die Vernachlässigung der eigenen Traditionen und die immer größere Verfremdung durch den sowjetischen Vorherrschaftsanspruch in Geschichte, Literatur und Kunst, aber auch bei der Alltagskultur. Auch die Wirtschaftspolitik glich eher einer Kolonialisierung, weshalb heute ein völliger Neubeginn in dezentralen handwerklichen Produktionsstätten notwendig erscheint. Der Aufbau dieser Werkstatt könnte ein Schritt in diese Richtung sein.(geschichtlicher Auszug in Zahlen siehe nebenstehender Kasten).

Sabine Kirstein hat sich mittlerweile dem Verein Land und Leben e.V. angeschlossen, da sie zu Anfang dieser Aktion auf keine Erfahrung und Infrastruktur zurückgreifen konnte, Projektanträge, Spendenaufrufe oder die Logistik einer solchen Aktion vom Ausbau aller Teile bis zum Transport und der Weiterbetreuung aber einen immensen Aufwand bedeuten.

Konkret werden heute noch Geldspenden gesucht, die ermöglichen, die ehemaligen MitinhaberInnen auszubezahlen, aber auch Sachspenden aus Schreinereien, die hier nicht mehr benötigt werden. Als Beispiel sei angeführt, daß z.B. die komplette Elektrik aus der Schreinerei, die samt Schaltkästen bei uns auf dem Müll landen würde, dort bei der Einrichtung noch Verwendung findet, da die finanziellen Mittel verständlicherweise nicht so üppig sind. Desweiteren wird eine Fachkraft gesucht, die sich zutraut, die Maschinen beim Aufstellen zu betreuen und den dortigen HandwerkerInnen erste Einweisungen zu geben. Da der Transport vom Zeitplan einer Spedition abhängig ist, und sehr kurzfristig erfolgen kann, werden potentielle SpenderInnen oder anderweitig Interessierte gebeten, sich möglichst schnell in Verbindung zu setzen mit:
Sabine Kirstein, Leuschnerdamm 19, 1000 Berlin 36;
☎ (0 30) 614 48 65, Anrufbeantworter 614 46 99
oder Fax 6915752 ●

GESCHICHTLICHER HINTERGRUND

Der Begriff Lettland, auch Estland, bildete sich erst in der Mitte des 19.Jhd. heraus, vorher wurden diese Gebiete Livland und Kurland genannt.

Zur Zeit des 1.Weltkrieges:

1915	Litauen wird von deutschen Truppen besetzt
1918-20	Die baltischen Staaten müssen ihre Unabhängigkeit in Kriegen mit Sowjetrussland neu erkämpfen
1922	Baltische Staaten werden in den Völkerbund aufgenommem
1939	geheime Zusatzprotokolle zwischen Sowjetunion und Deutschem Reich: Litauen fällt an die Deutschen, Lettland/Estland an die Sowjets
1940	Litauen, Estland, Lettland werden als 14./15./16. Sowjetrepublik in die Union aufgenommen.
1941	Erste große Massendeportationen; aus jedem Land wird ca 1% der Bevölkerung verbannt
1941	Erneute Besetzung des Baltikums durch die Deutsche Wehrmacht
1944/45	Erneute Besetzung durch die Rote Armee, verbunden mit starker Sowjetisierung in allen Lebensbereichen
1945-50	Zwangskollektivierung der Landwirtschaft; Widerstand durch Partisaneneinheiten
1950-58	Säuberungswellen unter den KommunistInnen in Estland und Lettland
1986/87	BürgerInnenproteste im Baltikum gegen ökologisch nicht vertretbare Wirtschaftsvorhaben der Sowjets
1987	Große Protestdemos im ganzen Baltikum (Anlaß war der Jahrestag der Paktunterzeichnung zwischen Molotow und Ribbentrop)
1988	In Baltischen Hauptstädten finden Massendemos statt
1989	Ca. 1 Mio. Menschen bilden eine Menschenkette von Tallinn-Riga-Vilnius, und fordern die Liquidierung des Hitler-Stalin-Paktes
1990	Gorbatschow will die KommunistInnen in Litauen zum Einlenken bewegen. StaatsbürgerInnenbewegungen in Lettland/Estland, später auch Verletzte in Litauen. Kontaktaufnahme untereinander.
1991	Tote und Verletzte nach Übergriffen der Sowjets – Putschversuche scheitern Lettland und Estland erklären sich unabhängig, Litauen folgt. Anerkennung von der Europäischen Gemeinschaft.

Die Zeit der Selbständigkeit der Baltischen Staaten in diesem Jahrhundert bezieht sich lediglich auf die Zeit zwischen den beiden Weltkriegen. Vor dem Einmarsch der Roten Armee setzt folgende Entwicklung ein:

- Flucht ins Ausland vieler BürgerInnen, darunter große Teile der »Intelligenz«
- Verbannung,Zwangsarbeit
- Verlust sozio-kultureller Substanz

red.südwest, s. kirstein

REZENSION

Die Grundlügen der Pädagogik

Es darf wohl als besonders pikant gewertet werden, wenn ein Hochschullehrer den PädagogInnen auf die Finger klopft. Freerk Huisken, Experte für Politische Ökonomie des Ausbildungswesens und für Erziehungswissenschaften an der Universität Bremen, legt mit seinem im VSA-Verlag Hamburg verlegten Buch »Die Wissenschaft von der Erziehung« ein äußerst brisantes Werk vor. Es trägt den hübschen Untertitel »Einführung in die Grundlügen der Pädagogik« und machte hoffentlich nicht nur mich neugierig.

Und wahrlich, vor dem Leser oder der Leserin tut sich eine Fundgrube auf, an Argumentationshilfen gegen den Blödsinn der Erziehung an sich und der kapitalistisch – oder sollte ich besser schreiben: ideologisch – geprägten im Besonderen. Erfrischend und dadurch gut lesbar ist das wissenschaftlich scheinende Werk (es ist erst der erste Teil und der zweite folgt – Schule und Bildung sei Dank – schon 1992) besonders durch die Respektlosigkeit, die der Autor auch »großen« Namen und Ideologien gegenüber an den Tag legt.

Im Kapitel A untersucht Huisken die Behauptung der PädagogInnen, daß der mensch ohne Erziehung kein Mensch wird und das Axiom, daß der Mensch erziehungsbedürftig sei. Er kommt zu erstaunlichen Ergebnissen.

Das Kapitel B. erklärt die Konstruktion der Erziehungsziele durch die Pädagogen, denn ohne Ziel wäre sie (die Erziehung) »richtungslos«. Man lese und staune: dies ist tatsächlich die Meinung eines Oberpädagogen, nämlich des Wolfgang Klafki im Funk-Kolleg EW 2. Aber der von namenhaften Pädagogen verfaßte Unsinn zieht sich durch Jahre und hunderte von Seiten pädagogisch wissenschaftlicher Literatur.

Das Kapitel C befaßt sich mit den Leistungen der Erziehungswissenschaft:
»die Pädagogik gehört nicht zu jenen Disziplinen des Geistesleben, welche zu stimmigen Urteilen ü + ber ihren Gegenstand gelangen und mit ihrer Anwendung seine praktische Beherrschung voranbringen wollen. Ein solcher Zusammenhang von Theorie und gesellschaftlicher Praxis, der jede von der Darstellung der Resultate diese Disziplin getrennte Erörterung ihrer Leistungen obsolet machen würde, liegt hier nicht vor. Weil es dieser Wissenschaft nicht um die Erklärung ihres Gegenstand geht, verdanken sich ihre falschen Urteile auch nicht einfach nur Fehlschlüssen, sondern haben Methoden...« (Zitat Huisken, Seite 225) Wer da noch nicht auf den Geschmack gekommen ist...

Da kommen sie nicht gut weg, die Protagonisten sowohl linker oder rechter Provenienz. Oftmals lassen sich verblüffende Gemeinsamkeiten finden, wie z.B. beim konservativen Wolfgang Brenzinka und dem fortschrittlicheren Hans Jochen Gamm, z.B. bei der Beurteilung der Notwendigkeit von der Unterordnung des Menschen unter das Diktum der Gemeinschaft oder andererseits der diesem entgegengesetzten notwendigen individuellen Freiheit.

Faschistische und Realsozialistische Erziehungstheorien und folglich deren Praxis sind nach der Analyse von Huisken zwar nicht identisch, aber die Form sowohl der Indoktrination, Manipulation und Demagogie beiden eigen. Die Erklärungsmodelle für die Richtigkeit ihrer pädagogischen Theorien sind nach der Huiskenschen Analyse im wesentlichen hohle Phrasen, die nichts erklären, wohl aber die jeweilige Unzulänglichkeit verkleistern.

Allen pädagogischen Modellen ist gemeinsam, daß sie selbstverständlich davon ausgehen auf der Seite des Guten zu agieren und die Motivation beinahe religiösen Charakter erhält.

Ein wenig enttäuschend ist die schnodderige Flachheit, mit der das Kapitel über die Anti-Pädagogik abgehandelt wird. Dem Leser, der Leserin wird ein Eindruck vermittelt, als ob diese Non-Pädagogik nur von den Theorien der Alice Miller und des Ekkehard von Braunmühl gespeist wird. Nun gibt es gerade hier eine Bandbreite von Standpunkten, die von radikal linken Positionen bis hin zum Home Schooling der Renata Leuffen geht. Hätte Herr Huisken den Anti-PädagogInnen ein wenig mehr Aufmerksamkeit gewidmet, so wären ihm sicher der größere Teil seiner Fragen im am Schluß des Buches auftauchenden »Ausblick« beantwortet worden.

Aber, was nicht ist, kann ja im zweiten oder dritten Teil noch folgen. Es handelt sich bei der »Einführung in die Grundlügen der Pädagogik« um ein durchaus empfehlenswertes Buch. ●

Gerhard Kern

Freerk Huisken: Die Wissenschaft von der Erziehung
Einführung in die Grundlügen der Pädagogik
VSA-Verlag Hamburg 1991, 293 Seiten DM 20,-

Anzeige

»Utopien Leben«

Europaweiter Kongreß, 08. bis 11. Oktober 1992, »COME IN«, Berlin-Adlershof

Donnerstag, 08.10.: Eröffnung * Kulturprogramm **Freitag, 09.10.**: »Der Europa-Gedanke – Letzte Utopie in Mitteleuropa?«, Frieder O. Wolf * »Soziokultur zwischen Alltagskultur und ästhetischer Avantgarde«, Marianne Pitzen (Bonn), Christoff Tannert (Berlin) * »Regionalismus – Nationalismus«, Rossen Milev (Sofia), Karl Homuth (Berlin) * »Utopieverlust – Subkultur und Neue Soziale Bewegungen«, Dr. Rolf Schwendter, (Kassel), angefragt, Eva Krings (Köln) * »Am Rande der Städte – Marginalität, Stadtplanung und Kultur«, Prof. Michael Krummacher (Bochum) * »Kultur, Soziokultur und Kunst in Ost und West«, Phillipe Grombeer (Brüssel), Maxim Polzikov (Moskau), Szczepan Nowak (Warschau), Dr. Werner Hartung (Hannover) **Samstag, 10.10.**: »Welcome to America«, Dokumentarfilm, Diskussion zum Thema »Sponsoring« * Streitgespräch: Prof. Bazon Brock (Wuppertal), G. J. Lischka (Bern) * Kulturprogramm **Sonntag, 11.10.**: »Das Neue Europa und Aspekte Europäischer Kultur aus der Sicht von außen«, Prof. Oleg Tabakov (Moskau), angefragt, Kazuaki Tani (Tokio)

VeranstalterInnen/ Information/ Anmeldung:
Bundesvereinigung sozio-kultureller Zentren e.V. und Förderband e.V.
Wilhelm-Nieswandt-Allee 104, 4300 Essen 12, Tel.: 0201-350281, Fax: 0201-352970
Gefördert vom Bundesministerium des Innern

FORTSETZUNG VON SEITE 1

Hilfe zur Selbsthilfe

○ Siebenbürgen ist eine Gegend, die stark unter der Herrschaft Ceaucescus gelitten hat, geprägt von enormem ökonomischem und ökologischem Raubbau – mit außerordentlichen Entwicklungsmöglichkeiten und fruchtbarstem Land.
○ Seit Jahrhunderten lebten dort RumänInnen, Deutsche, UngarInnen und Sinti mit- bzw. nebeneinander – die Herausforderung zur Gestaltung multikulturellen Zusammenlebens ohne äußeren Zwang ist dort beispielhaft gegeben, diese Aufgabe muß zwingend gelöst werden.
○ Die Menschen müssen es erst wieder lernen, Eigeninitiative zu ergreifen, Kreativität und demokratisches Selbstbewußtsein zu entwickeln, Verantwortung zu übernehmen – und können dabei auf wichtige historische Erfahrungen in der Sozialgestaltung Siebenbürgens zurückgreifen.

In dieser schwierigen und zugleich auch günstigen Situation arbeitet die Initiative MEDIA ROMANIA nun seit Anfang 1991. Sie arbeitet an einer Sozialgestaltung, die es den Menschen ermöglichen soll, frei und aus Erkenntnis selbstbestimmt zu handeln. Dies kann nur gelingen durch eine, Hand in Hand gehende, theoretische und praktische Erarbeitung der Gestaltungsideen. Kein abgehobener Utopismus ist gefragt, aber auch kein ideenloser Pragmatismus.

Es geht um einen Prozeß der keine neuen Menschen braucht, der von den bestehenden Verhältnissen ausgeht und die darin schlummernden zukunftsweisenden Elemente zur Entfaltung bringt. Diese vorhandenen Keime zu entdecken, ins Rechte zu denken und ihnen zu ihrem Recht zu verhelfen, dies ist die Aufgabe.

Im folgenden soll es nun darum gehen, die Umsetzung dieser Erkenntnisse und Gestaltungsaufgaben am Beispiel MEDIA ROMANIA aufzuzeigen.

Die Initiative **MEDIA ROMANIA** ist eine »Assoziation freier, sozial verpflichteter Unternehmen und Initiativen zur Förderung der ökonomischen, kulturellen und demokratischen Erneuerung in Siebenbürgen«. Sie besteht aus der gemeinnützigen rumänischen **Stiftung MEDIA FUTURUM** (sowie zwei kleinere Stiftungen für spezielle Aufgaben) und der **MEDIA COMMERZ AG**, eine Betriebsgesellschaft mit verschiedenen selbständig wirtschaftenden Abteilungen in unterschiedlichsten Branchen.

○ Die Stiftung MEDIA FUTURUM verwaltet alles Kapital, das aus dem Ausland zur Verfügung gestellte wie das im Land selbst erwirtschaftete. Sie stellt es als »freies Sozialkapital« kulturell und wirtschaftlich produktiven, aus der MEDIA-Initiative entstandenen Unternehmen treuhänderisch zu Verfügung. Unternehmerische Initiative und Verantwortung wird möglich ohne das private Eigentum an den Produktionsmitteln – die Selbständigkeit der einzelnen Betriebe bleibt gewahrt.
○ Aus der Erkenntnis, daß alles Kapital aus dem Zusammenwirken aller am Wirtschaftsprozeß Beteiligten entsteht, folgt auch, daß die erarbeiteten Gewinne nicht privatisiert, sondern – in Absprache zwischen der Stiftung und den Unternehmensleitungen – für kulturelle, soziale, kommunale und weitere wirtschaftliche Projekte bereitgestellt werden. Natürliche und soziale Umwelt, Infrastruktur und Bildung sind, gesellschaftlich entwickelt und finanziert, Voraussetzung für jede Produktion; dies verbietet, aus der Sache heraus, eine private Gewinnverwendung.

Landwirtschaft in Dupas/Tobsdorf

○ Wenn die Bedürfnisse der Menschen in der Ökonomie an die erste Stelle treten, kann dies nicht nur in Bezug auf die Produkte und die Warenbeziehungen gelten, dies muß sich auch innerbetrieblich ausdrücken. Die MitarbeiterInnen sind mündige BürgerInnen, der »demokratische Sektor« kann nicht am Betriebstor enden. Die MEDIA-Unternehmen sind deshalb freie, von ihren MitarbeiterInnen selbstverwaltete Arbeitsstätten.

○ Nach MEDIA-Verständnis ist das Beziehen von Einkommen keine Entlohnung für erbrachte Leistung, sondern Voraussetzung für ein freies Wirken in der Arbeit. Die Bereitstellung eines sozial orientierten Einkommens wird als Menschenrecht betrachtet, das sich am Durchschnitt der Einkommensentwicklung im Land orientieren soll.

Auf dieser Grundlage wurden bisher, mit Unterstützung verschiedener Media-Initiativen im Westen, folgende Unternehmungen initiiert:

○ Das **MEDIA BÜRO**-Haus,
○ **MEDIA NATURATA**, ein landwirtschaftliches Projekt in zwei Dörfern im Umkreis von Medias, mit je sieben Hofstellen, Pachtland und einer Schreinerei,
○ **MEDIA COMM**, eine Wochenzeitung, ein Verlag sowie ein Zeitungs- und Zeitschriftenvertrieb,
○ **MEDIA TEXTLINE**, ein Computer-Satzbetrieb,
○ **MEDIA PRINT**, eine Druckerei,
○ **MEDIA TEXTIL**, ein Verkaufs-Shop für die gesammelten Hilfsgüter

und

○ **MEDIA RENOVA**, ein Automobilservice.

Für ein internationales Kultur- und Begegnungszentrum **MEDIANUM TRANSSILVANIA** – Europäische Akademie für Kreativität und interdisziplinäre Kommunikation – wurde eine eigene Stiftung gegründet, über Räumlichkeiten wird verhandelt.

Für ein **Café/Restaurant** sowie für ein **Bekleidungsgeschäft** hat MEDIA ROMANIA in der Innenstadt von Medias zwei Häuser erworben; sie werden jetzt um- und ausgebaut.

Mit der Leitung der (noch) staatlichen Landwirtschaftsfarm in dem Dorf Cund (120 ha Obstbau, 130 ha Ackerbau für Viehwirtschaft) werden Gespräche mit MEDIA NATURATA über die Möglichkeit der Assoziation dieses Betriebes geführt.

Ein wichtiger Anfang ist damit gemacht, und doch ist dies angesichts der nach wie vor schlimmen wirtschaftlichen Situation noch lange nicht genug.

Bis die gegründeten Unternehmen vollständig auf sich selbst gestellt wirtschaften können, werden noch große Anstrengungen nötig sein. Vor allem werden noch dringend Menschen gesucht, die bereit sind, für eine gewisse Zeit oder auf Dauer Aufbauarbeit vor Ort mit zu übernehmen. Gebraucht werden auch nach wie vor Spenden. Benötigt wird in Rumänien nahezu alles; nach wie vor fehlen Kleider, Schuhe und Gebrauchsgegenstände des täglichen Bedarfs.

Darüberhinaus werden für die unten benannten Bereiche vor allem folgende Maschinen, Fahrzeuge und Materialien benötigt:

Müll: Fahrzeuge für die Müllabfuhr, Müllcontainer für getrennte Müllabgabe und -entsorgung, Mülleimer für die Haushalte, Kanalreinigungshochdruckgeräte
Verkehr: Trolleybusse für den innerstädtischen Verkehr, Busse und Kleinbusse für den Personentransport zwischen den Dörfern und der Stadt (insbesondere auch für den Schülertransport), Fahrräder, Lastwagen für Transporte aller Art
Landwirtschaft: Traktoren mit Bodenbearbeitungsgeräten, Mähdrescher, Handmähmaschinen, Hacken, Gartengerät, Häcksler, Bodenfräsen, Sensen, Hufnägel, Obstpresse und Saftabfüllanlage
Bäckerei- und Gastronomie: Einrichtungsgegenstände, Getreidemühlen, Backöfen, Knetmaschinen
Handwerk: Werkzeug und Material zur Hausrenovierung, Wasser- und Gasuhren, Kabel, Installationsmaterial, Schreinerwerkzeug und -maschinen
Schul- und Gesundheitswesen: Laboreinrichtungen, Computerarbeitsplätze für SchülerInnen, Praxiseinrichtungen

Jedes, auch gebrauchte, aber noch voll funktionstüchtige Gerät, leistet dort unschätzbare Hilfe.

Erforderlich sind auch Spenden zum Kauf der notwendigen Geräte, sowie für die Organisation der Hilfstransporte und des Büros. Für die Hilfstransporte wäre eine Unterstützung durch zu Verfügungstellung von Transportkapazitäten dringend notwendig. Alle Spenden und Geräte gehen in das Eigentum der Stiftung über und werden dort produktiv eingesetzt. ●

MEDIA ROMANIA wird in Deutschland von verschiedenen Trägern und Einzelpersonen unterstützt, die sich zur Pro Media Romania Rumänienhilfe zusammengefunden haben. Seit Anfang 1992 koordiniert die gemeinnützige Kultur- und Bildungsstätte FORUM TEESTUBE e.V. in Göppingen als einer der Träger die Hilfsaktionen.
Sonderkonto Media Romania Nr.852557,
KSK Göppingen, BLZ 610 500 00
Für eingegangene Spenden werden umgehend Spendenbescheinigungen zugesandt.
Für weitere Informationen und Rückfragen:
Reinhard Büchner, Pro Media Romania – Rumänienhilfe, tagsüber zu erreichen über:
Gesellschaft für Entwicklungsforschung, Hauptstr. 25
W-7325 Boll
☎ (0 71 64) 66 33 Telefax: (0 71 64) 66 34

KURZMELDUNGEN

Saarland:

Ökofonds-Clinch

Um den Vergabeausschuß des Ökofonds Saar gibt es Streit: Für die selbstverwalteten Projekte zeichnen sich wesentliche Verschlechterungen in der Zusammensetzung des Entscheidungsgremiums ab.

Die Grünen Saar wollen die bisherige Praxis, bei der die Projekte und Grüne zu gleichen Anteilen Stimmrecht hatten, abschaffen. Zudem hatte das Netzwerk Saar eine Stimme, so daß die Grünen überstimmt werden konnten.

Vorgeschlagen wurde, daß der Vergabeauschuß in Zukunft nur aus VertreterInnen der Grünen bestehen solle. Dem Netzwerk solle eine beratende Stimme zuerkannt werden. Inzwischen hat eine Landeshauptausschuß-Sitzung stattgefunden, in der die Hardliner des Landesvorstandes der Grünen abgebremst wurden. ProjektevertreterInnen und Netzwerk wurde volles Stimmrecht zuerkannt, dennoch soll die Zusammensetzung zugunsten einer grünen Mehrheit verändert werden. Die Begründung für diesen Vorschlag lautet schlicht: Schließlich würden Gelder von Grünen MandatsträgerInnen vergeben, und deshalb seien die Ökofonds als Organe der Grünen zu betrachten und eine Mehrheit der Grünen würde für die Rechenschaftslegung für die Parteigremien benötigt.
Rolf Lauermann vom Netzwerk Saar befriedigt dieser Vorschlag zur Zusammensetzung des Gremiums und die Begründung keineswegs. Er sieht das Ganze als Teil eines parteipolitischen Machtspiels der Grünen an.

Die Landeskonferenz der Grünen Saar wird im September eine Entscheidung treffen müssen. Wie sie ausfallen wird, wird auch von den selbstverwalteten Projekten im Saarland abhängen und davon, wie weit sie sich für dieses Gremium engagieren wollen, in dem sie selbst bisher paritätisch waren. ●

Quelle: Stadtzeitung Saarbrücken Nr. 159/92

Ruhrgebiet:

IBA – Inspektion von Unten

Aktionswochen und einen Fachkongreß veranstaltet der »Initiativkreis Emscherregion e.V.« (IBA von Unten) vom 19. September bis 3. Oktober 1992 in der Zeche Fritz in Essen-Altenessen. Anlaß ist die Internationale Bauausstellung Emscher Park, die sich selbst als Werkstatt für die Zukunft alter Industriegebiete bezeichnet. Der Verein will diese genauer unter die Lupe nehmen und deren Anspruch einer Erneuerungsstrategie für den Emscherraum überprüfen. In einer Zwischenbilanz will der Verein – ein Zusammenschluß von Initiativen und Projekten im Emscherraum – anhand verschiedener Themenschwerpunkte (Wohnen, Kultur, Kinder, Ökologie, Wasser, Frauen, Beschäftigung und Verkehr) seine Kritik am Strukturprogramm IBA deutlich machen und Planungsansätze von Unten diskutieren.
Anmeldung und Programm bei:
Ulrike Heck · IBA von Unten
Zeche Fritz/Heßlerstr. 33 · W-4300 Essen 12
☎ (02 01) 35 15 19 oder 35 56 54

»Dritte Welt«

Südamerikanisches Wandbild auf Postkarte

Im Auftrag der »Koordination saarländischer 3. Welt Gruppen« haben die beiden süd- und mittelamerikanischen Künstler Luis Pena (Kolumbien) und Edwin Aguilar (Guatemala) in einem vierwöchigen Zyklus ein Wandbild gestaltet.

Solche »Murals« gehören in ihrer Heimat zum Alltag. Das 12 Quadratmeter große Bild stellt in seinen mitunter bizarren Farb- und Motivkombinationen die Kolonisierung und Ausbeutung Südamerikas dar. Gleichzeitig wird durch Elemente wie Bergbau und Stahlwerke ein klarer Bezug u.a. zum saarländischen Lebensalltag hergestellt. Dieses Bild kannst Du Dir stundenlang betrachten und hast immer noch nicht alles gesehen.

Das transportable »Mural«, das schon an unterschiedlichen Orten zu sehen war, gibt es jetzt auch auf Postkarte (Vierfarbdruck, Überformat 21 x 9 cm). Der bundesweite Vertrieb läuft über die »Aktion 3. Welt Merzig-Wadern«, Weiskircherstr. 24, 6646 Losheim, Tel. (0 68 72) 69 82, Fax 78 26. Der Einzelpreis beträgt 1,50 DM. WiederverkäuferInnen erhalten ab 10 Ex. 20% Rabatt, ab 30 Ex. 40% und ab 100 Ex. 50%. Lieferung erfolgt nur gegen Vorkasse (Kto-Nr. 15967-660, PGA Saarbrükken, Aktion 3. Welt e.V.)

Zeitschrift der Ökologischen Linken:

ÖkoLinX

Die ÖkoLinX hat wechselnde Schwerpunkte im Rahmen einer linken ökologischen, feministischen, antifaschistischen, antirassistischen und internationalistischen Grundorientierung. Ein Dauerbrenner wird gewiß das Thema der uns vorliegenden (Juli/August/September) Ausgabe: »Ökofaschismus«. Die Diskussionen innerhalb der ökologischen Linken nehmen bewußt geringen Raum ein. Die ÖkoLinX ist kein Parteiblatt, sondern eine Zeitschrift, die innerhalb der Linken Debatten anzetteln (helfen) will, besonders zu Fragen, die in Teilen der Linken lange vernachlässigt wurden: feministische und ökologische Technologie- und Wissenschaftskritik, neue ökoimperialistische Raubzüge, Rassismustheorien, Widerstandsperspektiven, Analyse von Befreiungsbewegungen, Aktionsformen etc.

Die ÖkoLinX erscheint alle zwei Monate, hat derzeit eine Auflage von 5.000 Exemplaren und ist zu erhalten über die Redaktionsanschrift:
ÖkoLinX, Jutta Ditfurth
Neuhofstr. 42 · W-6000 Frankfurt/Main 1
☎ (0 69) 59 92 70 · Fax (0 69) 55 76 80

BUKO

Antirassistische Materialien

Der »Arbeitsschwerpunkt Rassismus« des »Bundeskongresses entwicklungspolitischer Aktionsgruppen« (BUKO) versendet an Gruppen und Einzelpersonen Materialien zum Thema Rassismus. 10% des Verkaufspreises dienen dabei der Finanzierung der eigenen Arbeit. Da Bücher überall gleichviel kosten (Preisbindung), besteht kein Grund mehr, sie noch woanders zu bestellen.

Neben Sachbüchern werden auch Kinder- und Jugendbücher zum Thema angeboten; am besten gleich die Materialienliste anfordern.

Außerdem vermittelt der »Arbeitsschwerpunkt Rassismus« ReferentInnen zum Bereich »Asyl/Rassismus/Nationalismus«. Zur Erweiterung dieser Kartei werden auch noch Menschen gesucht, die zu einzelnen Themen referieren können.

Für die Materialienliste und ReferentInnenanfragen können sich InteressentInnen an folgende Adresse wenden: Aktion 3. Welt Merzig-Wadern, Weiskirchstr. 24, 6646 Losheim, Tel. 06872/6982 oder Fax: 78 26. Die Mitarbeit im Arbeitsschwerpunkt steht interessierten Gruppen im übrigen jederzeit offen.

EIN BEISPIEL PRAKTISCHER UNTERSTÜTZUNG

30 SchülerInnen der 12. Klasse der Waldorfschule in Mannheim und 60 SchülerInnen aus Medias/Rumänien, trafen sich Ende Juni zu einem gemeinsamen 14tägigen Aufenthalt in dem siebenbürgischen Dorf Dupus/Tobsdorf. Die SchülerInnen und ihre LehrerInnen arbeiteten gemeinsam im Rahmen eines Dorferneuerungsprogramms, das die rumänische Stiftung MEDIA ROMANIA in Dupus initiiert hat. Sie säuberten den Dorfbach, stellten Müllcontainer im Dorf auf, halfen in der Landwirtschaft, begannen mit der Renovierung eines Hauses und erstellten dort den Prototyp eines Holz-Kuppelhauses, das, von einem neu zu gründenden MEDIA-Unternehmen produziert, vielseitig einsetzbar sein wird.

Und natürlich blieb auch Zeit um Land und Leute kennenzulernen, zusammen zu spielen, zu musizieren, zu tanzen. Die deutschen SchülerInnen luden zur Halbzeit ihres Aufenthalts im Festsaal der Scoala Generala in Medias zu einer Vorstellung ihrer (in den Abschlußklassen der Waldorfschulen üblichen) Jahresarbeiten. Da dies eine Übung ist, die Dinge des Lebens, die einem begegnen unter einem tieferen Gesichtspunkt zu betrachten, nannten sie es »Kleine Universität«, die »Große Universität« ist dann das Leben selbst.

Die SchülerInnen trafen sowohl in Medias, einer Stadt mit ca. 80.000 EinwohnerInnen, wie auch in Tobsdorf (ca. 300 EW) bei allen ihren Aktivitäten auf ein herzliches Entgegenkommen und freundliche Unterstützung. Die Organisation klappte hervorragend, Unterbringung, Verpflegung, sanitäre Verhältnisse waren bestens geregelt. Die sächsische Zeitung »Neuer Weg« berichtete: »In Tobsdorf wohnen die rund 90 SchülerInnen im Gemeindehaus, in der Schule und in einigen Bauernhäusern. Sie finden es toll, wie die Frauen es schaffen, für so viele zu kochen und das Essen stets ausreicht«. Und weiter: »Eigentlich sollte man jedem Dorf eine solche Schulklasse wünschen, die die Leute aus der Lethargie reißt.«

Ein gelungenes Beispiel konkret praktizierter Hilfe zur Selbsthilfe. ●

KONFERENZ ZUM THEMA »NEUE LEBENSFORMEN« AUF DEM HOF FROHBERG

Die Bahro-Biedenkopf-Connection

Die sächsische Regierung ist bereit, modellhafte Projekte gemeinsamen Lebens und Arbeitens zu fördern, die einen einfachen Lebensstil auf Grundlage einer Selbstversorgungswirtschaft erproben wollen. Jetzt werden Einzelpersonen und Initiativgruppen gesucht, die sich dieser Aufgabe stellen. Wir dokumentieren Geschichte und persönliche Eindrücke von verschiedenen Leuten nach dem Treffen mit 300 Menschen auf dem Hof Frohberg.

Redaktion selbstorganisierte Lebensgemeinschaften. ● Im Juli 1991 hielt Kurt Biedenkopf – im Rahmen einer Vorlesungsreihe von Rudolf Bahro – einen Vortrag an der Ostberliner Humboldt Universität über »Eine Wirtschaftsordnung für GAIA – Plan und Markt vor der Belastungsgrenze des Planeten«. In der anschließenden Diskussion erklärte er sich bereit, »seriöse« Selbstversorgungsprojekte in Sachsen zu unterstützen.

Rudolf Bahro schickte ihm daraufhin ein Konzept mit Argumenten zur globalen Notwendigkeit solcher Modelle und ihrer besonderen Bedeutung für die neuen Bundesländer. Nach einigen Verhandlungen fand im Juni 1992 auf Initiative von Rudolf Bahro eine Wochenend-Konferenz zum Thema »Neue Lebensformen« auf einem Hof in der Nähe von Meißen statt (»Der Spiegel« berichtete im Juni: SED-Dissident Rudolf Bahro wird Kommunarde im Osten). Es kamen mehr als 300 Menschen aus Ost und West – Projektgruppen, Suchende und Neugierige – und Biedenkopfs Unterhändler Hermann Kroll-Schlüter, Staatssekretär im sächsischen Landwirtschaftsministerium. Das Ergebnis des öffentlichen Gesprächs: Die sächsische Landesregierung ist willens, Initiativen zu unterstützen, wenn sie ihren Bedarf und ihre Perspektive schlüssig darlegen können.

Aber gerade das scheint für Gemeinschaftswillige aus der Ex-DDR keine einfache Aufgabe zu sein. Sie hatten erst wenig Gelegenheit, Projekterfahrungen zu sammeln, brauchen Zeit zur Klärung ihrer persönlichen Bedürfnisse und zur Entwicklung tragfähiger Konzeptionen. Auch die geforderte »kapitalistische« Fähigkeit, Förderanträge zu stellen und um Unterstützung zu werben, muß erst entwickelt werden. So ist der »Modellversuch Sachsen« vor allem eine Herausforderung an Ost- und West-Gemeinschaften, aufeinander zuzugehen.

Und das sagten Beteiligte zu dem Treffen auf dem Hof Frohberg:

Die allgegenwärtige Dominanz der Wessis

Die Projekte stellten sich am Freitagabend im Hof mit ihren Zielvorstellungen und Ausgangspositionen vor. Das Spektrum reichte von geplanten oder bereits bestehenden Landkommunen über Integrationsprojekte mit Behinderten bis zu Dorferneuerungs-Programmen.

Der Sonnabend begann mit verschiedenen Angeboten an Meditation und Körperübungen. Danach gab es vier oder fünf Themengruppen zu den theoretischen und psychologischen Grundlagen der Ökommune-Bewegung. Am Nachmittag dann das mit Spannung erwartete Plenum mit Kroll-Schlüter.

Was mir auffiel: Im Podium war das Ossi-Wessi-Verhältnis 1:6 beziehungsweise 2:5, je nachdem, wo man Rudolf Bahro einordnet. Ich erwähne das deshalb, weil in einer Diskussions- und Fragerunde zwei Einheimische ihren Frust über die allgegenwärtige Dominanz von Wessis aller Art (und darüber, was ehemaligen DDR-BürgerInnen gegenwärtig sonst noch alles widerfährt) artikulierten. Sie haben dabei – wie ich glaube, zu recht – Kritik an den GastgeberInnen, den neuen Besitzern von Hof Frohberg, und an den OrganisatorInnen des Treffens geübt. Angeblich kursierte im Dorf das Gerücht, dies wäre ein Buddhisten- oder Sektentreffen. Jedenfalls wurde allen nochmal klar, wie wichtig die Akzeptanz durch die Einheimischen ist.

André Tschackert, Ost-Berlin, Ökodorfprojekt »Selbstversorgung als Selbstbestimmung«.

Mensch im Staat, Mensch im Wagnis

Zwei Brennpunkte hatte das Treffen in Frohberg. Der eine war Begegnung. Und diese gelang, so wie dies in zwei Tagen und Nächten zwischen etwa 350 sensiblen Menschen möglich ist. Hier war das aufflammende mitternächtliche Singen in großer Runde und das stille Gespräch am Abendfeuer.

Der andere Sinn des Treffens war das erstaunliche Aufeinanderzugehen von Regierung und Alternativen, von Mensch im Staat und Mensch im Wagnis. Hermann Kroll-Schlüter, sächsischer Staatssekretär und ausdrücklich im Namen Kurt Biedenkopfs eine Regierungshaltung vertretend, unterbreitete allen Anwesenden eine Schlußfolgerung seiner – christlich geprägten – Ethik: »Der Staat ist seinen Bürgern auch für die Zukunft verantwortlich.« Die aber ist angesichts der heutigen sozialen und ökologischen Probleme innerhalb der bestehenden Strukturen ungewiß.

Daraus ergibt sich der Sinn einer öffentlichen Unterstützung für Experimente, die sich an diesen Punkten orientieren – eine umfassende Hilfe für menschliche Initiativen, die nicht staatlich gestützte Privatidylle, sondern wirkliche Lösungen für sich und die Welt suchen. Die Aufrichtigkeit seiner Worte unterstrich Kroll-Schlüter durch konkrete Angebote: Land, Gebäude und materielle Starthilfe für selbstorganisierte Arbeits- und Lebensplätze sind da – es kann beginnen!

Maik Hosang, Ost-Berlin, Sozialökologisches Institut, Humboldt-Universität

Im Größeren aufgehen

Es gibt im Osten die Möglichkeit, brachliegendes Land, Gebäude und öffentliche Mittel zu nutzen, und so auch auf die örtlichen Probleme zu reagieren. Viele Menschen suchen Arbeit, Gemeinschaft und Perspektiven und haben dabei eine Bereitschaft zur Zusammenarbeit und zum praktischen Beginn, wie sie im Westen kaum noch vorhanden ist. Und es gibt dort immer noch so etwas wie die Suche nach einer gesellschaftlichen Utopie. Für diese gesellschaftliche Dimension wurde das Treffen in Frohberg beflügelt durch die Vision Rudolf Bahros und durch die praktischen Angebote des Staatssekretärs Hermann Kroll-Schlüter. Ein Hoffnungsschimmer auf eine Kooperation mit der sächsischen Landesregierung wurde sichtbar. Die verschiedenen Themen, die breite Teilnahme an den spirituellen Übungen und die Pionierstimmung im Zeltlager und in den Hofruinen spiegeln: Hier geht es um's utopische Ganze, nicht um individuellen Vorteil und ländlichen Rückzug.

Doch dieses »Aufgehen im Größeren« – utopischen, gesellschaftlichen, kollektiven – ist gleichzeitig auch die Schwäche der Bewegung. Es fehlen Persönlichkeiten und Initiativen. Um die Chancen nutzen zu können, brauchen die Gruppen ein selbstbewusstes Profil, eine Konzeption und ausreichend Erfahrung. Und die scheint der Staat – diesmal in CDU-Gestalt – ganz klar zu fordern. Es war auffällig, daß die Regierungsvertreter »Westimporte« – sich am meisten für Projekte interessierten, die wie die Gastgeber vom Hof Frohberg – ursprünglich aus dem Westen kommen.

Hier muß noch viel Ost-West-Begegnung stattfinden, damit sich die Qualitäten beider Seiten miteinander verbinden können: Ursprüngliches Fragen muß zu den gemachten Erfahrungen finden und auch diese hinterfragen, praktische Aufbruchstimmung muß zu konzeptionellem Denken führen, das dann aber nicht nur Papier produziert. Zum Gemeinschaftsempfinden gehört Selbstverantwortung, und zur Individualität die Solidarität, zu spirituellem Bewußtsein gehört politisches Handeln.

An diesem Lernprozeß sollten sich die Suchenden und Projekterfahrenen aus dem Westen mehr beteiligen – sie werden nicht nur Gebende sein. Projektlisten von Gemeinschaften in Ost und West, um sich gegenseitig kennenzulernen, gibt es beim Informationsdienst Ökodorf. Eine Kooperation zwischen den Initiativen und der Regierung in Sachsen bietet viele Beteiligungsmöglichkeiten – wir sollten sie gemeinsam nutzen.

Dieter Halbach, West-Berlin, Netzwerk Ökodorf und Ökodorfprojekt »Selbstversorgung als Selbstbestimmung« ●

Kontaktadressen:
Koordination Ökoprojekte Sachsen · Gerald Adler
Louisenstr. 67 · O-8060 Dresden
Humboldt Universität · Sozialökologisches Institut
Clara-Zetkin-Str. 112 · O-1080 Berlin

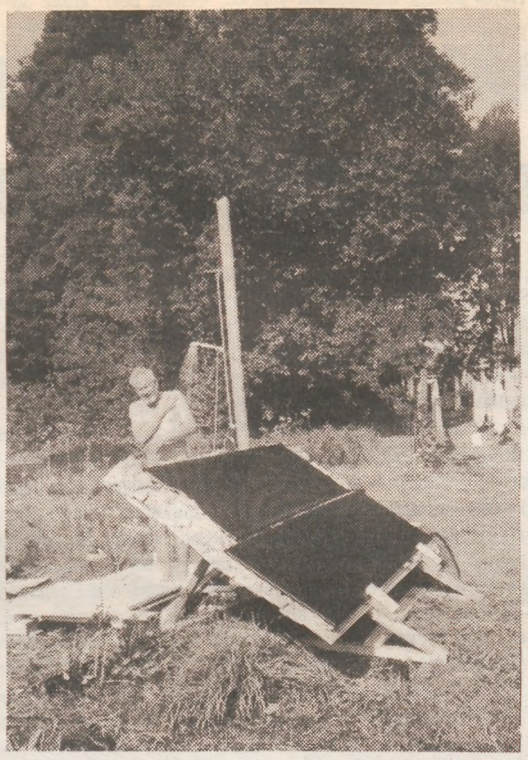
FRANKREICH: UNTERSTÜTZUNG GESUCHT

Ökologisches Zentrum »Ecolonie« in den Vogesen

1989 wurde in Holland der Verein »Ecolonie« gegründet, um eine ökologische Lebensgemeinschaft aufzubauen, auf der Suche »nach einem einfachen Leben ohne Verschwendung von Rohstoffen und Energie und ohne überflüssigen Konsum... Ziel ist Selbstversorgung in den Bereichen Landwirtschaft, Energie und Wasser.«

Elisabeth Voß, Redaktion selbstorgan. Lebensgemeinschaften ● In Frankreich, auf der Westseite der Vogesen, wurde ein 16 Hektar großes Gelände mit 5 Gebäuden, Wald und einem eigenen See gefunden. 1990 zogen die ersten 4 Menschen (3 Erwachsene, 1 Kind) dorthin. Heute leben auf dem Gelände 8 Erwachsene, 3 Kinder, einige Hunde und Katzen, 2 Kühe und ein paar Hühner. Es sind außerdem 4 FranzösInnen über ABM im Projekt beschäftigt. Weitere Vereinsmitglieder, die (noch) in Holland leben, und auch einige Menschen aus anderen Ländern, kommen im Sommer – zum Teil für mehrere Monate – und helfen beim Projektaufbau.

Es wurde ein großer Garten angelegt, der in den Sommermonaten die Selbstversorgung ermöglicht. Viel Arbeit fließt in die Instandsetzung der Gebäude, von denen bisher drei genutzt werden können. Es gibt eine Gemeinschaftsküche für die vegetarische Vollwertverpflegung, eine Käserei, Werkstätten, einen Ausstellungs- und einen (im Moment wenig genutzten) Meditationsraum.



Ecolonie: Solardusche Foto: Pieter J. v. Duyne

Es wird versucht, den anfallenden Müll getrennt zu sammeln und möglichst wiederzuverwerten. Eine Solardusche wird gerade mit einem Wärmetauscher ausgestattet, ein erstes Windrad liegt bereit zum Aufbau, und die Komposttoiletten werden gebaut. Es wird sicher noch einige Jahre dauern, bis alle Gebäude mit umweltfreundlichen Energienutzungsanlagen ausgestattet sind. Die Heizung im Winter bereitet zur Zeit die größten Probleme; für zwei Häuser wurden von der Regierung Fördermittel für eine modellhafte Holzvergaser-Heizung zugesagt, aber es ist kein Geld für den notwendigen Eigenanteil an der Finanzierung vorhanden. Es herrscht auch großer Materialmangel, so daß die EcolonistInnen froh über jede Spende sind. Wenn also mal wer in die Gegend kommt, und Material – »Abfälle« oder Restbestände – für den Bau von Energienutzungsanlagen mitbringen könnte, wäre das eine große Hilfe.

Urlaub oder Mitarbeit möglich

Die im Moment einzige Einnahmequelle ist der Gästebetrieb, dafür stehen einige Zimmer und ein großer Zeltplatz zur Verfügung. Es kann dort Urlaub gemacht oder mitgearbeitet werden. Im Sommer ist die Ecolonie beliebte Station für Projekte-TouristInnen auf dem Weg in den Süden, und zieht auch viele Gemeinschaftssuchende an.

Die als weiterer Erwerbszweig geplanten Seminare sind bisher – bis auf eine Ausnahme – aufgrund unzureichender Werbung mangels TeilnehmerInnen ausgefallen. So ist die finanzielle Situation der Gruppe sehr schwierig: einige beziehen Sozialhilfe oder Arbeitslosengeld, manche haben überhaupt kein Einkommen. Daher sind sie auf Beiträge der Fördermitglieder des Vereins und auf Spenden angewiesen.

Um das Projekt ökonomisch abzusichern, gibt es erste Überlegungen zum Aufbau von Betrieben. Möglich wäre dies in den Bereichen Bauberatung/-planung (ein Architekt lebt dort), Instandsetzung/Renovierung und Handel mit ökologischen Baustoffen/Farben (eine echte Marktlücke, weil die in der Gegend kaum zu bekommen sind). Wieweit dies jedoch von den BewohnerInnen umgesetzt werden kann, ist noch unklar. Zwar wird in Frankreich die Schaffung von Arbeitsplätzen subventioniert, es fehlt aber das nötige Know-how zur Betriebsgründung. Unterstützung in Form von Beratung ist also erwünscht, ebenso wie tätige Mithilfe, auch durch reisende GesellInnen.

Vieles wäre auf dem Gelände möglich, wenn mehr Menschen sich entschließen würden, dort zu leben. Eine Vergrößerung wäre auch in sozialer Hinsicht hilfreich. Es gibt zur Zeit zwei Paare, die sich sehr aufeinander beziehen, zwei Alleinstehende werden (evtl. vorübergehend) ausziehen, andere Vereinsmitglieder befinden sich im Entscheidungsprozeß, auf Dauer dort zu bleiben.

Die Gruppe möchte größer werden, ist allerdings sehr wählerisch in der Aufnahme neuer Menschen. Es besteht der Anspruch, eine internationale Gemeinschaft zu werden, Projektsprache soll Französisch sein. Bisher sind sie aber überwiegend HolländerInnen (eine Französin und ein Deutscher leben zur Zeit dort), und noch sprechen nicht alle von ihnen Französisch. Die sozial und altersmäßig bunt gemischte Gruppe legt großen Wert darauf, daß jedeR sich an der Hand- und Kopfarbeit gleichermaßen beteiligt. Es wird auch sehr darauf geachtet, daß die Arbeit nicht geschlechtsspezifisch verteilt wird.

Der Wunsch nach Kontakten, Austausch und Kooperation mit anderen Gemeinschaften und Projekten ist groß. Da es in den Niederlanden nicht viele solcher Gruppen gibt, wollen einige Mitglieder in andere Länder – vor allem Deutschland – reisen, um Erfahrungen zu sammeln. Hinweise und Adressen werden gerne entgegengenommen.

Kontakte zur Region

Trotz eigener Probleme gibt es Bestrebungen, die Umgebung zu einer Öko-Region zu entwickeln. Eine Familie, die das Projekt mitbegründet hat, lebt jetzt einige Kilometer entfernt und betreibt neben biologischer Landwirtschaft einen kleinen Gästebetrieb. Eine ehemalige Bewohnerin baut in direkter Nachbarschaft zur Ecolonie ein Tagungshaus auf, vor allem für spirituelle Seminare. Sie bemüht sich darüberhinaus – zusammen mit einem weiteren Projektbegründer, der in der Nähe lebt – LandwirtInnen zur Ansiedlung zu motivieren durch Informationen über staatliche Förderungs- und Finanzierungsmöglichkeiten und die Vermittlung zum Verkauf stehender Höfe. Die Preise dort sind sehr niedrig, da es in der Region kaum Arbeitsplätze gibt.

Bemühungen dieser Art gibt es auch von unverhoffter Seite: Der Nestlé-Konzern hat die 27 Kilometer entfernte Wasserfabrik Vittel aufgekauft (es scheint nur eine Frage der Zeit zu sein, wann auch Contrex im benachbarten Contrexville geschluckt wird). Um eine absatzfördernde Reinheit des Vittel-Tafelwassers zu gewährleisten, werden bisher drei Höfe im Trinkwassereinzugsgebiet von Nestlé subventioniert, damit sie auf biologischen Anbau – ohne Nitrat und Pestizide – umstellen. Weitere Höfe, deren BetreiberInnen sich nicht umstellen wollen, versucht Nestlé aufzukaufen.

Es besteht durch den Konzern außerdem ein großes Interesse an biologisch angebautem Gemüse (und damit ein gesicherter Absatzmarkt), das zu Kindernahrung verarbeitet wird. Ob in Vittel auch Milch für die berüchtigte Nestlé-Säuglingsnahrung eingekauft wird, war nicht herauszufinden. Es gibt von Seiten der Ecolonie kein gesteigertes Interesse an einer Zusammenarbeit mit dem Konzern, hat aber schon Gespräche mit einem von Nestlé bezahlten Berater für biologischen Landbau gegeben.

Jedoch sind auch unabhängig davon Absatzmöglichkeiten für biologische Produkte vorhanden: die Käserei in Selles könnte ihre Kapazität noch verdoppeln, und auf den Märkten von Epinal und Nancy ist der Bedarf an Gemüse noch lange nicht gedeckt.

Im Herbst wird eine Versammlung aller Vereinsmitglieder der Ecolonie über die weiteren Perspektiven des Projekts beraten. ●

Ecolonie, F-88260 Hennezel-Thietry (bei Darney)/Vogesen, ☎ (00 33) 29 07 00 27 oder 29 07 01 12
Beratung für LandwirtInnen: Bart van der Krogt, 5 bis Rue du Moulin, F-88260 Belmont Les Darney, ☎ (00 33) 29 09 86 31

UMWELTTAG FRANKFURT

Auf der Suche nach der Zukunft

Auf dem »Deutschen Umwelttag«, der vom 18.-21. September in Frankfurt stattfindet, wird es eine Projektemesse selbstorganisierter Lebensgemeinschaften geben, und ein 3-tägiges Programm, u.a. mit Maria Mies und Rudolf Bahro.

Für die Aussteilung hat sich ein buntes Spektrum von Gruppen angesagt, z.B. Ökodorfprojekt »Selbstversorgung als Selbstbestimmung«, Großraumkommune, Kommune Niederkaufungen, Laurentiushöfe, Öko-Modellprojekt Achberg, Sozialistische Selbsthilfe Köln (SSK), Vorbereitungsgruppe »Koordination von Ökoprojekten in Sachsen«, Zentrum für experimentelle Lebensgestaltung (ZEGG), Forschungshof Doernach und andere.

Es finden Vorträge, Seminare und Workshops statt, u.a. zu den Themen »Der Norden ist das Problem, der Norden muß sich entwickeln. Wir brauchen Entwicklungsprojekte für eine andere Lebensweise« (Theo Krönert und Gerhard Breidenstein von »NEPAL«), »Mit freien Schulen fängt die Entwicklung an« (Michael Wilhelmi vom Forum Kreuzberg), »Das Andere Leben braucht Informationszentren, z.B. für Andere Bauweisen« (Winfried Schneider vom Institut für Baubiologie + Ökologie), »Chancen für alternative Gemeinschaften in den neuen Bundesländern« (Rudolf Bahro von der Humboldt-Uni), »Die Subsistenzperspektive« (Maria Mies von der Uni Köln und Lothar Gothe vom SSK). Außerdem sind Beiträge der AusstellungsteilnehmerInnen und kreative Begegnungen vorgesehen. Als Ergänzung zu den sprachlichen Arbeitsweisen des Umwelttages gibt es einen »Raum der Stille« mit meditativen und kreativen Angeboten.

Organisiert wird all dies von »NEPAL – Nördliche EntwicklungsProjekte Anders Leben« (Projektgruppe des Bundesarbeitskreises »Frieden mit der Erde«), in Zusammenarbeit mit »eurotopia – Agentur, Werkstatt und Verlag für kooperative und phantasievolle Lebensformen« und »IDÖF – Informationsdienst Ökodorf«.

Die Projektemesse wird voraussichtlich in der Uni stattfinden.
Weitere Informationen: NEPAL, Brandhöfle 1, W-7061 Kaisersbach, ☎ (0 71 84) 21 66

FRAUENBILD IM WANDEL:

RUSSLAND

Zwischen Glasnost und Wendezeit

In einer Übergangsperiode ist das Thema Frau und Massenmedien von großer sozialer Bedeutung. Heutzutage verändert sich die russische Gesellschaft mit einer unvorstellbaren Dynamik. Mit dem Umbruch alter Institutionen gehen auch unsere Handlungs-, Gewohnheits- und Traditionsstereotypen zu Grunde. Gleichzeitig werden alte Vorstellungen überschätzt. Dies alles schlägt sich in den Massenmedien nieder. Die folgende Untersuchung beleuchtet auf der Grundlage von Zeitungsartikeln, welche Frauentypen seit 1985 propagiert werden und in welche Richtungen sich der Status der Frau in der neuen Gesellschaft entwickelt.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Dr. Elvira Nowikowa, Redaktion Frauen ● Während der ca. 70 jährigen Herrschaft des Sozialismus war in Rußland eine spezifische Realität für Frauen entstanden. Die Frau hatte einen bestimmten Platz im wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Leben und ihre reproduktive Funktion erfüllte sich unter sozialistischen Bedingungen. Die Frau dominierte in der Ideologie als Arbeiterin, Bürgerin und Mutter.

Die Gleichstellung von Mann und Frau war das Kernstück dieser Ideologie. Proklamiert wurde die Gleichheit der Geschlechter im Gesetz, das hohe Bildungs- und Berufsniveau der sowjetischen Frauen, soziale Hilfen für Frauen und Familien. Bis 1986 propagierten die Medien die Lösung der Frauenfrage in Berichten zur Frauenförderung durch Staat und Partei. Heldinnen der sozialistischen Arbeit, Heldenmütter und Volksdeputantinnen wurden auf den Titelseiten der Printmedien abgebildet. Besonders am 8. März, dem internationalen Frauentag erfolgten großartige Lobpreisungen von Frauen. Die Verdienste von Frauen für den sozialistischen Staat wurden an diesem Tag in Begrüßungsreden des ZK der KPdSU besonders gewürdigt.

Seit 1986, dem Zeitraum von Glasnost und Umgestaltung wurden zunehmend Zeitungsartikel publiziert, die die sittsame Darstellung der sowjetischen Frau als falsch und unsittliche Verhältnisse hinter dem äußeren Schein enthüllten. Die Kluft zwischen den verkündeten Prinzipien und deren Verwirklichung – zwischen Wort und Tat – wurde bald sichtbar. Denn trotz der, in der Verfassung verankerten Gleichstellung von Mann und Frau in allen Lebensbereichen, stoßen die Frauen in ihrem Alltag immer wieder auf Diskriminierungen, auf Benachteiligungen in Ausbildung, Entlohnung und Berufswahl (z.B. bei Bewerbungen an angesehenen Hochschulen, wie dem Institut für internationale Beziehungen zur Ausbildung von Diplomaten oder der journalistischen Fakultät der Moskauer Staatlichen Lomonosow Universität). Frauen haben keinen Zugang zu politischen Entscheidungsebenen. Als aber eine Frau ins Politbüro gewählt wurde und einen Ministersessel erhielt, wurde dies in der Presse als Erfolg demokratischer Veränderungen in unserer Gesellschaft gefeiert.

Zahlreiche Publikationen klärten zwar breite Leserkreise über die wirklichen Probleme von Frauen auf, z.B. über die Doppelbelastung durch Familien- und Berufsarbeit, doch eine Veränderung der von Männern geprägten herrschenden Ideologie und Kultur der sozialen Organisation, des gesellschaftlichen Bewußtseins und der Ausrichtung der Regierungspolitik konnte hierdurch nicht erreicht werden. Im Gegenteil – die Demütigung von Frauen – des Weiblichen in der Kultur – nahm zu und veranlaßte die Regierungen von Rischkov und Pawlow (bis August 1991) zur Fortführung protektionistischer Maßnahmen in der Frauen- und Familienpolitik, z.B. soziale Unterstützung von Müttern und Familien. Breite Zustimmung fand der Vorschlag Gorbachovs (»Umgestaltung und neue Denkweise«, Moskau 1987, S.117), die Frau wieder für die Familie zu gewinnen, ihr ihre echte Bestimmung zurückzugeben. Das Scheitern der Maßnahmen zum Wohle von Frauen, zur Lösung ihrer Alltagsprobleme in der SU führte zur Rückkehr der patriarchalischen Ideologie und zur Entlarvung des Begriffs »Emanzipation«. Verursacht wurde eine solche Denkweise durch die sozialökonomische Krise, durch Arbeitslosigkeit, Inflation und das rasche Sinken der Geburtenzahlen.

Zurück an den Herd

Subjektive Gründe für den Rückzug einiger Frauen in die Familie sind: die negative Reaktion von Jugendlichen auf die Gestalt der immer müden Mutter, das Bestreben einiger Frauen, sich in der Familie vor schwierigen gesellschaftlichen Verhältnissen zu verstecken, die zunehmende Gewichtung des Privatlebens. Die Lösung der Frauenfrage durch die Rückkehr in die Familie wird kaum Erfolg haben, denn sie kann nicht alle Frauen zufriedenstellen. Es ist vielmehr nötig, Frauen Möglichkeiten zur Selbstbestimmung, Selbstverwirklichung und Selbstbehauptung zu eröffnen und zu garantieren.

Paradoxerweise führen Versuche, Frauen heute für die Familie wiederzugewinnen und dies unter den Bedingungen einer sich zuspitzenden Krise in allen Lebensbereichen mit Massenverarmung und Mangel zu wachsender Frauendiskriminierung in der Familie. Die Renaissance der patriarchalischen Ideologie mit ihrer Reduzierung der Frau auf die Familie ermöglicht staatlichen Institutionen Problemlösungen anzubieten auf Kosten von Frauen, z.B. Entspannung der Arbeitsmarktsituation statt Garantien für Frauenarbeitsplätze und Umschulungsmöglichkeiten, Kostenersparnis für Bildung, Fachausbildung und Umschulung von Frauen, Einsparungen bei Kinderbetreuungsangeboten etc. Dabei wird übersehen, daß sich das Abdrängen von Frauen in den Haushalt negativ auf das Familienbudget auswirkt: Unterhaltsleistungen für Kinder werden die Lohnverluste von Frauen kaum kompensieren können. (Besonders prekär ist die Situation der alleinstehenden Frauen mit Kindern oder anderen nicht erwerbsfähigen Familienangehörigen.) Nach der Verrichtung der monotonen Hausarbeit vergeuden Frauen ihre Zeit und Kraft in den langen Schlangen, auf der Suche nach Lebensmitteln und Massenbedarfsartikeln.

Laut herrschender Auffassung (auch unter Frauen) wird das Familienideal durch die Orientierung von Frauen auf soziale Errungenschaften und Karriere zerstört. So schreibt die Dichterin L. Vasiljewa in der Prawda vom 17. Oktober 1987: »Die Frau will ein Mensch unter den Menschen, ein aktives Mitglied der Gesellschaft sein. Ist das ihr natürlicher Wunsch? Ja, aber nur, wenn dabei ihr Wunsch, Mutter und Frau zu sein, erhalten bleibt.« Für Vasiljewa ist die Frau dann ein Mensch, wenn sie bereit ist, ihrer natürlichen Bestimmung zu folgen. In diesem Artikel heißt es weiter: »Man ist daran gewöhnt, eine Frau dafür zu loben, wenn sie einem Mann in der Erfüllung ihrer Arbeit überlegen ist... Das ist aber unnatürlich!«

Ein weiteres Beispiel: Der Frauenfreund M. Krykow schließt herablassend seinen Artikel »Unter uns, Männern« in der Prawda vom 29. August 1990 mit der Bemerkung: »Nein, ich bin dagegen, wenn Frauen kämpfen und sich auf Tagungen hervortun. Aber offen gesagt, denke ich immer, wir Männer sollten lieber für Veränderungen im Haushalt sorgen, damit Frauen sich glücklicher zu Hause als auf dem Ministersessel fühlen, damit sie besser ihre Rolle als Bewahrerin des Hauses, des Friedens und des Fortschritts spielen können. Und falls Frauen sich wünschen, Minister zu werden, setze ich mich dafür ein, daß sie diesen Kampf nicht verlieren – den Männern zur Belehrung, damit diese erkennen, daß nicht nur Männer den Grundstein der Existenz bilden.«

Sehr kategorisch vertritt der Schriftsteller V. Rasputin in »Sowjetische Frau« (1990, Nr.4, S.15) die Meinung, daß die Emanzipation der Frau die Wiedergeburt der schwachen Hälfte der Menschheit und eine geistige Mutation sei.

Die Wertschätzung der Rolle der Frau in der Familie gegenüber ihrer Geringschätzung im Beruf zielt darauf ab, Fakten zu verschweigen. Durch die Rollenverteilung in der patriarchalischen Familie werden Frauen in ihren Möglichkeiten zur Selbstverwirklichung und Autonomie eingegrenzt. Ihr Gesichtskreis soll nur noch Küche und Kinderzimmer erfassen. Die Frau wird dabei ihrem Mann als »Herren« untergeordnet. Die Befürworter der Mutterschaft übersehen aber die Verantwortung beider Elternteile für die Erziehung der Kinder. Dabei ist die Funktion der Väter nicht im biologischen Sinn, sondern vor allem im sozialen Kontext für die Persönlichkeitsbildung von Kindern und zukünftigen Vätern von großer Bedeutung.

Verstärkte sexistische Tendenzen

Die sorgfältige Analyse von Zeitungsartikeln seit August 1991 zeigt die Fortführung tief eingefleischter sexistischer Tendenzen. In den Zeitungsartikeln der letzten Monate herrschen drei Frauentypen vor: Preisträgerinnen von verschiedenen Schönheitswettbewerben oder Fotomodelle, Nonnen und Businessfrauen.

Während der Glasnostzeiten kamen pornographische Frauendarstellungen auf, die die Frau auf ihre Geschlechtszugehörigkeit, ihren Körper und ihre sexuellen Funktionen reduzierten. Abbildungen von nackten Frauen wurden in der Massenmedien weit verbreitet.

Sexuell-pornographische Kalender, Bücher, Zeitschriften (»Andrej«, die russische Variante von »Playboy«) und auch kulinarische Rezepte (»Erotisches Abendbrot und Nacht der Liebe«, ein Buch von A. Michajlow mit dem letzten Gericht »Phallus mit Gemüse«) werden dem Publikum unter dem Mäntelchen von Pluralismus und Demokratie verkauft.

Auch die sogenannten Schönheitsshows vermarkten die Frau als Ware und sexuelles Objekt. Dort wird die Frau in einer Atmosphäre der Erniedrigung und Sexualisierung mit Dreck beworfen. Die Frau als Arbeiterin, als Erbauerin der sozialistischen Gesellschaft hat der »unterlegenen Miss« mit einem von Männern bestimmtem Schenkel- und Brustumfang und Beinlänge den Vortritt überlassen. Auch das neue Ideal ist ein Mythos und genauso bequem für Männer wie das alte. Wenn Männer Schönheitsstandards für Frauen bestimmen, deren Körper nur als Abmessungsobjekt betrachten, wird das Selbstbewußtsein von Frauen infrage gestellt. Dies führt dazu, daß Frauen sich als Wunschobjekt der Männer einschätzen und diese mit Nachsicht behandeln. Letzlich entsteht hieraus eine allgemeine Mißachtung und Geringschätzung von Frauen.

Wunschbilder vom schönen Leben, ewiger Freude und unbegrenzter Möglichkeiten, z.B. ins Ausland zu reisen, sind besonders für Jugendliche verführerisch. Wenn jedoch Unnatürliches für selbstverständlich gehalten wird, werden Moralprinzipien verletzt. Bekanntlich träumen viele Mädchen davon, Schönheitskönigin, Modell oder Supermodell zu werden. Immer öfter werden russische Frauen von Stripteaseschulen, Variétes und Ausländern über Inserate in den Massenmedien gesucht.

Die Objektbeziehung zu Frauen ist diskriminierend. Sie kann dazu führen, Frauen die Schuld an den Übeln dieser Welt (Verfall von moralischen Prinzipien, Trunksucht, Obdachlosigkeit, Ehebruch) zuzuweisen. In den Massenmedien findet sich diese Tendenz. Das ist amoralisch, asozial und destruktiv und hat nichts mit einer echten Harmonisierung der Gesellschaft und der Verwirklichung von Demokratie zu tun.

Nonne oder Businessfrau als verzerrtes Ideal

Die wachsende Aufmerksamkeit der Massenmedien gegenüber der Kirche führt seit kurzem zum Auftauchen eines weiteren Frauentyps. Kirchenanhänger rufen über den Bildschirm und über die Printmedien zur Demut auf. Rußland erscheint als »Heim der Mutter Gottes«, die Rußland von je her beschützt hat und die russische Frau wird zum Prototyp der Mutter Gottes stilisiert. (W. Rasputin in »Sowjetische Frau«, 1990, Nr.4, S.44 ff.)

Die Wiederbelebung des islamischen Fundamentalismus in der asiatischen Region wirkt sich auch auf die dort lebenden Frauen aus. Alte Vorstellungen über die Rolle der Frau im Haushalt kommen hoch. In Moskauer Zeitungen werden Briefe von Mädchen veröffentlicht, die den Wunsch äußern, wieder die Parandsha und den Schleier zu tragen und im Harem zu leben. (»Komsomolskaja Prawda, 9. Sept., 1988) Ebenfalls in dieser Zeitung vom 14.April 1992 finden sich in einem Artikel zum Thema »Frauenkloster als vorbildliches Landwirtschaftsunternehmen« folgende Zeilen: »Welche der Frauen hat sich nicht als reumütige Sünderin vorgestellt? Welche hat nicht davon geträumt, am Lebensende ins Kloster zu gehen? Süßer Geruch nach dem Salböl, gedehnter Gesang des Kirchenchors, schwarzes Klostergewand, das so gut die tragische Gesichtsblässe betont – diese Theateratmosphäre bewegt Frauenherzen sehr stark.« Weiter heißt es: »den ganzen Tag lang arbeiten die Frauen wie Bienen, sehr tüchtig und solide, was den Haushalt zu einem Ritual, zu einem heiligen Brauch macht«. Nach Ansicht der Autorin des Artikels, D. Aslamowa treten Frauen ins Kloster ein, die keine Befriedigung ihrer Gefühle gefunden haben und nicht im Einklang mit ihrem Körper leben. Meiner Meinung nach ist dies eine ziemlich primitive Erklärung der Motive für das Klosterleben. Das Klosterleben kann für Frauen anziehend sein, die bei der Bewältigung ihres alltäglichen Lebenskampfs allein gelassen werden. Immerhin gibt es im Lande keine psychologischen Betreuungsdienste, keine Notunterkünfte oder Krisentelefone für Frauen.

Und schließlich noch eine Gestalt, die über die Massenmedien propagiert wird. Es handelt sich um die erfolgreiche Geschäftsfrau, die sich auf dem Markt behaupten kann und die die Segnungen der Marktwirtschaft verkörpert. Über die Schwierigkeiten, mit denen die Geschäftsfrau zu kämpfen hat, wird nichts gesagt. Frisur und Kleidung, ihr Charme und ihre Weiblichkeit werden hingegen ausführlich beschrieben. Bei der Darstellung dieses Frauentyps wird auf die alte Manier der Schönfärberei zurückgegriffen. Man zeigt nur die festliche Seite aber nicht die wirklichen Probleme von Menschen, die sich auf unserem wilden Markt behaupten müssen.

Medien in Männerhand

Bei 80 Mio Russinnen und einem weiblichen Bevölkerungsanteil von 53% verkörpern diese drei skizzierten Frauentypen nicht die Galerie aller russischen Frauen. Die Mehrheit der erwerbsfähigen Frauen zwischen 16 und 54 Jahren ist berufstätig. (Der Frauenanteil an den Beschäftigten beträgt 51%.) Der Rückgang der Produktion, Inflation, Mangelsitation, der Zusammenbruch des Gesundheits- und Bildungswesens, wachsende Gewaltkriminalität und andere negative Erscheinungen der Übergangsperiode stellen die meisten Frauen vor immense Probleme. Diese werden in Zeitungen und Zeitschriften jedoch nicht angesprochen. Außer Frauenzeitungen hat keine einzige bedeutende Zeitung eine Chefredakteurin.

Da die Männer die Mehrheit in den Redaktionskollektiven bilden und nicht begreifen, in welchem Maße sich die Lage der Frauen verschlimmert, berichten sie nur mit Unlust und unter Protest über Massenentlassungen von Frauen, den Mangel an Kindernahrung, den schlechten Zustand der Entbindungshäuser und zunehmende Gewalt gegen Frauen. So besteht kaum Aussicht, daß sich die Massenmedien der Aufklärung über Frauenprobleme widmen. Das macht die Verbreitung neuer Frauenbilder so gefährlich. Vom Mythos des entwickelten Sozialismus befreit, geraten Frauen nun unter den Druck des Mythos von der typisch weiblichen Bestimmung. Ewige Weiblichkeit und sexuelle Anziehungskraft werden zum Ideal erhoben. Der traditionellen patriarchalischen Auffassung entsprechend werden Frauen als Menschen zweiter Klasse eingestuft. Auf ihre Wünsche, Meinungen und ihren Gesundheitszustand braucht mann keine Rücksicht zu nehmen. Dies macht einen solchen Umgang mit Frauen annehmbar. Dabei heiligt der Zweck die Mittel: Zur Ankurbelung der Wirtschaft muß die Frau in die Produktion, zur Verbesserung der demographischen Lage wird die Mutterschaft propagiert, zur Entlastung des Arbeitsmarkts die Familie.

Die Kommerzialisierung der Massenmedien und Profitorientierung führen zum Verkauf von sensationellen »geistigen« Waren unabhängig davon, welchen Schaden sie anrichten können. Sensationen bilden einen fruchtbaren Boden für die Entstehung von Mythen, Leitbildern für die Idealfrau vom Standpunkt der Männer aus.

Was braucht frau um in diesen schwierigen Zeiten zu überleben? Zuerst muß sie sich über ihre Lage bewußt werden. Sie ist auf ihre eigene Kraft, Initiative und ihr Selbstbewußtsein angewiesen. Das bedeutet, sie muß finanziell unabhängig sein und darf nicht an die Illusion von der Lebenskraft durch den paternalistischen Staat glauben. Sie muß auf die Hilfe illusionärer Mächte und Wunder verzichten. Kreativität, Selbstverwirklichung, Selbstbestimmung und Durchsetzungsfähigkeit sind heute gefragt. Das erkennen heute mehr und mehr Frauen. ●

DIE RUSSISCHE FRAU:

RUSSLAND

Verschlechterung der Situation während der Perestroika

Höhere Arbeitslosigkeit, niedrige Löhne und zusätzliche Belastung von Frauen sind Kennzeichen, wie sie aus westlichen Ländern bekannt sind. In der GUS verschlechtert sich die Situation von Frauen während der wirtschaftlichen Umstrukturierung zusehends in die gleiche, unerfreuliche Richtung. Zwei russische Historikerinnen zeigen die aktuelle Entwicklung auf, die nach dem anfänglichen Optimismus zur Unterstützung der Perestroika umschlug in die Erkenntnis, daß die alten patriarchalen Strukturen wieder deutlicher zum Vorschein kommen und sie fordern eigene Initiative von den Frauen selbst.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Elvira Novikowa und Tatjana Schipulo, Redaktion Frauen ● Von den radikalen Veränderungen, die der Übergang von der Planwirtschaft zur Marktwirtschaft mit sich bringt, sind vor allem Frauen betroffen. Dies nicht nur, weil die Frauen ca. 51% aller Beschäftigten ausmachen (in einigen wirtschaftlich hochentwickelten Regionen wie z.B. Moskau sind es ca. 54%), sondern weil sie auch viele alte, ungelöste Probleme geerbt und neue Probleme durch die Umstrukturierung zur Marktwirtschaft hinzu bekommen haben, für deren Lösung man noch keine Erfahrung hat.

Hohe Frauenarbeitslosigkeit

Im Rahmen der Planwirtschaft waren Frauen in fast allen Bereichen der Volkswirtschaft vertreten. Sie waren vor allem in Berufen des Bildungs- und Gesundheitswesens, im Dienstleistungssektor, sowie im Handel und der Textil- und Leichtindustrie tätig. Zur Zeit erleben diese »Frauen-Domänen« böse Zeiten. Es wird gesagt, daß es auf Grund des Budgetdefizits in nächster Zeit keine Möglichkeit für die ausreichende Finanzierung der Bildungsinstitutionen und der medizinischen Betreuung geben wird. Das wirkt sich negativ auf die Arbeitsbedingungen, auf die Qualität der Arbeit und die Entlohnung der Angestellten (70% Frauen) aus, in den Bereichen, die eng mit der Verbesserung des menschlichen Lebens verknüpft sind. Der Bruch der wirtschaftlichen Kontakte zwischen den ehemaligen Sowjetrepubliken behindert das normale Funktionieren der Textil- und Leichtindustrie, wo die Mehrheit der Angestellten (80%) Frauen sind. Die Liquidation der Unionsstrukturen führt zur Verminderung von Fachkräften, deren Mehrheit Frauen sind. In Moskau ist die Situation heute so, daß auf der schwarzen Liste der Arbeitslosen 80% Frauen sind. Durchschnittlich sind sie 50 Jahre alt und haben Hochschul- (Fachschul-)bildung – die meisten waren als Technikerin oder Ingenieurin tätig. Da das Rentenalter für Frauen bei 55 Jahren liegt, ist es für diese Frauen sehr schwierig, eine Arbeitsstelle zu finden. Die meisten Arbeitsplätze, die auf dem Stellenmarkt angeboten werden, erfordern kein hohes Ausbildungsniveau und keine professionellen Kenntnisse. Im Rahmen der strukturellen Veränderungen in verschiedenen wirtschaftlichen Bereichen sinkt nicht die Zahl der Frauen, die schwere Arbeit unter gefährlichen, gesundheitsschädigenden Bedingungen zu leisten haben. Die Hälfte der in Industrie und Landwirtschaft Beschäftigten, die körperliche Arbeit leisten, sind Frauen. Die Situation entwickelt sich so, daß die Gefahr besteht, daß Frauen – sie sind vor allem von der Arbeitslosigkeit betroffen – durch die Verkürzung der Schutzmaßnahmen und Verschlechterung der Arbeitsbedingungen vermehrt schwere Arbeit zugewiesen bekommen. Man braucht nicht zu erklären, welche Folgen dies für die Gesundheit der Frauen wie auch der Kinder haben wird. Schon jetzt ist es so, daß die Zahl der Geburten in Rußland gesunken ist und die Schwergeburten und Schwangerschaftskomplikationen häufiger werden. Zur Zeit werden viele Kinder mit Anomalien geboren. Nach den statistischen Angaben stand die ehemalige UdSSR in punkto Kindersterblichkeit an 52. Stelle der Weltrangliste. Mediziner sehen einen direkten Zusammenhang zwischen den Arbeitsbedingungen der Mutter und charakteristischen Merkmalen der Arbeit.

So wie früher ist es weiterhin ein Problem, daß innerhalb von Industriebranchen traditionell Frauen 2-3 Punkte tiefer als Männer (bei gleicher Qualifikation) eingestuft werden. Dabei ist das allgemeine Ausbildungsniveau bei Frauen oft erheblich höher als bei Männern. Aber auf Grund des Fachausbildungssystems werden den Mädchen fünfmal weniger Berufe angeboten als den Jungen. Dadurch sind für junge Frauen die Möglichkeiten der Berufswahl sehr eingeschränkt.

Niedrige Löhne und zusätzliche Belastung

Ein weiteres ungelöstes Problem ist die Entlohnung. Es gibt historische Unterschiede in der Industrie: in der Schwerindustrie arbeiten vorwiegend Männer, in der Leichtindustrie sind die Frauen in der Mehrheit. Genauso in anderen Bereichen wie Produktion (Männer) und Dienstleistung (Frauen). Durch die tiefere Qualifikationseinstufung erhalten Frauen viel niedrigere Löhne. Der durchschnittliche Lohn der Frauen beträgt 75% von dem der Männer. Frauen, die als technische Ingenieurinnen tätig sind, bekommen 80 - 85%. Mit anderen Worten: je mehr ein Industriesektor mit Frauen besetzt ist, desto niedriger ist der durchschnittliche Lohn. Es ist kein Zufall, daß in den letzten zwei Jahren die Zahl der streikenden LehrerInnen, ÄrztInnen, Krippen- und Kindergartenpersonal zugenommen hat, um Lohnerhöhung und Verbesserung der Arbeitsbedingungen zu fordern.

Außer den Schwierigkeiten, die eng mit der beruflichen Tätigkeit verbunden sind, haben Frauen auch Probleme, berufliche und familiäre Verpflichtungen zu vereinen. Vor allem durch den totalen Mangel an Lebensmitteln, der medizinischen Betreuung und den sich verschlechternden Programmen der Familienhilfe werden Frauen durch Haushalt und Erziehung der Kinder schwer belastet. Frauen müssen 85% der Hausarbeit allein machen. Das sind 76,3 Stunden pro Woche. Hingegen arbeiten die Männer nur 59,4 Stunden. Daher erstaunt es niemanden, daß Frauen, die in Städten leben, 2 bis 3 mal mehr an Neurosen leiden (besonders im Alter zwischen 30 bis 49 Jahren) als Männer. In diesem Lebensabschnitt treffen viele Belastungen zusammen: berufliche Karriere, die Gründung der Familie, Geburten, Kindererziehung.

In der Planwirtschaft war die Verknüpfung der Arbeitsstelle mit verschiedenen sozialen Vorteilen und Mutterschaftszahlungen charakteristisch. Es gab ein ganzes Netz aus verschiedenen Einrichtungen wie Kindergärten, Sanatorien, Schwangerschaftsurlaub, Erholungsheime und Ferienlager für Kinder.

In der Übergangsperiode zur Marktwirtschaft haben die Betriebe kein Geld mehr und können die Unterhaltskosten dafür nicht mehr tragen. Viele sozial-kulturelle Einrichtungen schließen oder beginnen, kommerzielle Einrichtungen zu werden. Wegen der hohen Kosten werden sie sich dann nur Wenige leisten können.

Das Bestreben des Staates, die Betriebe dazu zu bringen, Mutterschaftsgeld zu bezahlen, wird oft gegen Frauen ausgenützt. Da die Unternehmer mit dem Geld zu rechnen begannen, um kurzfristige Vorteile zu erzielen, werden sie sich häufiger Gedanken darüber machen, ob es für sie rentabel ist, eine Frau einzustellen.

Die große Arbeitsbelastung im Haushalt und am Arbeitsplatz und der Mangel an freier Zeit verhindern die persönliche Entwicklung der Frau sowie ihre Beteiligung am politischen und gesellschaftlichen Leben. Glasnost hat ermöglicht, offen die akuten Widersprüche und Probleme über die Situation der Frau zu diskutieren. Die Frauen haben die Perestroika mit Hoffnung und Begeisterung aufgenommen. Nach anfänglicher Stagnation wurden die Menschen zur aktiven sozialen Tätigkeit ermuntert. Ungeduldig wartete man auf radikale Veränderungen. Man wollte an den Prozessen der Erneuerung der Gesellschaft teilnehmen. 1985 schien es (nicht nur einzelnen BürgerInnen, sondern auch der vorhergehenden Regierung), es würde 2-3 Jahre vergehen und unsere Gesellschaft würde sich dann in einem prinzipiell neuen Zustand befinden. Die dominierende Stimmung war Optimismus.

Männliches Machtdiktat als administrativer Arbeitsstil

Im Verlauf der Umstrukturierung wurde klar, daß das Prinzip der Gleichstellung von Frau und Mann in der neuen Verfassung nicht verwirklicht wird. Aber neu an der jetzigen Situation ist daß die Frauen nicht mehr, als vom Staat sozial unterstützte Objekte dienen möchten. Die aktive Rolle, die die Frau bei der Bildung der Volksfront in den Baltischen Republiken und den Frauenorganisationen und -Strukturen spielten (als Bestandteil der Entstehung der bürgerlichen Gesellschaft) sind ein gutes Beispiel dafür. Es entstehen Vereinigungen und Verbände mit dem Ziel, Frauen nach beruflichen Aspekten (z.B. Journalistinnen, Schriftstellerinnen, Verlegerinnen) zu vereinigen, um sie in ihren Arbeitsrechten zu unterstützen. Verschiedene politische Clubs beginnen ihre Arbeit, die sich u. a. zum Ziel setzt, Frauen für die Parlamentarische Tätigkeit zu finden. Die erste Enttäuschung für die Frauen waren die Wahlen der Volksdeputierten in Rußland (1990), bei denen die Frauen nur 5,3% der Mandate der Deputierten bekamen.

Diese Tatsache muß speziell untersucht werden, denn hier widerspiegelt sich die Beziehung der Gesellschaft zur Frau, ihrem Platz und ihre Rolle in dieser Gesellschaft. Man muß im Auge behalten, daß Krisenerscheinungen nicht nur auf Wirtschaft und Politik, sondern auch für das gesellschaftliche Bewußtsein, die Moral und die Familie (d.h. in allen Lebensbereichen) Folgen hat. Der Umbruch der totalitären Gesellschaftsordnung hat aber nicht völlig die alten partriarchalen Strukturen zerstört. Männliche Dominanz des Totalitarismus findet ihren Ausdruck nicht nur darin, daß Männer fast alle leitenden Funktionen besetzen. Noch viel bedeutsamer ist, wie sie Maßstäbe setzen (militärisch ausgerichtete Zielsetzung, Installierung militärisch aufgebauter Industriekomplexe): solche Mittel und Methoden führen zu einem Machtdiktat als administrativem Arbeitsstil! Die Folge davon war, was wir ein »gerichtetes« Leben nannten – ähnlich dem in einer Kaserne – wo das System der Gemeinsamkeit auf dem Machtprinzip beruhte. In der sozial-psychologischen Sphäre herrschte Angst und Mißtrauen. Gesellschaftliche Aktivitäten wurden auf der Suche nach »Feinden« und ihrer Entlarvung gerichtet. Die Politik in so einer Gesellschaft hat nichts mit Wahrheit zu tun. Unter diesen Gegebenheiten hat man Frauen als Mittel zur Erreichung verschiedener Ziele eingesetzt, z.B. in der Wirtschaft als billige Arbeitskräfte. Die Frauen dienten als Alibi-Objekte des »lieben« Vater Staat, z.B. wenn Orden für Mütter mit vielen Kindern verliehen wurden. Das Ganze wurde durch Ausdrücke wie »die Doppelbelastung der Frau mildern«, »den Problemen ins Gesicht schauen«, »die Frauen in die Politik zurück gewinnen« verbrämt. Es waren keine realen Wege vorhanden, um als Frau zur freien Bürgerin zu werden, die ihr Leben selbst bestimmen kann, die ihren Lebensweg selbst hätte wählen können oder auch Vorraussetzungen für die Selbstverwirklichung der Frau zu schaffen.

Das partriarchalische Verständnis den Frauen gegenüber hatte so stark alle »Poren« des gesellschaftlichen Lebens durchdrungen, daß das gesellschaftliche Bewußtsein von ihm geprägt war und man es nicht mehr merkte. Nach 1985 sind durch die schnelle Auflösung der ehemaligen Institutionen, und damit auch der stereotypen Traditionen generell, neue partriarchalische Vorstellungen über Frauen geboren worden – ihre Rolle und Stellung in der Gesellschaft betreffend. Die Frauen werden durch neue »Mythologien« wieder zurückgeholt. In Medien beschreibt (besser: beschwört) man oft die Ideale der »unsterblichen« Weiblichkeit, der Beschützerin des heimischen Herdes und der sexuell betonten Frau. Schönheitswettbewerbe wurden sehr populär. Die große Zahl pornographischer Literatur un die »demokratische« Befreiung der staatlichen Fernsehprogramme mit zahlreicher Werbung, die Frauenkörper benutzt, kreieren eine neue Mythologie.

Unterschiedliche Vorstellungen von Frauen

Nach 7 Jahren (ab 1985) ist klar geworden, daß die Übergangszeit keine kurzfristige vorübergehende Periode ist, sondern daß die Krisen zunehmen und die Inflation ständig steigt. Das alles führt zu Unsicherheit was die Zukunft anbelangt, zu psychologischem Unbehagen und letzten Endes zu Depressionen. Alte gesellschaftliche Bindungen sind zerstört, neue existieren noch nicht. Die Menschen sind müde.

Unerfüllte Hoffnungen von Möglichkeiten der raschen Umgestaltung des gesellschaftlichen und ökonomischen Lebens haben bei einem Teil der Frauen den Wunsch geweckt, sich in die Familie zu flüchten: nostalgische Vorstellungen vom gemütlichen Heim, partriarchalischer Lebensweise mit traditioneller Rollenverteilung zwischen Mann und Frau. Manche sehen einen Ausweg aus der heutigen Situation in der Arbeitsverkürzung für die Frau, damit sie Haus und Familie mehr Zeit widmen könnte. Nur ganz vereinzelt hört man die Forderung nach gleicher Aufteilung der Hausarbeit zwischen Frau und Mann sowie der Mitverantwortung der Väter bei der Kindererziehung. Soziologische Untersuchungen, die sich mit der sozialen Orientierung und den Lebensvorstellungen der Frau im Bereich »Familie und Arbeit« befassen, geben uns auf Grund der Antworten die Möglichkeit, drei Gruppen zu bilden:

Gruppe I: Frauen, die an beruflicher Karriere orientiert sind. Das sind in der Regel Frauen, die einen hohen Ausbildungsgrad erworben haben und die sich in Wissenschaft, Kunst oder politischen Tätigkeiten engagieren. Perspektive der Entwicklung nach oben stehen für sie im Vordergrund. Erfolge im Berufsleben sind für sie die Hauptmotive für soziale Aktivitäten. Diese Frauen verdienen vollen Respekt. Sie sorgen dafür, daß Familienprobleme und Alltagssorgen ihre berufliche Karriere nicht negativ beeinflussen. Manchmal verzichten sie bewußt auf Ehe und Kinder. Der Anteil Frauen mit dieser Lebensorientierung beträgt etwa 10-15%.

Gruppe II: Sie betrifft mindestens 2/3 der Frauen: Für sie sind die Gleichwertung von Familie und Beruf typisch. Sie haben ein sehr großes Bedürfnis nach Selbstverwirklichung im Beruf, aber Ehe, Mutterschaft und Haus sind ihnen genauso wichtig. Und gerade die Situation dieser Frauen ist besonders schwer. Die Doppelbelastung an der Arbeitsstelle und zu Hause führt zur Überbelastung und ständiger Müdigkeit durch die zahllosen Allltagssorgen. Sie zwingt die Frauen zum Leben an der Grenze ihrer Möglichkeiten, ständig balancierend zwischen Beruf und Familie.

Gruppe III: In der Hierarchie der Werte hat bei diesen Frauen die Familie den höchsten Stellenwert. Die Arbeit außer Haus – die Erwerbstätigkeit – dient dem Lebensunterhalt und basiert sehr oft auf zwingender wirtschaftlicher Notwendigkeit. Könnten diese Frauen frei wählen, so begrenzten sie ihre Tätigkeit auf die Führung des Haushalts und die Erziehung der Kinder. Ihr Anteil liegt bei etwa 20-30 %. Selbstverständlich sind auch diese Frauen nicht bereit, sich ganz in Familie und Haus zurückzuziehen und völlig vom Mann abhängig zu sein. Sie sind bereit, am Leben der Gesellschaft teilzunehmen und in den Beruf zurückzukehren, nachdem die Kinder großgezogen worden sind.

Frauen, mischt Euch ein!

Als Schlußfolgerung läßt sich sagen, daß ganz verschiedene Wertorientierungen und Lebensumstände vorhanden sind. Deshalb gibt es keine Möglichkeit, ein einheitliches Modell zu entwickeln und vorzuschlagen. Versuche, ein allgemein anwendbares Schema aufzustellen, sind unrealistisch resp. unmöglich. Standardschemata von mittelmäßigem Niveau sind indiskutabel, weil sie die persönlichen Fähigkeiten des Individuums limitieren. Stattdessen ist es notwendig, Voraussetzungen (gute Schuldbildung, qualifizierte Berufsausbildung, Kinderhorte und flexible Arbeitszeiten) zu schaffen, die jeder Frau die Möglichkeit geben, ihr Leben frei nach persönlichen Umständen und Erfordernissen aufzubauen. Somit könnte sie selbst entscheiden, welche soziale Rolle sie für sich in Anspruch nehmen möchte. Prinzipiell wichtig ist, daß diese Wahl von ihr bewußt und freiwillig getroffen werden kann und nicht von von rein wirtschaftlichen oder gesellschaftlichen Zwängen bestimmt wird. Daraus resultiert die Notwendigkeit des Umdenkens der staatlichen Politik, die so ausgerichtet sein muß, daß sie reale und gesicherte Möglichkeiten zur Verwirklichung der persönlichen Entwicklung in der Gesellschaft schafft.

Wir sind der Meinung, daß die Emanzipation der Frau nicht automatisch gelöst wird mit der Schaffung der juristischen und faktischen Gleichstellung beider Geschlechter in allen Lebensbereichen, sondern verstehen darunter die Befreiung aus der sozialen Unterdrückung und die freie Entfaltung der Persönlichkeit der Frau.

Das Erreichen dieser hohen Ziele ist in unserem Land unter den heutigen Gegebenheiten außerordentlich schwer. Es genügt zu sagen, daß im ersten Entwurf der Verfassung der Russischen Förderation ein Artikel über die gleichen Rechte von Frau und Mann völlig fehlte. Im System der Legislative und Exikutive fehlen jedwelche Strukturen, die sich mit der Verbesserung der Situation der Frau befassen. Es gibt nur ein Referat (Büro) zu den Fragen bezüglich Familie und demographische Politik. Keine der neuentstandenen politischen Parteien hat ein Programm zum Schutz der Frauenrechte vorgestellt. Nicht anders sieht es bei den Gewerkschaften des Landes aus. Das beweist nochmals, daß der Kampf für die Rechte der Frau durch eigene Frauenorganisationen, aber auch in Parteien und anderen Institutionen geführt werden muß. Die Frauen selbst sind gefordert. Die Zeit, in der man Geschenke vom Staat erwarten konnte, ist vorbei. Von den Frauen wird jetzt erwartet, das sie selbständig die Initiative ergreifen, ihr Leben aufzubauen und zu gestalten. Das erfordert von jeder Frau sehr große »innere« Anstrengungen. Sie steht am Anfang einer neuen Entwicklung, der sie nicht ausweichen darf. ●

Contraste_Korrekturen_FuenfteWelle_1992.indd 14 23.09.24 19:56

BILLIGLOHNLAND KOREA

KOREA / POLEN

Korea Women Farmers Association

Der südkoreanische Agrarsektor soll nach den Plänen der Regierung von 6 Mio (1990) in der Landwirtschaft Beschäftigten auf 2 Mio schrumpfen. Bei einem Frauenanteil von 55% aller in der Landwirtschaft Beschäftigten werden durch den Abbau des Agrarsektors vor allem Frauen ihre Lebensgrundlage verlieren. Sie werden in die Städte abwandern als neues Futter für die Billiglohnindustrien multinationaler Konzerne.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Ricarda Buch, Redaktion Frauen ● Noch bis zu den 60er Jahren lebte der größte Teil der koreanischen Bevölkerung von der Landwirtschaft. Mit Beendigung des Koreakrieges verringerten die USA zwar ihre militärische nicht aber ihre wirtschaftliche Präsenz. Begleitet vom Abbau der einheimischen Landwirtschaft wurden seit den 60er Jahren mit ausländischem Kapital in großem Tempo Billiglohnindustrien hochgezogen. Dies führte zu einer wachsenden Verschuldung und zur Öffnung des Agrarmarktes. Für den einheimischen Markt produzierte landwirtschaftliche Erzeugnisse konnten bald nicht mehr gegen Agrarimporte aus den USA, z.B. Getreide konkurrieren. 1984 führte der Import von Rindfleisch zur Massenschlachtung einheimischer Rinder und trieb viele Bauern in den Ruin.

Mittlerweile leben auf dem Land vorwiegend Frauen, Kinder und alte Menschen. Die traditionellen, feudalen Wertvorstellungen sind in der ländlichen Gesellschaft tief verankert: es sind die Frauen, die fast alle Arbeiten in der Landwirtschaft und im Haushalt verrichten. Wichtige Entscheidungen müssen sie jedoch nach wie vor den Männern überlassen. Um angesehen zu sein, braucht eine Frau mindestens einen Sohn. Bei der Geburt von Töchtern ist sie nichts wert. Die Versorgungslage ist schlecht und die gesundheitlichen Risiken – besonders für Kleinkinder und Landfrauen – nehmen durch deren Überbelastung zu.

Mittlerweile formiert sich der Widerstand. Bei Protestaktionen gegen ihre sich verschlechternden Lebensbedingungen treiben die koreanischen Bäuerinnen Kühe zum Schutz gegen die brutalen Übergriffe der Polizeigewalt vor sich her und bewaffnen sich mit Sicherheitsnadeln. 1989 gründeten sie zur besseren Koordinierung ihrer Aktionen die Korea Women Farmers Association.

Ziel dieser Organisation ist es, den Landfrauen zu mehr Selbstbewußtsein und zur Entfaltung von Eigeninitiative bei der zukünftigen Gestaltung der Gesellschaft zu verhelfen. Die autonome Landfrauenbewegung in Südkorea ist inzwischen in 50 von 137 Kreisen organisiert. Sie besteht aus Basisgruppen in Dörfern, die auf der nationalen Ebene vernetzt sind. Die Aktivitäten werden auf die verbliebenen Kreise ausgedehnt und es wird mit Gruppen migrierter Landfrauen in den Städten und mit Frauengruppen aus anderen Milieus zusammengearbeitet. Die einzelnen Gruppen sind selbstverwaltet und selbstorganisiert, gemeinsame Aktionen und Projekte werden auf der nationalen Ebene geplant und mit entsprechenden anderen Organisationen koordiniert. Die Informationsstruktur soll verbessert werden. So bemühen sich die Frauen derzeit um Fördermittel für einen Mitfrauen-Rundbrief. Neben politischen Zielen wie der Verwirklichung von Mitbestimmung auf allen Ebenen widmet sich der Verband auch dem Aufbau wirtschaftlicher und sozialer Strukturen zugunsten der Landfrauen, z.B. Erzeugerinnen-Verbraucherinnen Genossenschaften, Bildungsarbeit durch Studentinnen. Für die Bildungs-, Forschungs-und Öffentlichkeitsarbeit zur Verbesserung der Situation der koreanischen Landfrauen soll jetzt ein eigener Träger gegründet werden – das Korea Women Farmers Institut. Das Institut soll

- Publikationen herausgeben,
- Konferenzen, Diskussionen und Tagungen veranstalten,
- über Förderprogramme informieren und beraten,
- Konzepte zum Aufbau von Direktvermarktungstrukturen und Bildungsangeboten auch für Frauen in den Städten entwickeln und umsetzen,
- die Vernetzung mit anderen Organisationen ausbauen,
- Handlungsmöglichkeiten von Frauen in bezug auf die Wiedervereinigung Nord- und Südkoreas untersuchen und entwickeln. ●

CONTRASTE wünscht viel Erfolg.

Spendenkonto:
Korea Women Farmers Association
The Citizens National Bank · 009-24-0176-739 전여농
Korea Exchange Bank · 031-13-37364-3 전여농

FRAUEN IN POLEN:

Der Mythos von der Gleichheit

Die Rechte der Frauen in den sich wandelnden postkommunistischen Gesellschaften.

Malgorzata Fuszara, Redaktion Frauen ● Die politischen und ökonomischen Umwandlungen in den postkommunistischen Gesellschaften ziehen verschiedene Veränderungen in der Situation der Frau nach sich. In vielen Bereichen führt das zur Entblößung des Mythos von der Gleichheit der Geschlechter. Ein Beispiel ist die Beteiligung der Frau an der Macht. Die Zahl der Frauen in Parlamenten und örtlichen Nationalräten war in all den Ländern größer als jetzt und größer als zur gleichen Zeit im Westen, aber diese Machtorgane übten damals keine reale Macht aus. In den Gremien, die die wirkliche Macht innehielten – Parteispitzen / Regierungen – gab es so gut wie keine Frauen. Auch im Lohnbereich waren die Einkommen der Frauen trotz des verfassungsrechtlichen Diskriminierungsverbots niedriger als die der Männer. Trotz guter Berufsausbildung waren die Frauen sehr selten unter Leistungskadern zu finden.

Die rechtlichen Regelungen im kommunistischen Polen waren gekennzeichnet durch ein paternalistisches Verhalten den Frauen gegenüber. Verschiedene Sondervorschriften galten als Frauenvorrechte, obwohl die Chancen der Frauen auf dem Arbeitsmarkt dadurch oft beschränkt wurden.

Die Veränderungen der letzten Jahre erzeugen neue Probleme, die alle, aber vor allem die Frauen betreffen: Arbeitslosigkeit, Kürzungen im Sozialbereich. Dazu kommen noch die alten, im Kommunismus oft verschwiegenen Mißstände wie Gewalt gegen Frauen. Es wäre sicher möglich, die Lage der Frauen zu verbessern. Die Anregung dazu kann aber nur von den Frauen ausgehen.

Die Situation der polnischen Frauen auf dem Arbeitsmarkt

Beata Grudzinska, Redaktion Frauen ● Die heutige Situation auf dem Arbeitsmarkt in Polen resultiert aus früheren Fehlentscheidungen, strukturellen Veränderungen und der seit Mitte 80 andauernden wirtschaftlichen Krise. All das explodiert jetzt und führt dazu, daß die ökonomische Lage der Gesellschaft, insbesondere der Frauen, sich immer verschlimmert.

In der ganzen Nachkriegszeit waren die Frauen in Polen aktiv im Berufsleben. Eine der Ursachen war die kommunistische Ideologie; eine andere war das Streben der Frauen danach, ihr Leben selbst zu gestalten. Dazu kam oft die Notwendigkeit, das Familieneinkommen zu verbessern. Die Frauen, für die der dritte Grund am wichtigsten war, betrachteten ihre Löhne als Ergänzung zu denen der Ehemänner, waren meistens nicht hochqualifiziert und ließen sich mit relativ niedrigem Gehalt zufriedenstellen.

Noch bis 1983-1987 beobachtete man steigende Tendenz in der Einstellung von Frauen und eine hohe Zahl von Abiturientinnen, die sich um Studienplätze bewarben. Nach 1988 zeichnete sich der erste Rückgang ab: Infolge der Krise beschränkte man die Neueinstellung von weiblichen Arbeitskräften und schickte viele Frauen mit oder ohne ihrer Zustimmung in den Erziehungsurlaub. Das Arbeitsministerium hat nichts unternommen, um die Frauenarbeitsplätze zu schützen.

1992 ist bisher für die Polinnen sehr ungünstig verlaufen. Die Zahl von vollzeitig beschäftigten Frauen sinkt. Dagegen wächst dauernd die Zahl von Frauen, die sich weder bilden noch arbeiten. Besonders beunruhigen muß, daß viele unter ihnen sehr jung sind. Viele Familien sind nicht mehr imstande, ihre Kinder zu bilden, wobei vorallem Mädchen benachteiligt sind. Die materielle Lage der Familien, der Mangel an positiven Beispielen weiblichen Aufstiegs, keine Inspiration oder Ermunterung seitens der Schule – all das wird wahrscheinlich den jungen Frauen erschweren, sich weiterzubilden, Arbeitsplätze zu finden oder wirtschaftlich selbständig zu werden. ●

SELBSTDARSTELLUNG

Pro Femina

Unsere Aktivitäten begannen im April 1989 mit einem weit publiken Protest gegen das Verbot der Abtreibung. Der Gesetzentwurf der Regierung sieht neben dem Verbot auch eine Bestrafung des Arztes, der eine Abtreibung vornimmt, von bis zu drei Jahren Gefängnis vor.

Spontan begannen viele unabhängige Gruppen, hauptsächlich StudentInnen, Unterschriften zu sammeln um den Protest zu unterstützen, öffentlich zu machen und schickten ihr Gesuch an das Parlament und das Ministerium für Gesundheit und Soziales. Das Zeitalter einer neuen Frauenbewegung hat begonnen. Eine der neuen Gruppen ist unsere PRO FEMINA e.V.

Die PRO FEMINA e.V. wurde am 6.6.1989 gegründet und am 15.11.1989 offiziell registriert. Der Verein besteht aus Männern und Frauen.

Aufschub des Gesetzentwurfes war der erste Erfolg des organisierten öffentlichen Meinungswillens. Aber der Kampf um die Freiheit abzutreiben geht weiter. Die Abtreibungsgegner wollen auch die Empfängnisverhütung und Sexualerziehung verbieten. Wir kämpfen für das Recht auf Selbstbestimmung der Frau, für das Recht auf freie Wahl. Wir brauchen Eure Unterstützung und Solidarität. ●

Anschrift über die Redaktion

KURZMELDUNGEN

Europäisches Netzwerk der Alternativ- und Solidarwirtschaft

Auf dem 2. Treffen des Europäischen Netzwerks der Alternativ- und Solidarwirtschaft in Brüssel (Februar 1992) wurde auf dem Forum der Frauenprojekte vereinbart, Ende 1993 in Berlin eine Tagung mit Vertreterinnen verschiedener westeuropäischer Frauengenossenschaften, neuer Genossenschaften und von Frauenprojekten aus dem Sozial-, Bildungs- und Weiterbildungsbereich (Italien, Portugal, Griechenland, Frankreich, Irland, Belgien, Deutschland) sowie Multiplikatorinnen / Initiatorinnen lokaler Initiativen zum Aufbau selbstorganisierter Erwerbsmöglichkeiten (Frauengenossenschaften) und Selbsthilfeorganisationen von und für Frauen aus verschiedenen Regionen Osteuropas sowie Rußland und Kasachstan zu organisieren.

Ziel des Kongresses ist die Erfahrungsvermittlung und der Aufbau einer unterstützenden Zusammenarbeit beim Aufbau von lokalen Selbsthilfeinitiativen von und für Frauen im kommerziellen und nicht-kommerziellen Bereich, um frühzeitig die Auswirkungen der sozio-ökonomischen Umwandlungsprozesse auf Frauen in Osteuropa abzufedern. Zur Vorbereitung des Kongresses wird eine Delegation aus verschiedenen europäischen Mitgliedsprojekten des Netzwerks zu einer Begegnungsreise im Februar 1993 nach Moskau reisen.

Die Kongreßvorbereitung übernimmt das Frauenprojekt EFA – Europäische Frauenaktion e.V.

Ansprechpartnerin für das Europäische Netzwerk für Alternativ- und Solidarwirtschaft ist: Ricarda Buch · REA
Hermannstr. 229 · W-1000 Berlin 44
☎ (0 30) 621 88 62 · Fax (0 30) 621 86 40

Belgien: Konferenz vom 2. bis 4.10.1992 in Ostende

Überleben heute – Die vielen Ansichten und Perspektiven des Feminimus

Das Europäische Forum der Sozialistischen Feministinnen (EFSF) lädt alle interesierten Frauen zu dieser 7. Konferenz nach Belgien ein.

Das EFSF ist ein europäisches Netzwerk von Frauen. Es ist eine internationale Organisation mit europäischen Schwerpunkt, knüpft Verbindungen und unterstützt Diskussionen zwischen Frauen in den europäischen Ländern aus dem Norden, Süden, Osten und Westen.

Die erste Konferenz fand 1985 in Kopenhagen statt, weitere jährliche folgten in Hamburg, Madrid, Manchester, Göteborg und Norwich. Die Konferenzen sind eine Gelegenheit, um aktuelle Informationen über die soziale Lage der Frauen auszutauschen, um Fragen zu diskutieren, die alle betreffen und um neue Arbeitskontakte und Freundschaften zu schließen.

Die Anschrift für weitere Infos zu diesem Kongreß (Anmel-

Frauentagung am 26. September 1992 in Frankfurt/Main

»Vogelfrei – ungeschützte Beschäftigungsverhältnisse im Zeichen des Europäischen Binnenmarkts«.
Tagung der LAG Soziale Brennpunkte Hessen e.V., der Hessischen Landeszentrale für Politische Bildung und des Europäischen Frauennetzwerks ENOW.
Information & Anmeldung bei:
LAG Soziale Brennpunkte · Frauenreferat
Moselstr. 25 · W-6000 Frankfurt/Main 1
☎ (0 69) 25 00 38

Frauenforschung international:

»Wir haben viel gelernt...«

Unter diesem Titel hat das »Institut für Interdisziplinäre Forschung und Praxis in Wien eine Dokumentation bzw. Bibliographie zur Frauenforschung insbesondere in und über die sogenannte »Dritte« Welt, die die Arbeit der Solidaritäts- und Frauengruppen und die Arbeit von StudentInnen und WissenschaftlerInnen auf diesem Gebiet erleichtern sollen, herausgegeben. Aus Aktualitätsgründen ist als erstes ein Band erschienen, der sich auf die Region Amerika bezieht (Teil 5-6).

Diese umfangreiche Bibliographie enhält Monographien, Sammelbände, Beiträge in Sammelbänden und Zeitschriften und insbesondere sogenannte »graue Literatur« zur Region Nordamerika erleichtern. Viele wichtige Arbeiten zu dieser Thematik sind an eher »entlegenen« Orten oder nur in Form von schwer zugänglichen Artikeln und Aufsätzen erschienen und bisher nicht in dieser umfassenden Weise zusammengestellt worden. Die gilt insbesondere für die Publikationen engagierter Vereinigungen, wie entwicklungspolitischer Arbeitskreise, Frauen- und ExilantInnengruppen, aber auch allgemein für feministische, historisch-kritische und sozialgeschichtlich tiefer reflektierte Arbeiten.

Es wurden sowohl systematische als auch historische Titel aufgenommen, sowohl allgemeiner Arbeiten als auch solche, die sich auf einzelne Orte oder Regionen beziehen.

Alle Titel sind nach systematischen und regionalen Gesichtspunkten und innerhalb dieser chronologisch geordnet. Bei vielen Titeln sind Stichworte zum Inhalt, Rezensionen und Übersetzungen, sowie Bibliotheks-Standorte und/oder Bezugsadressen angegeben. Querverweise und ein AutorInnen-Register erleichtern die Benutzung des Werkes. 17 Karten dienen der räumlichen Orientierung.

572 Seiten, 17 Karten, Autorinnen-Indes, Liste Bibliotheksstandorte / Datenbanken
ISBN 3-901229-02-7, Preis: 79 DM bzw. 590 ÖS (zzgl. Versandkosten)
Bestellungen:
Verein für Interdisziplinäre Forschung & Praxis
Rosa-Luxemburg-Institut

NACH DER WENDE:

NICARAGUA

Die Frauenorganisation »AMNLAE«

Seit mehr als zwei Jahren ist die konservative Parteienkoalition »Uno« unter der Leitung von Violeta Chamorro in Nicaragua nun schon an der Macht. Seitdem ist es ruhig geworden um das mittelamerikanische Land. Frau hört kaum noch etwas über die Situation der rund 3,5 Millionen EinwohnerInnen, die sich 1979 mit der sandinistischen Revolution von der 40jährigen Diktatur der Somozafamilie befreit hatten.

Foto: Christa Reinhard-Juch

Redaktion Frauen ● Zwar hat die Solidaritätsarbeit nie ganz aufgehört, doch an die (linke) Öffentlichkeit gelangte nicht mehr viel.

Was hat sich nun eigentlich verändert innerhalb dieser zwei Jahre? Hat sich die wirtschaftliche Lage durch die Aufhebung des Wirtschaftsembargos der USA und durch die Beendigung des Contra-Krieges nun verbessert (was ja schließlich die Hauptgründe dafür waren, daß die SandinistInnen nicht wieder gewählt worden waren), oder werden die Errungenschaften der Revolution (Alphabetisierung, medizinische Versorgung für alle, Errichtung landwirtschaftlicher Kooperativen) langsam aber sich zurückgeschraubt und damit die soziale Verelendung vorangetrieben? Wie ist die Situation der Frauen heute? Was hat sich für sie verändert?

Mit all diesen Fragen im Gepäck reiste ich Ende Dezember 1991 für sechs Wochen nach Nicaragua. Während meines Aufenthaltes hatte ich die Gelegenheit, mit Gladys Baez, der Koordinatorin der Frauenorganisation AMNLAE (Movimiento de Mujeres Nicaragüenses »Luisa Amanda Espinoza«, in Managua zu sprechen.

Gladys Baez ist nicht nur Feministin, sondern glühende Sandinistin, was sie in dem Gespräch immer wieder hervorhob. Obwohl sie die AMNLAE als die Frauenbewegung in Nicaragua darstellte, beeilte sie sich am Anfang des Gespräches, sich mit einer abschätzigen Handbewegung von den Separatistinnen zu distanzieren, die »mit Männern nichts zu tun haben wollen und sie immer als die Bösen darstellen wollen«. Teilweise hatte ich es schwer, meine frauenspezifischen Fragen an die »Frau« zu bringen. Immer wieder schweifte sie ab, berichtete von den Errungenschaften des Sandinismus und beklagte die derzeitige Situation, vor allem die erneuten Reconträuberfälle und -besetzungen ganzer Gebiete, die nicht nur ihnen das Leben und Arbeiten schwermachen.

Die Situation in Nicaragua seit 1990 im Allgemeinen

Sie beschrieb die allgemeine Situation in Nicaragua als »zurückschreitend« und betonte, daß die fortschreitende Verelendung, die seit dem Regierungswechsel zu beobachten ist, sich in jeder Hinsicht um ein Vielfaches verstärkt auf die Frauen auswirke.

Im gesamten Nicaragua ist die Arbeitslosenquote seit 1990 auf 65% gestiegen, an der Atlantikküste sogar bis auf 90%.

Die medizinische Versorgung, sowohl ärztliche Behandlung als auch Medikamente, sofern sie überhaupt erhältlich sind, müssen wieder teuer bezahlt werden. Unter den SandinistInnen war die ärztliche Versorgung gratis.

Der akute Mangel an so simplen Arzneimitteln wie z.B. Kohletabletten hat zum einen damit zu tun, daß die sandinistische Regierung gute Kontakte zu sozialistischen Ländern wie Cuba, der Ex-DDR und der UdSSR hatte, die zum größten Teil schon durch die neue Regierung abgebröckelt waren, nun aber auch durch den Zusammenbruch der sozialistischen Staaten gänzlich abbrechen bzw. abgebrochen sind. Schon im Januar war abzusehen, daß mit Beginn der Regenzeit Hunderte von Säuglingen und Kleinkindern an Durchfallerkrankungen sterben werden, weil entsprechende Medikamente fehlen.

Es liegt auf der Hand, daß sich dieser Umstand in erster Linie auf Frauen auswirkt: 40% der Mütter sind ledig, 71% aller Haushalte werden von Frauen geführt.

Auch die Schulbildung ist nicht mehr kostenlos. Schulgeld und Bücher müssen bezahlt werden, was heißt, daß nur privilegierte Familien es sich noch leisten können, ihren Kindern Bildung zu ermöglichen.

Doch viele Kinder verbringen stattdessen ihre Tage auf der Straße – nicht um dort zu spielen, sondern um Geld 'ranzuschaffen', um die Familien bzw. Mütter zu unterstützen.

Nicht nur die Kinder, auch alte Männer und Frauen verkaufen Zeitungen, Kaugummis, Coca Cola, Kuchen; putzen Schuhe oder betteln. In Managua, der Hauptstadt, die innerhalb weniger Jahre zu einem riesigen Barackendorf von knapp 1,5 Millionen (also knapp der Hälfte der) EinwohnerInnen geworden ist, wird das Elend besonders deutlich.

Die Gewaltrate und auch die Anzahl der Vergewaltigungen sind in den letzten Jahren rapide gestiegen, was oftmals mit der zunehmenden Armut erklärt wird. Sicherlich hat sich auch durch die Kriegsjahre eine zunehmende Brutalisierung und Gewaltbereitschaft herausgebildet, die in (sexueller) Gewalt gegen Frauen und Mädchen ihren Höhepunkt findet. Die Aufhebung des Pornographieverbotes trägt das Seinige dazu bei. Dieses Verbot war u.a. ein Ausdruck für die Stärke der Frauen in der FSLN (Frente Sandinista por la Liberación Nicaragüense; sandinistische Partei), und ist mit der Uno-Regierung unter den Tisch gefallen wie vieles andere auch.

Es ist schwierig, in Nicaragua eine Kneipe zu finden, in der keine (mindestens halb-)nackte Frau in Anbietpose von den Wänden lächelt. Fast genauso schwierig, wie eine Kneipe ohne laufende Glotze zu finden ist, auf die alle gebannt starren, weil sich dort unglaublich brutal irgendwelche us-amerikanischen Gangster und Cops Straßenschlachten und Gemetzel liefern.

Die größten Probleme der Frauen sind also derzeitig die hohe Arbeitslosigkeit, die Gewalt gegen Frauen, die mangelnde medizinische Versorgung und die Kosten für Schulbildung.

Die Ziele von AMNLAE

Die Frauen von AMNLAE haben während der 11 Jahre sandinistischer Regierung (in Nicaragua wird die gesamte Zeit der FSLN-Regierung als Revolution bezeichnet) 50 Frauenhäuser aufgebaut.

An der Atlantikküste konnten sie allerdings nur eins errichten, weil die Situation dort sehr schwierig ist. Die Atlantikküste hat eine vollkommen andere Geschichte als der Rest Nicaraguas: der gesamte östliche Teil des Landes ist von den spanischen Kolonisatoren verschont geblieben. Erst später erhoben die Briten einen Hegemonialanspruch auf die Atlantikküste, handelten dabei aber sehr geschickt, daß sie das Königreich Mosquita gründeten und einen Mosquito-Indianer als Oberhaupt einsetzten. Die Engländer übernahmen das Protektorat und die Herrschaft der in Europa allseits verlachten »Mosquito-Könige«, die für ein Faß Rum all das zu tun schienen, was die Briten wünschten.

Nach dem Sieg der Revolution starteten die SandinistInnen auch an der Atlantikküste eine Alphabetisierungskampagne, versuchten den Indios die Ziele der Revolution nahezubringen, ohne zu beachten, daß sie sowohl eine andere Kultur hatten, als auch durch ihre Geschichte und geographische Lage nie so sehr unter dem Somozismus zu leiden gehabt hatten. So kam es sehr bald zu Konflikten zwischen den Indios und den SandinistInnen, viele wurden verhaftet, Tausende flohen nach Honduras. Trotz der Schwierigkeiten, die auch heute noch bestehen, weil die Menschen im Osten in vielen Bereichen wesentlich schlechteren Lebensbedingungen ausgesetzt sind, versuchen die AMNLAE-Frauen vermehrt, dort Fuß zu fassen und den Frauen dort zu helfen. Dabei wollen sie aber nicht den Fehler der ersten Regierungsjahre wiederholen, sondern setzen sich im Gegenteil für den Erhalt der indianischen Kultur ein.

Die Frauenhäuser von AMNLAE sind in erster Linie eingerichtet worden, um Frauen während der Schwangerschaft und Geburt medizinische und moralische Unterstützung anzubieten. Die häufigste Todesursache von Frauen sind immer noch Komplikationen bei Schwangerschaft und Geburt. Auch durch illegale Abtreibungen sind ihr Leben und ihre Gesundheit gefährdet. Durch den starken Einfluß der katholischen Kirche konnte die FSLN nie die Legalisierung des Schwangerschaftsabbruchs durchsetzen.

In den Frauenhäusern werden keine Abtreibungen vorgenommen, obwohl die Frauen es gern tun würden.Die Vermutung liegt nahe, daß die enge Anbindung an die FSLN die Frauen daran gehindert hat, sich über das Gesetz hinwegzusetzen und illegale Abtreibungen vorzunehmen, wie dies auch in autonomen Frauenhäusern der Fall ist.

Achtzehn der rund 50 Frauenhäuser haben sich stattdessen zur Hauptaufgabe gemacht, Geburtenpläne zu erstellen und Aufklärung über Verhütungsfragen zu leisten. Sie versuchen, auch speziell junge Mädchen zu erreichen, weil gerade sie am wenigsten über Verhütungsmethoden aufgeklärt sind, aber andererseits gerade deshalb die Gesundheitszentren von AMNLAE gar nicht erst aufsuchen. Ein weiterer Grund dafür sei aber auch die enge Verflechtung der AMNLAE mit der FSLN, so daß viele Frauen fürchten, Sandinistinnen sein zu müssen, um die Dienste der Häuser in Anspruch nehmen zu können, konstatierte Gladys Baez.

Alle Häuser sind nach Frauen benannt, die während der Kämpfe für die Revolution ihr Leben gelassen haben. Luisa Amanda Espinoza, nach der die Organisation benannt ist, war die erste Frau, die bei den SandinistInnen kämpfte.

Die Frauen von AMNLAE haben mit ihrem Projekt natürlich große Schwierigkeiten seit der Machtübernahme der Uno. Öffentliche Gelder werden ihnen einfach gestrichen. Doch sie haben wesentlich mehr Zulauf als vor einigen Jahren noch. 1987 hatten sie 13.000 eingetragene Mitgliederinnen. Heute sind sie wesentlich mehr. Viele Frauen aus der Uno-Frauenorganisation. »Conciencia« sind zu ihnen gekommen, weil sie dort ihre Interessen nicht durchsetzen konnten. AMNLAE hat sich für dieses Jahr vorgenommen, Projekte für vergewaltigte Mädchen einzurichten. Auch die innerfamiliäre Vergewaltigungsrate ist in den letzten drei Jahren drastisch gestiegen. Gladys Baez erklärt dies mit der wachsenden Arbeitslosigkeit und deren Frustration darüber. Oft sind die Väter einer Familie arbeitslos. Die Mütter versuchen durch den Verkauf von Kuchen oder durch die Einrichtung von Kochstellen auf der Straße wenigstens das Minimum für den Lebensunterhalt zu erwirtschaften und befinden sich dadurch den ganzen Tag außer Haus, während die Väter ihren geballten Frust und Unmut in Form sexueller Gewalt an ihren Kindern, vornehmlich den Mädchen ablassen. »Dafür muß unbedingt ein Bewußtsein geschaffen werden«, sagte sie, »ebenso für die zunehmende Gewaltbereitschaft, die letztendlich ein Resultat der noch nicht verarbeiteten Kriegerfahrungen ist«.

Ferner will die Organisation verstärkt auf die Uno-Gesetzgebung einwirken. Die SandinistInnen hatten ein Gesetz erlassen, durch das es jeder Frau möglich war, Alimente für ihre unehelichen Kinder zu fordern und diese auch tatsächlich zu bekommen. Mit dem Argument, die Familie sei oberstes Gut und unter allen Umständen zu schützen, wollte die Uno dieses Gesetz nun wieder abschaffen. Da sie damit aber an der Existenz von 40% alleinerziehender Mütter gerührt hätte, stieß sie auf großen Widerstand und konnte ihr Vorhaben nicht durchsetzen. ●

Kiki Sting

Aus: Hamburger Frauenzeitung

INTERVIEW ZUM ERSTEN FEMINISTISCHEN TREFFEN IN ZENTRALAMERIKA

Blumen von der selben Art

Ende März 1992 fand das erste feministische Treffen Zentralamerikas in Montelimar, Nicaragua, statt. 500 Frauen haben sich dort zusammen- und auseinandergesetzt – die meisten aus der Region, eine Quote von 60 Plätzen war für Frauen aus Europa und aus anderen Teilen Amerikas reserviert. Aus Deutschland ist unter anderem Male Capristo dort gewesen. Male ist Argentinierin, lebt seit Jahren in Hamburg und arbeitet in der Nicaragua-Frauenarbeitsgruppe Hamburg und bei KALA, einem internationalen Frauenkulturzentrum in Altona. Das nachfolgende Interview mit Male wurde im April von Frauke Picht geführt und live im feministischen Radio St. Paula (Hamburg) gesendet.

F.: Male, warum hat dieses Treffen stattgefunden?

Male: Das hängt mit den kontinentalen feministischen Treffen zusammen, die seit 1981 ungefähr alle zwei Jahre für Frauen aus ganz Lateinamerika und der Karibik stattfinden. Auf dem letzten Treffen in Argentinien im November 1990 wurde beschlossen, daß das nächste in Zentralamerika organisiert werden sollte.

Die Frauen aus Zentralamerika wollten sich davor erst einmal regional treffen, um eine Standortbestimmung der Frauenbewegung in Zentralamerika vorzunehmen und das kontinentale Treffen vorzubereiten.

Auf dem Abschlußplenum dieses Treffens jetzt wurde beschlossen, daß das nächste Treffen im November 1993 in El Salvador stattfinden wird.

Warum treffen Frauen sich aus allen zentralamerikanischen Ländern zusammen?

Dem Treffen sind eine Reihe von Aktivitäten in den einzelnen Ländern Zentralamerikas vorausgegangen, zum Beispiel Arbeitsgruppen, Seminare, Diskussionsveranstaltungen und nationale Treffen. In Nicaragua fand das nationale Treffen Ende Januar dieses Jahres mit ca. 500 Frauen statt. Das zentralamerikanische Treffen hing also nicht in der Luft, sondern war eine Zusammenfassung vielfältiger Diskussionsprozesse.

Daß Frauen aus Zentralamerika sich überhaupt als solche treffen, hängt mit den ganz ähnlichen historischen Erfahrungen, wirtschaftlichen Gegebenheiten und kulturellen Eigenheiten dieser Länder zusammen: Zentralamerika wird von den USA seit dem achtzehnten Jahrhundert als ihr Hinterhof behandelt, das heißt ausgebeutet und militärisch besetzt. Eine der Abschlußforderungen des Treffens war zum Beispiel: Abzug der Amis aus Panama; eine andere: Schluß mit der Blockade und der aggressiven Politik der USA gegen Cuba... Die Erfahrung von Krieg, Gewalt und Widerstand ist den zentralamerikanischen Frauen gemeinsam.

Was habt ihr konkret besprochen?

Das Treffen stand unter dem motto: »Una nueva mujer, un nuevo poder« (eine neue Frau, eine neue Macht) und Macht war das zentrale Thema: die Macht, die wir haben; die, die wir brauchen und aufbauen wollen.

In den ersten beiden Tagen ging es, ausgehend von den konkreten Erfahrungen, um eine Bestandsaufnahme: wie leben wir Frauen in Zentralamerika? Dazu gehörten zum Beispiel Arbeitsgruppen zu so vielfältigen Themen wie Gefühle, Lust, Prostitution und heterosexuelle Normen, lesbische Sexualität, Abtreibung, frühe Mutterschaft, Gewalt in der Ehe, Geld und Macht, Macht und Freundschaft zwischen Frauen und Stellung der Frau in der Öffentlichkeit, schwarze Frauen, Indigenas, Flüchtlingsfrauen etc. etc. etc.

Am dritten Tag wurde über die Frauenbewegung in Zentralamerika diskutiert. Wichtige Frage dabei waren: die Autonomie, das Verhältnis zum Staat, die Machtstrukturen und Führungsansprüche innerhalb der Bewegung und die Frage nach der Einheit in der Verschiedenheit.

Am vierten Tag wurde der Feminismus als Theorie und politische Praxis unter die Lupe genommen. In der Arbeitsgruppe, an der ich teilgenommen habe, wurde zum Beispiel darüber diskutiert, was der Feminismus zur Frage des »Klassismus«, des Rassismus und anderer Diskriminierungen beitragen kann/soll.

Abends wurden immer die Ergebnisse der Arbeitsgruppen im Plenum zusammengetragen, und zwar meist nicht in Form von einfachen Berichten, sondern auf eine kreative Art: zum Beispiel in Form von Theaterstücken oder Liedern (Rap, natürlich).

Welche Unterschiede in der Diskussion zwischen dort und hier konntest du feststellen?

Das ist eine schwere Frage. Vielleicht ist der wichtigste Unterschied, daß die Frauen in Zentralamerika den Feminismus als gesellschaftsverändernde Kraft begreifen, während er hier zwar institutionalisiert ist, aber meiner Meinung nach viel von seinem ursprünglichen Schwung verloren hat.

Andererseits haben die Frauen viel mehr mit der Macht der politischen Parteien und gemischten Organisationen zu kämpfen, denen ja auch viele von ihnen angehören. Daher ist Autonomie so ein zentrales Thema, etwas das für die Frauen hier viel selbstverständlicher ist.

Außerdem scheint mir, daß sich die Frauen dort mehr um Einigkeit und Toleranz bemühen als hier; das Motto des ersten feministischen Treffens im Januar in Nicaragua war: »Por la unidad en la diversidad« (Für die Einheit in der Unterschiedlichkeit). Auf den Treffen sind Frauen aller sozialen Schichten und Sektoren vertreten: Frauen aus den Armenvierteln, Landarbeiterinnen, Krankenschwestern, Intellektuelle ... Das habe ich hier noch nicht erlebt.

Dazu möchte ich die Worte einer Landarbeiterin auf dem Treffen zitieren: »En este momento es necesario que nos unamos y no nos desparramemos, porque somos flores de distinto color, pero del mismo género« (In diesem Augenblick ist es notwendig, daß wir uns zusammenschließen und uns nicht zerstreuen, denn wir sind Blumen von verschiedenen Farben aber von derselben Art.)

Aus: Hamburger Frauenzeitung

FRAUEN IN GUATEMALA

GUATEMALA

»Nichts ist unbesiegbarer als das Leben«

Im März 1992 war Rosalina Tuyuc von der gualtematekischen Frauen- und Witwenorganisation CONAVIGUA in der BRD. Sie berichtete von der erneuten Welle der Gewalt seit dem Beginn der Friedensverhandlungen im benachbarten El Salvador. Die Miltärs befürchten, daß es in Guatemala zu einer ähnlichen Übereinkunft kommen könnte. Vermehrte Repression und Attentate gegen FührerInnen der Volksbewegung sind die Folge. In ihrem Redebeitrag, gehalten in Freiburg, beleuchtet Rosalina Tuyuc die aktuelle Situation der indigenen Frauen, die sich in CONAVIGUA zusammengeschlossen haben, eigene Ausbildungswerkstätten betreiben und fordern, an den gualtematekischen Friedensverhandlungen teilnehmen zu können.

Redaktion Heidelberg / Radio Dreyeckland ● Liebe Brüder und Schwestern, empfangt bitte hier die freundlichen Grüße von all den Frauen, die in CONAVIGUA organisiert sind. Die Geschichte der Unterdrückung, die Geschichte, die wir jetzt erleben, ist vor allen Dingen Ergebnis von 500 Jahren Unterdrückung. Das Zentrum des Kampfes, den wir in unserer Gegend erleben, ist vor allem gegen den Hunger, gegen das Elend und gegen den Analphabetismus. Sowohl die Armee, als auch die Regierung denken, daß jetzt, da der Sozialismus nicht mehr existiert, weil es keinen Kommunismus mehr gibt, daß es keinen Grund zum Kämpfen mehr gibt. Wir denken aber anders. Solange es in Guatemala keine soziale Gerechtigkeit gibt, werden wir nicht aufhören, dafür zu kämpfen.

Die Geschichte und Organisierung der Frauen ist eine Geschichte des Schmerzes, eine Geschichte aber auch der Hoffnung und des Widerstands, der Suche des Widerstandes gegen diesen Schmerz, gegen soviel Leiden.

Der Anfang der Organisation, die ich hier repräsentiere, ist dort, wo unsere Ehemänner entführt worden sind, wo sie umgebracht worden sind. Viele verschwanden, viele wurden bei lebendigem Leibe verbrannt. Dort haben wir entdeckt, daß nicht nur unser persönliches Elend uns zum Kampf zwingt, sondern auch unsere Verantwortung gegenüber der Geschichte, unsere Verantwortung gegenüber unseren Kindern, denen wir keine verbrannte Erde hinterlassen wollen und kein Leben in Elend.

Die meisten Frauen, die in dieser Organisation organisiert sind, sind indigen, also Indigenas. Sie können sehr oft kein Spanisch sprechen, nicht schreiben, nicht lesen, aber sie haben die Fähigkeit zu organisieren, sie haben die Fähigkeit, Arbeit auf die Beine zu stellen und was zu tun. Und das haben sie auch bewiesen. Die meisten von uns sind Witwen, aber es gibt unter uns auch junge Frauen, die Waisen sind, die sehr früh Vater und Mutter verloren haben. Es gibt alleinstehende Mütter, ledige Mütter, Frauen, die mit Männern zusammen sind, die durch den Krieg zu Schaden gekommen sind und jetzt nicht mehr arbeiten können.

Es gibt in Guatemala um die 60.000 Witwen. In den letzten drei Jahren, in denen wir es geschafft haben, unsere Organisation auf die Beine zu stellen, haben sich um die 11.000 Frauen zusammengefunden, um mitzuarbeiten. Unter uns werden keine Unterschiede im Glauben oder in der Religion gemacht. Es sind in unserer Organisation viele Frauen aus verschiedenen Glaubensrichtungen vertreten. Wir haben gesehen, daß wir das gleiche Leid teilen und daß das nicht die Hauptsache ist, sondern die Hauptsache ist, gegen dieses Elend zu kämpfen. Und dies ist eine Geschichte, die es wert wäre, der Welt erzählt zu werden. Und diese Geschichte, die wir zu erzählen haben, ist auch das, was uns verbindet. Was uns verbindet ist, daß wir durch diese gemeinsame Geschichte Vertrauen ineinander haben und daß wir es so schaffen können, die Angst zu überwinden, den Terror, der uns beherrscht hat zu überwinden. Denn viele von uns haben erlebt, wie die Ehemänner umgebracht oder bei lebendigem Leibe verbrannt wurden, wie die Kinder verbrannt und umgebracht wurden – vor unseren Augen; viele von uns Frauen wurden von 20 oder 30 oder 40 Soldaten vergewaltigt. Und diese Erlebnisse machen es, daß wir in sehr großer Angst und in einem sehr großen innerlichen Terror leben. Bis wir zu Vertrauen kommen, dauert es einige Zeit. Und unsere Geschichte, die wir miteinander teilen, ist ein wichtiger Faktor dabei.

Als wir anfingen, unsere Organisation aufzubauen, hatten wir sehr viele Schwierigkeiten. Aber wir waren entschlossen, was zu tun. Und deswegen konnten wir die Schwierigkeiten überwinden. Am Anfang haben sich sehr viele Leute über uns lustig gemacht, weil wir Indigenas sind, weil wir kein Spanisch sprechen konnten, und weil wir Frauen waren – als Frauen eben nicht Ernst genommen wurden. Aber später mußten die Komitees von Männern, die Komitees, in denen Männer arbeiten, uns anerkennen und sehen, daß wir als Frauen auch eine Organisation auf die Beine stellen konnten. Und sie haben angefangen, uns zu respektieren. Wir kamen dann zu einer unserer wichtigsten Erkenntnisse, und zwar, daß wir die ganzen Projekte selbst führen konnten, daß wir dazu keine Männer brauchten.

Ein wichtiges Projekt ist im Gesundheitssektor, in dem wir sowohl präventiv, als auch laufend arbeiten. Wir benutzen vor allen Dingen Naturmedikamente, Naturmedizin und Kräuter, denn für uns ist es fast unmöglich, chemische Medikamente zu kaufen, weil es so teuer ist. Ein anderes sehr wichtiges Projekt ist das Alphabetisierungsprojekt. Wir haben es bis jetzt geschafft, 3 Zentren aufzubauen, in denen Frauen schreiben und lesen lernen können. Denn man stelle sich vor, wir sind 11.000 Frauen, von diesen 11.000 Frauen, die organisiert sind, können nur um die 50 schreiben und lesen.

Außerdem haben wir noch Ausbildungswerkstätten. Im Mittelpunkt unserer Arbeit steht die Ausbildung zur Kenntnis der Gesetzgebung, vor allen Dingen, wo es in den Gesetzen Guatemalas geschrieben steht, daß Frauen das Recht haben, Teil zu haben, sowohl im wirtschaftlichen, als auch im politischen und sozialen Sektor. Wir haben auch Werkstätten, in denen wir Kunsthandwerk ausüben und anderen Frauen kunsthandwerkliche Fertigkeiten beibringen. Anfänglich waren wir darauf ausgerichtet das Überleben zu garantieren, aber das ist nur ein Teil unserer Arbeit, die wir machen. Was wir auch machen wollen, ist, daß auch über die Farben und die Formen die Tradition wiedergewonnen wird, daß die jahrtausendelange Kultur wieder belebt wird und daß die Menschen darüber wieder Kenntnis haben.

Eine der Forderungen, die wir haben – wohin der Kampf sich richtet – ist, daß wir wollen, daß denjenigen Prozesse gemacht werden, die verantwortlich sind für die Massaker, die Ermordungen, die Entführungen, die wir erlebt haben.

Hör mal!

Eine andere Forderung, die wir haben, ist die nach Öffnung der geheimen Massengräber. Es wurden zwei Orte entdeckt, in denen in einem 27 und im anderen 100 Menschenleichen gefunden wurden.

Wieder eine andere Forderung, die wir haben, ist, daß die Kinder und vor allem die Waisenkinder Schulsachen bekommen, also Hefte und Schreibmaterialien. Wir hatten einen Marsch organisiert, in dem wir gefordert haben, daß für 30.000 Kinder Material von der Regierung ausgegeben wird, mit dem sie im Schulunterricht teilnehmen können. Aber die Regierung hat uns nur für 5.000 Waisenkinder Material gegeben. Bezüglich des Jahres 1992 gibt es viele Regierungen in Europa – allen voran die Spanische – und die lateinamerikanischen Regierungen, sie alle wollen die 500 Jahre feiern.

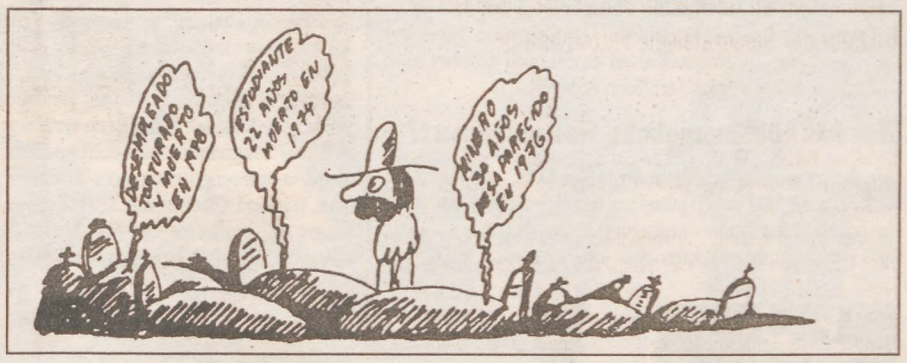
Aber wir sagen, wir haben da nichts zu feiern, wir können da nichts feiern! Sollen wir denn die Landnahme durch die Europäer und den Landraub durch die Europäer feiern? Und wir sind auch nicht mit der Art einverstanden, abgesehen von den Inhalten, wie diese Feiern stattfinden.

Du weißt genau, daß sich unser Land im Aunahmezustand befindet ... Versammlungen sind nicht erlaubt!

Wir können nicht damit einverstanden sein, daß Millionen und Millionen von Dollar ausgegeben werden, während dieses Geld prinzipiell dazu benützt werden könnte, gegen den Hunger in Lateinamerika zu kämpfen und dafür zu arbeiten, daß Alphabetisierungskampagnen stattfinden. Um diesen Kampf zu organisieren, haben wir eine Kampagne angefangen.

Eine Kampagne gegen diese Feiern der 500 Jahre. Eine Kampagne, in der wir an die 500 Jahre Widerstand der Indigenas, der Schwarzen und allgemein des Volkes erinnern wollen.

Im Rahmen dieser Kampagne hat gerade das zweite Treffen der lateinamerikanischen Mitglieder, die an dieser Kampagne mitarbeiten, in Guatemala stattgefunden. In dieser Kampagne nehmen 26 Länder teil, sowohl aus Süd- und Mittelamerika, als auch aus Nordamerika und aus der karibischen Region. Zum ersten Mal in der gesamten Geschichte Amerikas wird das Thema aufs Tapet gebracht – von der Einheit der amerikanischen Völker und der indigena Völker. Und jetzt, nach 500 Jahren Teilung und Zersplitterung, denken wir, daß es Zeit ist, uns zu vereinen, die Abkömmlinge von Spaniern, die Indigenas und die Schwarzen, die 500 Jahre lang gegeneinander, im Mißverständnis zueinander gelebt haben. Und jetzt ist es an der Zeit, daß wir zusammen kämpfen, zusammen was tun für das Land, damit wir wieder Erde zum Bearbeiten kriegen, damit wir uns überlegen, wie das Problem der Auslandsverschuldung der Länder gelöst werden kann und damit wir auch etwas gegen das allgemeine Elend in Lateinamerika tun – und zwar gemeinsam. Ich glaube auch, daß dieses Jahr als Symbol gelten kann. Daß wir zum Nachdenken kommen, daß nach so vielen Jahrhunderten des Schmerzes wir zu einem Punkt gelangen, an dem wir Selbstbestimmung fordern und auch durchsetzen. Ich glaube, daß die indigena Völker in Guatemala den anderen Völker Lateinamerikas in einer Erfahrung Beispiel sein können. Wir wissen, daß es in Guatemala den höchsten Prozentsatz an Indigenas in der Bevölkerung gibt und das nicht deswegen, weil die weißen Herrscher besonders Erbarmen mit der indigena Bevölkerung in unserem Land gehabt hätte, sondern weil unsere Völker besondere Formen des Widerstandes entwickelt haben, mit denen sie es geschafft haben zu überleben. Und diese Suche nach Formen des Widerstands könnte auch ein Beispiel sein für andere Völker. Auch wenn wir den höchsten Prozentsatz innerhalb der Bevölkerung darstellen, so haben wir überhaupt keine Teilhabe im Land, am politischen, am ökonomischen, am sozialen Geschehen. Wir wurden immer von Regierungen regiert und durften uns nicht selber regieren. Wir, die indigena Völker, starten jetzt den Aufruf zum Kampf. Wir sind auch bereit dazu. Wir wollen kämpfen für das Leben, für das Land und für den Respekt gegenüber unserer Kultur und unserer Identität.



Entlassen	Student	Minenarbeiter
Gefoltert	22 Jahre	30 Jahre
und 1978	1974	1976
gestorben	gestorben	verschwunden

Karrikaturen aus Blätter des iz3w, August 1982

Damit ihr an einem Beispiel des Widerstandes vielleicht etwas teilhaben könnt, möchte ich euch etwas über mein eigenes Leben mitteilen. Ich komme aus einer bäuerlichen Familie – Leute, die auch Handwerk gemacht haben. Ich konnte nicht auf die Schule gehen. Was ich schon geschafft habe, das sind 4 Jahre Schule, die ich gemacht habe, während ich arbeitete.

Also ich bin in die Schule gegangen und habe während dieser 4 Jahre auch noch nebenher gearbeitet. Das wenige, was ich gelernt habe in der Schule, hat mir sehr genützt. Mit 16 Jahren konnte ich in der Jugendarbeit anfangen und ich habe dann auch in Katechismus unterrichtet. Eine Sache, die es mir ermöglichte, in der Alphabetisierung zu arbeiten. Damals war die Armee noch nicht in unserer Gemeinde, in unserer Gegend präsent. eswegen konnten wir kooperative Arbeit aufbauen. Wir konnten auch Frauengruppen aufbauen.

Aber im Jahr 1979 ist dann die Armee in unser Gebiet eingedrungen und damit fingen dann die Massaker an, damit fing es auch an, daß Leute verschwanden. Die Armee fing an, vor allen Dingen die Führer der Kooperativen zu bedrohen. Sie waren die ersten Opfer und auch Leute, die zu religiösen Gruppen gehörten oder Katechisten waren. Das erste Massaker, das ich erlebt habe, ereignete sich 1980. Wir waren in einer Gruppe versammelt, in der wir uns Gedanken über die Bibel gemacht haben. Und da ist die Armee eingedrungen und hat sehr viele Menschen umgebracht.

Durch ein Wunder – ich nenne es ein Wunder – konnten sich wenige von uns retten und wurden dann nicht, wie alle anderen, massakriert. Ich glaube, das war ein einschneidendes Erlebnis für mich. Ich hatte gehört, daß vieles über die Repression in unserem Land im Westen erzählt wurde. Aber es ist etwas anderes, wenn man sowas erlebt oder wenn man nur davon hört. Es ist etwas anderes, ob man im Fernsehen davon sieht, auch Horrorfilme sieht, in denen viele Menschen umgebracht werden oder wenn man sowas am eigenen Leibe erlebt, wie ganz viele Menschen umgebracht werden können, und zwar kaltblütig. Ich glaube, das hat mir dazu verholfen zu verstehen, was in unserem Land passiert, was mit der Indigena-Bevölkerung in unserem Land passiert. Ich glaube, daß nach diesem Ereignis der Terror in der Bevölkerung sehr groß war. Die Leute haben sich sehr gefürchtet. Viele sind von den Dörfern geflohen. Aber wir haben trotzdem weitergearbeitet. Bis am 9. Juni 1982 die Armee in mein Haus eindrang. Und als sie mich nicht vorfanden, haben sie meinen Vater mitgenommen. In dieser Nacht habe ich wohl erfahren, was das Leid der Kinder ist, wenn ihr Vater mitgenommen wird. Mein Vater ist auf die Knie gegangen, hat die Soldaten angefleht, der Familie nichts anzutun. Aber mit ihm hatten sie kein Mitleid. Sie haben ihn dann gefesselt und getreten und dann warfen sie ihn in den Lastwagen, der vor dem Haus stand.

Meine Mutter wußte dann nicht, was sie tun sollte. Einerseits fühlte sie sich stark dazu gedrängt zu gehen, zu fliehen. Andererseits wollten wir alle nicht das Haus verlassen. Letztendlich haben wir uns doch entschlossen zu fliehen. Und so kam es dazu, daß ich anfing, als Hausmädchen in der Stadt zu arbeiten. Das war nicht deswegen, weil ich Geld brauchte, oder mir etwas für mein Leben verdienen mußte, sondern weil ich nur so eine Form sah, mein Leben zu retten. Das war eine sehr harte Zeit.

Durch diese Zeit habe ich gelernt zu verstehen, wie denn die doppelte Diskriminierung der Indigena-Frau funktioniert. Wie sie einerseits als Indigena und andererseits als Frau unterdrückt wird. Während ich dort arbeitete, habe ich auch meinen lieben Mann kennengelernt. Ich glaube, daß wir nur ganz wenige Jahre des Glücks hatten, denn 1985 wurde er dann entführt. Und da habe ich verstanden, was für einen großen Wert das Leben hat. Denn das Leben ist nicht wie eine Blume, die vielleicht vertrocknet und eingeht. Und im nächsten Jahr kann man eine neue Pflanze pflanzen oder eine neue Blume sähen, vielleicht sogar mit einer schöneren Farbe, die einem besser gefällt als im Vorjahr und die blüht dann wieder auf. Nein, ein Leben kann man nicht pflanzen, wenn es mal erloschen ist. Und man kann auch das Leben eines Vaters oder eines Ehemannes nicht kaufen. Ich habe in der Zeit sehr harte Dinge erlebt. Die härtesten, die ich jemals erlebt hatte, waren, als mich meine Kinder fragten:

warum kommt denn der Vater nicht zum Essen? Oder wenn Nachbarn fragten, warum mein Ehemann schon so lange nicht mehr dagewesen wäre. Und ich mußte sie anlügen. Ich log ihnen vor, daß mein Mann mich verlassen hatte wegen einer anderen Frau. Aber im Herzen wußte ich schon, was mit ihm geschehen war und warum er nicht zurückkam. So vergingen viele Tage, viele Monate und viele Jahre und ich hegte noch Hoffnung, ihn zu finden. Vielleicht in einem Gefängnis, vielleicht in einem Krankenhaus. Und ich bin durch viele Krankenhäuser und durch viele Gefängnisse gegangen. Schlimm wurde es, wenn die Kinder, die zu klein waren um zu verstehen, mich immer wieder fragten, wann er denn zurückkommen würde. Er kam nicht zurück. Denn ich denke, er war wohl gestorben. Es hat mich sehr viel Mühe gekostet, die Lebenskraft, den Lebensmut wiederzugewinnen. Aber im September 1988 bin ich zu unserer Organisation gestoßen, in der ich andere Frauen traf, die ähnliches erlebt hatten wie ich und dieses ähnliche Erlebnis führte uns zusammen – uns Witwen. So fing ich an, in dieser Organisation zu arbeiten und es kamen noch viele andere dazu. Es kostete mich sehr viel Mühe, den Posten zu übernehmen, den ich jetzt habe und diese Arbeit zu machen, denn ich wußte, was für Folgen daraus erwachsen können.

Sofort nachdem die Organisation ans Licht des Tages getreten ist, gab es 1990 zwei Versuche, mich zu kidnappen. 1991 gab es nochmal einen Versuch. Im Januar 1992 wurden Todesdrohungen gegen mich ausgesprochen. In den Listen, in denen mein Name auftauchte, tauchten auch noch viele andere Namen auf.

Was mich mit Freude erfüllt, ist, daß doch trotz aller Drohungen unsere Hoffnungen nicht umgebracht werden, nicht zerstört werden konnten. Daß wir weiterarbeiten. Daß wir nicht eine oder zwei sind, sondern daß wir tausende von Frauen sind, die bereit sind, für diesen Kampf zu leben und in Würde zu sterben, wenn es nicht anders geht; trotz aller Drohungen, zum Wohl unseres Landes, zum Wohl unserer Kinder.

Was ich jetzt machen will ist, euch um eure Solidarität bitten. Ich möchte, daß ihr mir helft, Druck auf die deutsche Regierung zu machen, damit das Militär in Guatemala nicht mehr unterstützt wird – weder mit Material, noch mit Ausbildung. Auch nicht die Polizei. Denn dies alles verstärkt nur die Repression gegen uns. Wir brauchen kein Militär, wir brauchen keine Polizei, wir brauchen zu essen. Wir brauchen, zu einem Punkt zu kommen, wo diese 500 Jahre beendet sein werden, diese 500 Jahre des Leids und der Unterdrückung. Es ist sehr nötig, daß ihr Briefe schreibt, Telegramme und Faxe des Protestes schickt gegen diese neue Welle der Gewalt in Guatemala. Wir wollen nicht das Land verlassen. Wir wollen dort bleiben, dort leben. Aber dafür brauchen wir eure Unterstützung. Wir brauchen, daß ihr Parlamentsabgeordnete, Stadtabgeordnete, Professoren, Leute an Universitäten, Leute in der Kirche, Bischöfe etc. dazu bringt, Protestbriefe zuschreiben, um so Druck auf unsere Regierung und die Regierung der Bundesrepublik auszuüben, damit diese Welle der Gewalt aufhört, damit die Regierung in unserem Land merkt, daß es internationalen Protest gibt, daß es nicht übersehen wird, welche Gewalt sie in unserem Land ausüben.

Die wirkliche Wirklichkeit unseres Volkes kennenlernen, gerade jetzt: In einer Zeit, in der die Repression immer größer wird und gerade zu einer Zeit, wo die 500 Jahre stattfinden. Daß das auch auf internationaler Ebene bekannt wird, daß die Regierung unseres Landes [illegible] Kampf der zivilen Bevölkerung in Widerstand gegen die Unterdrückung. Daß diese Dörfer Widerstand leisten, die vielleicht als ganzes in die Berge geflohen sind, nicht um in den Bergen sind, um die Guerilla zu unterstützen, sondern sie sind dort, weil sie versucht haben, ihre Kultur und ihr Land zu verteidigen, was ihnen genommen werden sollte, und daß sie nicht aus Guatemala rausgehen wollen, sondern bleiben wollen und deswegen auch dazu gezwungen werden für ihr Dortbleiben zu kämpfen. Außerdem wollen wir dafür kämpfen, daß es einen allgemeinen Dialog gibt zwischen allen Teilen der Bevölkerung.

Einen Dialog um Verhandlungen zwischen der Regierung, der Guerilla URNG und anderen Teilen der Bevölkerung, damit es zu Frieden kommt. Und diese Forderung nach Teilhabe im nationalen Dialog um die Verhandlungen hat als Ziel nicht nur den Frieden oder darauf hinzuwirken, daß die Waffen schweigen, sondern daß der Frieden bedeuten sollte, daß die Gründe des Kampfes – die Gründe der Auseinandersetzung – aus der Welt geschafft werden. Nämlich, daß der Hunger, das Elend und die Unterernährung geheilt werden und abgeschafft werden. ●

HAMBURGER FRAUENPROJEKTE

ABM-Kahlschlag

Eine Arbeitsbeschaffungsmaßnahme (ABM) ist eine aus dem Bundeshaushalt finanzierte, auf ein bis zwei Jahre befristete Stelle. Die Länder müssen lediglich die sogenannten Restkosten das sind ca. 1/4 der Kosten für Gehälter und Sachmittel bereitstellen. So wurde vor zehn Jahren von Bonn aus der »zweite Arbeitsmarkt« geschaffen.

Er diente zur Entlastung der Arbeitslosenstatistik und sollte idealerweise dem betreffenden Personenkreis den Sprung in den ersten Arbeitsmarkt erleichtern. Staatliche und später immer mehr freie Träger profitierten davon, weil sie über ABM zusätzliche Arbeitsbereiche eröffnen konnten.

Was hat ABM ermöglicht, was verhindert?

Viele Frauenprojekte griffen zu der Möglichkeit, sich über ABM zu finanzieren und haben jahrelang damit gearbeitet. Die ständig schärfer werdenden Bedingungen für den Erwerb einer ABM-Berechtigung machten das Jonglieren mit ABM zwar mühsamer, aber nicht sinnlos.

Natürlich wurde ABM im Laufe der Jahre immer weniger als arbeitsmarktpolitisches Instrument so genutzt wie einmal gedacht. Auf diesen Stellen wurde nicht »zusätzliche« (wie vom Arbeitsamt wörtlich vorgegeben), sondern oft für Projekte existenzsichernde Arbeit geleistet. ABM wurde ziehmlich schnell zu einem sozialpolitischen Thema. Die Stadt Hamburg ließ sich auf diese Weise gesellschaftlich notwendige Regelarbeit von Bonn finanzieren.

Frauen erarbeiteten sich ein gut funktionierendes Netz professioneller Beratungs-, Bildungs-, Kultur- und Qualifizierungseinrichtungen. Inzwischen werden sie von der weiblichen Bevölkerung Hamburgs wie selbstverständlich in Anspruch genommen. Die Behörden vermitteln eifrig dorthin, und in den Gelben Seiten schmücken Namen und Adressen der Frauenprojekte das Stadtbild.

Währenddessen finanzierte der Hamburger Haushalt gerade soviele feste Stellen, wie für das Image der SPD absolut notwendig waren und konzentrierte Aktionen verhindern konnten. Der zur Zeit öfter ertönende Vorwurf, die Frauen hätten sich's mit ABM eben nicht so gemütlich machen dürfen, ist eine komplette Verdrehung von Tatsachen. Behörden und Politikerinnen stahlen sich immer wieder aus der Verantwortung, wenn sie auf die jährlich gestellten Anträge auf finanzielle Absicherung der Frauenprojeke angesprochen wurden.

Verhindert hat ABM vielleicht tatsächlich, daß nicht schon früher in einem gemeinsamen Aufschrei der Frauen finanzielle Absicherung verlangt wurde; und zwar zu Zeiten, in denen noch nicht so gigantische Sparorgien gefeiert wurden. Der Zeitpunkt heute ist einfach denkbar ungünstig.

Die aktuelle Situation seit Januar '92

Im Zuge der Möllemannschen Sparpolitik wurden die Kassen der Arbeitsämter geplündert. Allein in Hamburg werden ca. 3.000 ABM-Arbeitsplätze geopfert. Der ABM-Ausschuß des Hamburger Arbeitsamtes hat im Januar '92 den Katalog für die Vergabe-Kriterien von ABM so verändert, daß neben der geforderten Langzeitarbeitslosigkeit noch ein zusätzliches, sogenannt vermittlungshemmendes Kriterium vorgeführt werden muß. Das sind Kriterien wie: älter als 45, ungelernt, drogenabhängig etc.. In den meisten Fällen heißt das, die potentielle Arbeitnehmerin kann nur entweder die Kriterien des Katalogs oder die Anforderungen des zu besetzenden Arbeitsplatzes erfüllen. Der Arbeitsplatz bleibt leer. Die Regelförderung wurde auf ein Jahr begrenzt.

Letzteres bedeutet, daß Verlängerungsanträge für bereits eingearbeitete Frauen rigoros abgelehnt werden. Neuanträge wurden »zurückgestellt«, da nach den neuen Kriterien keine Arbeitnehmerin zur Verfügung steht. Die Argumentationsakrobatik ist schon beachtlich! Denn das heißt, daß angeblich keine ABMs gestrichen werden, sondern nur die Arbeitnehmerinnen so schwer zu finden sind!

Konkret und in Zahlen bedeutet diese Sparpolitik für Hamburger Frauenprojekte (soweit im Frauenprojektetreffen bis März 1992 bekannt): 3/4 aller Projekte sind davon betroffen, weil sie mit ABM arbeiten. Die Hälfte muß Angebote drastisch reduzieren, was für viele Projekte den Zusammenbruch bedeutet. 1/3 muß definitiv dicht machen.

Angebote für lesbische oder ausländische Frauen werden mit als erste weggefegt. Die Beratung für Lesben in der »Intervention e.V.« und im »MHC« sowie die Beratung für Ausländerinnen bei KALA mußten bislang ausschließlich über ABM finanziert werden. Über politische Tendenzen, zu denen diese Art von Sparmaßnahmen paßt, will ich mich hier nicht näher auslassen.

Da der neue Kriterienkatalog sehr schnell Wirkung zeigte, bildete sich auf einem Projekteplenum im Februar eine Arbeitsgruppe, die »AG-Zündstoff« mit Vertreterinnen aus staatlichen, kirchlichen und freien Trägern. Hier werden Infos koordiniert, Aktionen geplant, mit Behörden, Arbeitsamt und Fraktionen Gespräche geführt. Über drei Vertreterinnen des Frauenprojektetreffens gibt es eine direkte Anbindung der Frauenprojekte an diese Arbeitsgruppe.

Wie weiter?

Unklar ist, ob der Kriterienkatalog nicht doch noch entschärft wird und wieviel die SPD aufzufangen bereit ist. Fest steht aber, daß der ABM-Kahlschlag erst der Anfang von zunehmenden Sparmaßnahmen ist, die sich immer in rasender Geschwindigkeit in frauenspezifischen Zusammenhängen bemerkbar machen.

Große Erfolge im Kampf gegen den Kahlschlag konnten die Frauen bisher nicht verbuchen. Wie oft in letzter Zeit, wenn Zusammenschluß, Aktionismus und Ideen gefordert wären, taucht die Frage auf: »Warum klappt das nicht?«

Die Zeit der Projekte-Finanzierung über ABM-Gelder geht zu Ende. Aber so leise? Werden schon neue Frauenbeschaffungsmaßnahmen (FBM statt ABM) diskutiert, ausprobiert oder praktiziert? Geht's zurück zur ehrenamtlichen Arbeit und zum Selbsthilfegruppen-Charakter der Frauenprojekte in den 70ern oder in die andere Richtung nach US-amerikanischen Vorbild zum »Social-Sponsoring« und »Fundraising«, wo große Unternehmen, Stiftungen u.ä. um Spenden gebeten werden?

Oder erstmal einen Austausch mit anderen Frauenprojekten zu diesem Thema starten? ●

Cornelia Kienzler

Aus: Hamburger Frauenzeitung

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

PROTESTSCHREIBEN GEGEN NOVELLIERUNG DES AFG

An Herrn Blüm
Bundesminister für Arbeit
und Sozialordnung
Kennedyallee
5300 Bonn 2

19.8.1993

Sehr geehrter Herr Blüm,
der Hamburger Arbeitskreis: Frauen – Weiterbildung – Erwerbslosigkeit, ein Zusammenschluß von Frauen aus Fraueninitiativen, Frauenprojekten, Behörden und Weiterbildungseinrichtungen, plädiert für die Rücknahme der geplanten Novellierung des Arbeitsförderungsgesetzes. Wir befürchten gravierende Nachteile für Frauen.

Exemplarisch wollen wir die Auswirkungen der Novellierung auf die Zielgruppe Frauen am Beispiel des §42 AFG deutlich machen:

Der §42 Abs. 2, Satz 2 des AFG's soll wie folgt geändert werden: »Die Dauer der beruflichen Tätigkeit verkürzt sich um ein Jahr, wenn die Voraussetzungen des Absatzes 1 Satz 2 erfüllt sind; sie verkürzt sich um 2 Jahre, wenn die Teilnahme an einer Maßnahme notwendig im Sinne des §44 Abs. 2 Satz 2 Nr. 1 oder Absatz 2 b ist«

Mit dieser Änderung wird die Möglichkeit genommen, mehrere Fortbildungsmaßnahmen hintereinander zu verknüpfen. Gerade für Frauen – insbesondere für die auf dem Arbeitsmarkt besonders benachteiligte Zielgruppe der Berufsrückkehrerinnen – hat die geplante Änderung gravierende Auswirkungen. Wiedereinsteigerinnen sind häufig besonders auf aufeinander folgende Fortbildungs- und Umschulungsmaßnahmen zur Reintegration in den Arbeitsmarkt angewiesen,

weil:
- ○ ihre aufgrund einer längeren Familienpause ehemals ausgeübte Qualifikation auf dem Arbeitsmarkt nicht mehr nachgefragt wird oder
- ○ sie keine abgeschlossene Berufsausbildung haben oder
- ○ sie ihren Ausbildungsberuf aufgrund der Struktur der Erwerbsarbeit, z.B. der berufsüblichen Arbeitszeiten und der gleichzeitigen familiären Verpflichtung nicht mehr ausüben können.

Das in Hamburg existierende Bildungsangebot ermöglicht heute eine personenbezogene und effektive Planung von Fortbildung bzw. Umschulung (F.u.U.) mit aufeinander aufbauenden Maßnahmen. Neben der Erweiterung der allgemeinen beruflichen Kenntnisse müssen gerade Frauen individuell gestärkt werden in vorqualifizierenden Kursen als Voraussetzung für eine erfolgreiche F. u. U.-Maßnahme.

So ist es für Familienfrauen ein großer Schritt in F. u. U., zu gehen, denn sie haben nur begrenzt Zeit für Lernprozesse. Besonders für Frauen nach längerer Berufspause gilt aufgrund ihrer Mehrfachbelastung: bei fehlender Vorqualifizierung ist ein Einstieg in eine Bildungsmaßnahme, die zu einem Berufsabschluß führt, nicht möglich.

Nur gezielt aufeinander aufbauende Maßnahmen senken die Abbruchs- und garantieren die Erfolgsquoten und führen bei den Teilnehmerinnen zu den für sie optimalen Vermittlungschancen auf dem Arbeitsmarkt.

Die Probleme potenzieren sich bei Frauen, die gezwungen sind, aufgrund von Trennung umgehend eine Bildungsmaßnahme zur Integration in den Arbeitsmarkt zu beginnen. Bedingt durch den Zwang einer schnellen Aufnahme von Erwerbsarbeit und aufgrund von längerer Berufspause und der veränderten Familiensituation brauchen sie besondere Unterstützung durch aufeinander aufbauende Maßnahmen im F. u. U.-Bereich.

Der Anteil der Frauen an den arbeitslos gemeldeten Personen beträgt im alten Bundesgebiet 46,7 % (in den neuen Bundesländern 55 %) und ist damit deutlich höher als ihr Anteil von 40 % aller Erwerbstätigen (alte Bundesländer). Frauen sind also ganz besonders angewiesen auf eine für sie adäquat zugeschnittene Reintegrationsmaßnahme.

Generell wird die berufliche Wiedereingliederung von Langzeitarbeitslosen durch die geplante Änderung erschwert. Die Novellierung trägt dieser Problematik keine Rechnung, sondern verschärft sie!

Die beabsichtigte konkrete Ausformulierung des Gesetzes führt den in §2 Nr. 5 AFG einzufügenden Satzteil »Frauen sollen entsprechend ihrem Anteil an den Arbeitslosen gefördert werden,« ad absurdum.

Wir plädieren für eine Überarbeitung des Gesetzentwurfs im Sinne der Interessen von Frauen und bitten um Stellungnahme zu unseren Bedenken.

Mit freundlichen Grüßen Christiane Eiche

für den Arbeitskreis: Frau und Arbeit e.V.

Arbeitskreis: Frauen-Weiterbildung-Erwerbslosigkeit
c/o Frau und Arbeit e.V.
Grindelallee 43
2000 Hamburg 13
☎ (0 40) 44 49 60 ●

KURZMELDUNGEN

Frauenausstellungen:

Lose-Blatt-Sammlung

Eine Lose-Blatt-Sammlung verleihbarer Frauenausstellungen in der BRD kann im Referat Frauenkultur des Vereins »Tarantel e.V.« in Essen bestellt werden.

Die Sammlung mit über 100 frauenemanzipatorischen Ausstellungen ist in zweifacher Ausführung erhältlich:
- ○ als Lose-Blatt-Paket (ungelocht) kostet sie 17,50 DM
- ○ im gestalteten Aktenordner mit handlichem Register kostet sie 26,50 DM

Durch die Bestellung aktueller Informationsblätter (in regelmäßigem Turnus) über Auflösungen, Neuerscheinungen (und die Mitlieferung einer aktuellen Gliederung) kann die Sammlung ohne großen Aufwand aktualisiert werden.

Geplant ist der Aufbau einer bundesweiten Informationszentrale und die Einrichtung einer Mailbox.

Bestellungen bitte schriftlich an:
Tarantel e.V. · Referat Frauenkultur
Westfalenstr. 286 · W-4300 Essen 14
☎ (02 01) 51 33 41

Frauen-Vernetzungswoche in Wien

Mailbox

Vom 19. bis zum 23. Oktober 1992 wird es an der TU in Wien Bretter werden bestellt. Dies ist eine Einladung entweder nach Wien zu kommen und die Vernetzung persönlich vorzunehmen oder Frauen- bzw. Wien-spezifische Diskussionen in diesem Medium verstärkt zu führen (hoffentlich nicht NUR solche über Paragraph 218...) Warum nicht zum Beispiel: Frauen in der Technik, im Verkehr... Programm wird noch verschickt!

Kontakt: Frauenreferat der TU Wien
Wiedner Hauptstrasse 8-12 · A-1040 Wien
☎ (0043/1) 5 88 01-58 90 · Gerlinde Diensthuber
oder Juliane Alton

Frauenförderung in der Kunst

Mit dem Ziel zu einer wirksamen Frauenförderung auch im Kunst- und Kulturbetrieb zu kommen, hat die SPD-Bundestagsabgeordnete Dr. Marliese Dobberthien eine Kleine Anfrage »Künstlerinnen in der BRD« im Bundestag eingebracht. Darin wird ausgeführt: »Nach einer Studie des Bundesministeriums für Bildung und Wissenschaft 'Künstlerinnen, Filmemacherinnen, Designerinnen in der BRD' hat die öffentliche Förderung von Kunst, Film und Design überwiegend den Charakter einer Förderung von Männern; Frauen sind stark unterrepräsentiert: Die Kataloge der 14 bedeutensten Kunstsammlungen in der BRD weisen nur zu 7,3% die Werke von Künstlerinnen auf. Auf international bedeutenden Ausstellungen im Jahre 1989 lag der Frauenanteil bei nur 12%, obwohl der Anteil der weiblichen Künstlerinnen mittlerweile bei 35% liegt....In der Vergan-

Repräsentation des Bundes stammen zwischen 1985 und 1989 nur 31 von 187 angekauften Werken von Künstlerinnen, für die rund 10% des vorgesehenen Etats, nämlich 313.780,– DM von 3,1 Mio. DM ausgegeben wurden.«
Aus: Info 4/92, Bundesvereinigung Sozio-Kultureller Zentren

EG-Förderung

Ein EG-Programm für Frauen – NOW (1990-1993)

Die Kommission der Europäischen Gemeinschaft hat am 31.1.1991 die Gemeinschaftsinitiative NOW gestartet. Im Rahmen der transnationalen Aktionen der EG soll dieses Programm dazu beitragen, daß Frauen die »positiven Auswirkungen« des bevorstehenden Binnenmarktes – wie zunehmende Beschäftigungsmöglichkeiten und Wirtschaftswachstum – vollständig und im gleichen Umfang wie Männer nutzen können. Hiermit soll ein Beitrag zur Aufwertung und Förderung der beruflichen Qualifikation von Frauen geleistet werden und es soll zu einer Änderung der Unternehmenskultur beitragen, um Frauen nach der Kindererziehung oder längerer Arbeitslosigkeit die Wiedereingliederung in den Arbeitmarkt zu ermöglichen. Die Europäische Gemeinschaft finanziert zudem Begleitmaßnahmen, die die Wirksamkeit dieser Ziele gewährleisten, z.B. die Einrichtung von Kindergärten.

Diese EG-Initiative ergänzt das Programm ILE, das die Beschäftigung weiblicher Arbeitnehmer mit bis zu 10.000 DM

Programm dient vor allem der Förderung der folgenden drei Initiativen:
- ○ **Gründung kleiner Unternehmen und Genossenschaften durch Frauen**
  Es sollen in allen Stadien der Gründung und Entwicklung von Frauenbetrieben Ausbildungsmaßnahmen und finanzielle Unterstützung bereitstehen. Im einzelnen werden **Berufsbildungsmaßnahmen** zur Vorbereitung auf die Selbständigkeit und auf das Management von Unternehmen finanziert. Außerdem werden Beihilfen zur Gründung der Unternehmen und Einstellungsbeihilfen für Personal gewährt.
- ○ **Maßnahmen zur Wiedereingliederung in die Arbeitswelt**
  Die EG-Kommission finanziert **Beratungsstellen**, die sich dem Problem der Langzeitarbeitslosigkeit und freiwillig ausgesetzter Beschäftigung (»**Familienpause**«) widmen und Berufsbildungsmaßnahmen konzipieren.
- ○ **Begleitmaßnahmen**
  Die Gemeinschaft unterstützt die Einrichtung von Kinderbetreuungsstätten (Ausbau und Ausstattung) und Berufsbildungsprogrammen für Kindergartenpersonal, um die Qualität der Kinderbetreuung zu verbessern.

Für weitere Auskünfte hinsichtlich der Durchführung der Initiative stehen Frau Dr. Breuer, Bundesmimisterium für Arbeit und Sozialordnung, W-5300 Bonn, Tel. 0228/5 27 26 96, und Frau Dr. Estor, Bundesministerium für Frauen und Jugend, W-5300 Bonn, Tel. 0228/930 27 02, zur Verfügung.

Die zuständige EG-Behörde ist die Kommission der Europäi-

SOMMERSEMINAR ALTERNATIVE ÖKONOMIE

Läßt sich Forschung als Dialog organisieren?

Thematisch zwischen den Stühlen positioniert wär es schon, das vierzehnte Sommerseminar des Theoriearbeitskreis Alternative Ökonomie (TAK AÖ) der AG SPAK. In Kooperation mit dem Buntstift e.V. und der Regenbogenstiftung wurde vom 24.7. bis 2.8.92 intensiv und chaotisch zugleich im Bildungs- und Freizeithaus Altenmelle an dem Thema »FORSCHUNG – in, mit, für oder über selbstverwaltete Betriebe« gearbeitet.

Burghard Flieger, Redaktion Genossenschaften ● Viele mag das »abstrakte« Thema Forschung abgeschreckt haben. So kamen von 50 geplanten nur rund 40 TeilnehmerInnen, die sich unter dem Blickwinkel Alternativer Ökonomie damit auseinandersetzen wollten. Großteils waren es bekannte Gesichter, die sich zusammenfanden, um die gute Atmosphäre und die kreative, unkonventionelle Form der Arbeitsgruppen des TAK AÖ zu genießen. Auch die Anwesenheit von 13 Kindern jeden Alters spricht für die fast familiäre Situation.

Beforschte unter sich

Inhaltlich setzten sich gleich zwei Arbeitsgruppen mit der Forschungsthematik auseinander. Von ProjektlerInnen wurden bisherige, positive und negative Erfahrungen mit »Beforschung« zusammengetragen und diskutiert. Negativ bewerteten sie, daß ForscherInnen an sie fast immer mit einem festen Konzept sowohl methodisch als auch vom Thema her herantreten. Eine Einflußnahme seitens der Projekte findet selten statt, die Beteiligung selbst macht viel Arbeit und eine Rückkopplung fehlt fast immer. Dies geht oft soweit, daß die Ergebnisse veröffentlicht werden, ohne daß die Projekte sie vorher zu Gesicht bekommen.

Aus der Reflexion bisheriger Erfahrungen von Projekten mit ihrer Beforschung leiten sie vor allem die Notwendigkeit einer intensiven Vorklärungsphase vor dem eigentlichen Forschungsprozeß ab. In dieser Phase sollen Forschungsfragen, Methoden, Rahmenbedingungen usw. transparent gemacht werden. Auch können zu diesem Zeitpunkt die Projekte ihrerseits noch eigene Bedingungen für eine Beteiligung formulieren. Im Anschluß daran wäre zu klären, ob beide Seiten sich auf diese Art von Forschungsvorhaben einlassen. Die weitere Vorgehensweise ließe sich dann vertraglich regeln oder zumindest könnte eine Vereinbarung für den Konfliktfall abgeschlossen werden.

ForscherInnen im Gespräch

Umgekehrt waren auch die Erfahrungen der ForscherInnen mit ihrer wissenschaftlichen Arbeit im Alternativsektor nicht immer positiv. Selbstverwaltete Betriebe und Projekte wehren sich oft hartnäckig gegen den fremden Blick auf ihre internen Prozesse. Der Verdacht besteht, daß sie sich teilweise in einer Situation befinden, in der sie jegliche Veränderungsimpulse von außen (und innen) ablehnen, sei es über Supervision, Beratung oder über Offenlegung in Form von Forschung. Vordringlich geklärt werden müsse deshalb, gegen was sich kollektiv organisierte Betriebe bei Forschung in ihrem Bereich wehren.

Eine Reihe von Gründen wurde schon genannt. So besteht eine ungleiche Austauschbeziehung: Die Forschungsarbeit hat für die Betriebe und Projekte nur einen sehr mittelbaren Nutzen, während die ForscherInnen sich damit ihren Lebensunterhalt verdienen. Häufig werden deshalb »Kompensationsgeschäfte« getätigt. Dies geschieht über eigentlich forschungsfremde Gegenleistungen z.B. in Form von Beratung. Vorteile solcher Vorgehensweise ist: Es wird ein unmittelbarer Nutzen auch für den einzelnen Betrieb produziert und ein direktes Feed-Back ist möglich.

Festgehalten von seiten der ForscherInnen wurde, daß ihre Arbeit eine spezialisierte Tätigkeit ist, die offenbar als etwas Fremdes und Mächtiges wahrgenommen wird. Dies gilt, auch wenn sie selbst Forschung als etwas verstehen, das der Arbeit in den Betrieben und Projekten gleichgestellt ist. Tatsächlich bestehe ihre Praxis – so eine Teilnehmerin – vor allem darin, eine »stellvertretende Deutung« von den Problemen des Betriebs zu produzieren. Aufgrund dieser stellvertretenden Deutung unterscheide sich ihr »professionales Handeln« vom »alltäglichen Handeln« der Menschen in den Betrieben.

Austausch verschiedener Sichtweisen

Die Ergebnisse und Einschätzungen beider Arbeitsgruppen wurden in einer späteren Phase des Seminars in gemeinsamen Sitzungen miteinander konfrontiert. Kritik übten die in Betrieben Mitarbeitenden daran, daß eine Gleichwertigkeit von Forschungs- und Projektpraxis zwar postuliert werde, faktisch bestehe diese aber nicht. Konkrete Arbeit und Forschung seien »zwei Paar Schuhe«.

Kernpunkt verschiedener Sichtweisen war die Forderung der »Beforschten« nach einem Vetorecht. Sie wollten eine Veröffentlichung der Ergebnisse auch unterbinden können, wenn sie falsch sind oder dem Aussehen eines Projekts schaden. Zu diesem Zweck sollten diese auf jeden Fall vor einer Publizierung diskutiert werden. Die von seiten der WissenschaftlerInnen dagegen gesetzte Vorstellung nach einer »Autonomie der Forschung« bestätigte die Zweifel, ob es eine Gleichstellung zwischen WissenschaftlerInnen und zu beforschenden Projektemenschen gebe. Möglicherweise müsse sie immer hinter althergebrachten Objektivitätsansprüchen zurückstecken?

Foto: Bernd Scheda

Dialog als konzeptioneller Ansatz

Einig waren sich beide Gruppen über eine verstärkt auftretende »ehrenamtliche Arbeit« auf beiden Seiten als Folge intensiverer Zusammenarbeit. Dabei könnte ein dialogisch angelegter Forschungsprozeß, wie ihn die Gruppe der ForscherInnen versteht, auch für die befragten Projekte ein Stück Selbstaufklärung sein. Mit den Forschungsergebnissen ist zwar kein unmittelbarer, projektbezogener Nutzen verbunden. Sie tragen jedoch dazu bei, eine Betriebsblindheit der Projekte zu verhindern. Außerdem findet im Dialog und während der Rückkoppelung ein Austausch zwischen den Projekten und den ForscherInnen statt. Dies kann ein wichtiger Prozeß sein, indem daraus selbstaufklärerische Wirkungen für die Projekte entstehen.

Eine Tagungszeitung zu dem Seminar, in der auch die anderen Arbeitsgruppen »Wirtschaften« und »Nachwuchsakademie für kollektives Management« protokolliert sind, kann für 15,– DM bei Andrea Gerth, Löwenstr. 8, 6800 Mannheim 51, bestellt werden. Sie ist von Gestaltung und Aufmachung vorwiegend für die TeilnehmerInnen gedacht. Interessanter für Außenstehende dürfte der »Rundbrief Alternative Ökonomie« sein. Die jährlich vier Ausgaben kosten im Abonnement 28,--DM. Sie dienen als Vor- und Nachbereitung der regelmäßigen Treffen des TAK AÖ. ●

BÜCHER ZUR WEITERBILDUNG

»Mit den Augen lernen«

Unter diesem Reihentitel sind 1991 bei Beltz sechs Titel erschienen. Kann sie die AnwenderIn in der betrieblichen Weiterbildung nutzen? Kurzporträts und ein Resumee.

Wolfgang Beywl, Redaktion Genossenschaften ● (1) Weidenmann, B., Lernen mit Bildmedien. Psychologische und didaktische Grundlagen.

Fachwissenschaftliche Einführung der Reihe, gerichtet gegen das Defizit der Beschäftigung mit Medien / Bildern in der Didaktik. Bietet Definitionen und Beispiele, wie Bildwahrnehmung und Bildverstehen unterstützt werden können. Vor lauter Fachwissenschaft geht verloren: Was ist das Problem in und was ist die Botschaft gerade für die WeiterbildnerInnen?

(2) Ballstaedt, S.-P, Lerntexte und Teilnehmerunterlagen
Nachvollziehbare Bewertungskriterien für Lehr-/Lerntexte wie Verständlichkeit, Stimulanz und Leserlichkeit mit guten Textbeispielen und interessanten Überprüfungs-, z.T. auch »Meßverfahren«. Sehr hilfreiche Checklisten zur Überprüfung eigener Texte. Hervorragend die »Warnungen« vor typischen Fehlern, z.B. durch Übertreibung der Regeln.

(3) Langner-Geißler, T., Lipp, U., Pinwand, Flipchart und Tafel
Thema sind die einfachen, wenig störanfälligen Medien mit besonderer Eignung für aktive Gruppenarbeit. Darstellung der »Hardware«, der Schreibtechniken und Gestaltungsmöglichkeiten. Wie mensch auf der Tafel schreibt und zeichnet, weiß man nachher trotzdem nicht. Einführung für »absolute beginners« mit wenigen »Kniffen« für den / die Profi; gute Visualisierungen.«

(4) Will, H., Arbeitsprojektor und Folien
Inzwischen ist der inflationär gebrauchte Overhead-Projektor das »schwarze Schaf« der Weiterbildungsmedien. Dagegen bietet Will nach einer knappen Gerätekunde klare Informationen über manuelle und maschinelle Folienerstellung, Stifttypen und Korrekturmittel; auch didaktische Kriterien für Medienwahl, Medienwechsel, und Foliengestaltung. Breite Darstellung technischer Tricks (von Overlay und Enthüllung bis zu beweglichen Auflageelementen). Insgesamt gute Einführung, auch für Fortgeschrittene lesenswert. Die Abstimmung von Rede und Folie kommt sehr kurz, fast so als liefe die Overheadpräsentation weitgehend stumm ab.

(5) Kittelberger, R., Freisleben, I., Lernen mit Video und Film
Der erste Teil behandelt drei Hauptfunktionen in Lehr/Lernprozessen: (a) Vorführen von Videos als Einführung/ Motivierung oder zur Vermittlung von Inhalten (b) Aufzeichnen von Verhaltenssequenzen im Training mit anschließender Auswertung (c) Herstellen von Videos durch LernerInnen. Klare, praxisnahe Beurteilungs-/ Auswahlkriterien, Checklisten, Ermutigung zum Ausprobieren. Video als aufwendiges technisches und damit ggfs. auch distanzierendes Medium soll eingesetzt werden, wenn einfache Medien nicht hinreichen (Susidiaritätsprinzip des Medieneinsatzes). Videoproduktionen durch LernerInnen können motivieren, das Lernen intensivieren und demokratisieren. Der zweite Teil bescheibt Videoproduktion durch TrainerInnen von der Konzeptentwicklung und Produktionsplanung, über Aufnahmetechnik (Bild, Beleuchtung, Ton) bis zur Nachbearbeitung und zum computergestützten Mischen. Sehr gute Bebilderung.

(6) Bäumler, C., Lernen mit dem Computer
Computergestützte Trainings- oder Unterrichtsprogramme (CBT / CUU) breiten sich aus, ermöglicht durch technologische Fortschritte und Kostenverfall bei den elektronischen Speichermedien (CD-ROM, Bildplatte, interaktives Video...). »Autorensysteme« als Software erleichtern die Produktion »intelligenter« und »interaktiver« Computer-Lern-Medien. Die Erstellung von CBT wird an einem für VW realisierten Programm »Qualität – unsere Aufgabe« demonstriert. Der Autor ist von diesem Großprojekt so begeistert, daß er die Zielgruppe seines Buches vergißt: Sehr wenig zur Auswahl von Standard-CBT durch Weiterbildungsverantwortliche und zu Einsatzmöglichkeiten und Risiken.

Insgesamt fällt auf, daß humanistische oder emanzipatorische Ansprüche von Weiterbildung – bis auf eine kleine Ausnahme – in der Konzentration auf die Medien verloren gehen. Als wäre es schon ein Tabu, dies für den betrieblichen Bereich zu formulieren. Die Sprache ist durchweg auf den männlichen Trainer, Lerner ... reduziert. Die Bücher der Reihe sind nur locker integriert, z.B. fehlen ein gemeinsamer Index oder seitengenaue Querverweise. Da die Einheiten in der Ausführungsqualität (gemessen am Anspruch, der in Band 2 formuliert ist) sehr unterschiedlich ausfallen, empfiehlt sich ein selektiver Kauf. Die nachfolgende Übersicht spiegelt die ganz subjektiven Bewertungen des Rezensenten und mag für andere LeserInnen ganz anders ausfallen.

	1	2	3	4	5	6
Anfänger/Fortgeschrittene	A/F	A/F	A	A/F	A/F	F
Nutzbarkeit für TrainerIn	–	++	0	+	++	–
Verständlichkeit/Bebilderung	+	++	+	++	++	+
Anregung/Stimulanz	0	+	0	+	++	0

REGIONALENTWICKLUNG

Ansätze des sozial und ökologischen Umbaus in Niedersachsen

Wer entwickelt die Region?

Anfang Juni legte der Verein »Eigenständige Regionalentwicklung in Niedersachsen« (VER Nds.) eine Dokumentation der gleichnamigen Tagung vom Januar 1992 vor. In ihr werden die Referate und Arbeitsgruppenergebnisse sowie die wichtigsten Diskussionsbeiträge aufgeführt.

Als Einführung stellt Rainer Danielzyk die derzeitigen Entwicklungstrends niedersächsischer Regionen vor und kritisiert die Ansätze der rotgrünen Landesregierung Niedersachsen zur Regionalisierung der Wirtschaftspolitik.

Die unterschiedlichen Vorstellungen über die Einbeziehung von Verbänden und regionalen Initiativen in den Entscheidungsprozeß über Entwicklungsleitlinien der Regionen werden in den folgenden Beiträgen der Dokumentation deutlich. Sowohl der Vertreter des Niedersächsischen Ministeriums für Wirtschaft und Verkehr, Dr. Hartke wie auch der Wirtschaftsdezernent Hannovers, Kruse, heben die Beteiligung von Verbänden in der Diskussion um die Entwicklungspotentiale der Region in ihren Beiträgen hervor. Diese Vorstellungen bewertet der stellvertretende Landrat des Landkreises Verden, Harald Hesse, aus der Sicht der Region in seinem Beitrag. Die Beschränkung auf die sogenannten relevanten Gruppen und die Ausgrenzung von Initiativen bzw. deren Unterrepräsentation wird von den DiskussionsteilnehmerInnen wie auch im Beitrag von Hubert Weismantel (Dorfentwicklungsplaner) kritisiert. Er stellt die Erfahrungen des »Forums Nordhessen«, das sich aus 22 unterschiedlichen Organisationen zusammensetzt, vor.

In den Arbeitsgruppenpapieren werden bestehende Ansätze zur Einbeziehung von Initiativen und Einzelpersonen in die Förderung der regionalen Entwicklungsprozesse vorgestellt: Die Möglichkeiten und Grenzen von Regionalvereinen und -initiativen werden vom Vertreter des »Verdener Vereins für Eigenständige Regionalentwicklung« beschrieben. Der Regionalberater Michael Mäurer schildert eigene Erfahrungen in Schleswig-Holstein in seinem Beitrag »Regionalberatung als neuer Ansatz einer Strukturpolitik von unten«. In weiteren Beiträgen wird nach der Rolle von Projekten und Initiativen in der »Sozio-ökonomischen Dorferneuerung« sowie von Arbeitloseninitiativen und »sozialen Betrieben« in der kommunalen Wirtschaftsförderung gefragt.

Zum Abschluß zeigte Dr. Arnim von Gleich (GH-Kassel) Ansätze einer ökologisch orientierten regionalen Wirtschaftspolitik und -struktur am Beispiel Bremen (und Umland) auf.

Die Tagung und die Dokumentation erheben nicht den Anspruch, Patentrezepte für Entwicklungsstrategien aufzuzeigen. Es ist jedoch gelungen, deutlich zu machen, daß die Rückbesinnung auf die Regionalpolitik und die Erstellung von Leitvorstellungen einen breiten Diskussionsprozeß in der Region erfordern. Dabei wird die Einbeziehung von Verbänden als positiver Schritt gewertet, der jedoch nicht ausreicht. Eine ökologisch und sozial vertretbare regionale Entwicklung ist nur möglich, wenn es gelingt, über vielfältige Maßnahmen die Bevölkerung und Initiativen einzubeziehen und die Ideen und Vorstellungen von Wirtschafts- und Kulturprojekten durch eine aktivierende Regionalberatung zu unterstützen.

»Wer entwickelt die Region?« Hrsg.: Verein »Eigenständige Regionalentwicklung in Niedersachsen«, 114 Seiten DIN A5, broschiert, DM 6,50

Bestellanschrift:
VER-Niedersachsen · Wilhelm-Bluhm-Str. 12
W-3000 Hannover 91 · ☎ (05 11) 44 44 53

Projekt Regionalentwicklung Hohenlohe

Geomantie – die Wissenschaft der Naturkräfte

Das Projekt Hohenlohe veranstaltet zusammen mit Hans-Jörg Müller, bildender Künstler, Maler und sacraler Landschaftsgestalter, vom 25. bis 27. September im Waldschulheim Kloster Schöntal ein Seminar zur Einführung in die Geomantie (Wissenschaft der Naturkräfte) der Klöster und Begegnungen mit »Orten der Kraft«.

Zweihundert Jahre Industrialisierung haben die zivilisierten Menschen von ihren Wurzeln in der Natur entfremdet und das Gespür für die Kräfte der Erde zerstört. In dieser Zeit werden wir von Wünschelrutengängern, Radiästhesisten und Geomanten an die subtilen, feinstofflichen Naturkräfte erinnert, die wie ein Netz die ganze Erde umspannen. Wo diese Linien sich kreuzen, potenziert sich die Energie und kann von den Menschen sinnvoll genutzt werden. Diese Punkte, die die Heilkräfte und die spirituelle Entwicklung des Menschen fördern, waren bevorzugte Standpunkte von Klöstern, Kirchen und Tempeln. Denn bis vor wenigen hundert Jahren bauten die Menschen im Einklang mit diesen Naturkräften. Solche Plätze werden heute als »Orte der Kraft« wieder entdeckt. Sie strahlen tiefe Ruhe und heilende Kräfte aus.

Die christlichen Missionare bemühten sich dieses alte Wissen zu integrieren. Viele alte Klöster und Kirchen wurden bewußt auf solche »Orte der Kraft« errichtet und den vorhandenen Kräfteströmungen angepaßt. In China wird heute sogar noch dieses Wissen beim Neubau von Banken und Hotels berücksichtigt.

Geomantie ist die alte Wissenschaft von den feinstofflichen Naturkräften der Erde und der aus dem Kosmos einstrahlenden Energie.

In unserem Seminar beschäftigen sich die TeilnehmerInnen mit:
- ○ der Geomantie der Klöster (Bauprinzipien der Zisterzienser)
- ○ Einführung in die christliche Sakralarchitektur
- ○ Radioästhetische und geomantische Untersuchungen vor Ort
- ○ Begegnungen mit »Orten der Kraft« ums Kloster Schöntal und in Hohenlohe
- ○ Baubiologische Gesichtspunkte unter Berücksichtigung der Naturkräfte
- ○ Bäume als Zeiger unsichtbarer Erdkräfte
- ○ Landschaftsgestaltung anhand geomantischer Erkenntnisse

Beginn des Seminars: Freitag, 25. September um 18.30 Uhr
Ende: Sonntag, 27. September um 14.30 Uhr
Die Seminarkosten betragen 120,- DM (einschl. Übernachtungen und Essen).
Anmeldungen und weitere Informationen beim Projekt Regionalentwicklung Hohenlohe, Richard Groß, Kirchstr. 2,
W-7109 Oberginsbach, ☎ (0 79 37) 56 62

SEMINARBERICHT

»Gemeinsam sind wir stärker«

»Der Erfahrungsaustausch zwischen Produktivgenossenschaften aus den alten Bundesländern und aus Mecklenburg-Vorpommern war keine Artenschutzveranstaltung für bedrohte Lebewesen«, so kommentierte Angelika Schwarz, Leiterin des Berliner Büros des Verbandes deutscher Produktivgenossenschaften (VdP) ein Seminar zu diesem Thema. In Zusammenarbeit mit innova-Entwicklungsagentur für neue Genossenschaften des Bonner Vereins zur Förderung des Genossenschaftsgedankens und der Friedrich-Ebert-Stiftung hatte es im Juni in Rostock stattgefunden.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Johannes Frech, Redaktion Genossenschaften ● Zum erstenmal seit der politischen Vereinigung konnten Produktivgenossenschaften aus Ost und West auf einer kleinen Tagung in Rostock ihre Erfahrungen beim Aufbau von Genossenschaften austauschen. Am Seminar nahmen neben den Referentenbetrieben Handwerkergenossenschaft eG, WIR eG, Begleitung eG und Stattwerke Essen eG auch Betriebe aus Mecklenburg-Vorpommern teil, die sich in eingetragene Genossenschaften umgewandelt haben oder sich im Umwandlungsprozeß befinden.

Anfangs waren die TeilnehmerInnen von Genossenschaften aus Ostdeutschland skeptisch gegenüber Erfahrungsberichten aus Mannheim, Essen, Köln und Bergkamen. Der Aufbau von selbstverwalteten Betrieben mit viel Eigenengagement, die Erfahrungen im Umgang mit den genossenschaftlichen Organstrukturen und Gestaltung der Mitverantwortung und Mitentscheidung beeindruckte jedoch. Zudem traten keine »besserwessis« auf, sondern eine solidarische Diskussionsatmosphäre bestimmte das Seminar. Deutlich wurde, daß Produktivgenossenschaften aus den Westen keine Musterkonzepte für die Umwandlung von PHGen bieten, da die Probleme und Strukturen hier ein anderes Vorgehen erfordern.

Vielfache Benachteiligungen

Probleme und Umwandlung und die dabei entstehenden Benachteiligungen von Genossenschaften finden in der Berichterstattung der Medien keine Berücksichtigung. Genossenschaften müssen nicht nur wie andere Unternehmensformen marktwirtschaftliche Verhalten erlernen, sondern werden in vielfältiger Weise diskriminiert. Während bei der Privatisierung von VEB-Betrieben die Treuhand die Kosten für Sozialpläne übernimmt, wird das Betriebsvermögen von Genossenschaften durch Auszahlung von Geldern der »unteilbaren Fonds« an ausscheidende Mitglieder soweit reduziert, daß für den weiterführenden Betrieb kein Geld für Neuinvestitionen bleibt.

Die Eintragung von GmbHs, die aus PGHen entstanden sind, erfolgte oft ohne Information oder Entscheidung der Mitglieder. Vertreter von Genossenschaften schilderten z.T. haarsträubende Umwandlungsentscheidungen. Dabei haben sich teilweise einzelne den ursprünglich gemeinsamen Betrieb »unter den Nagel gerissen«. Auch fahren GmbHs – mit 100 Gesellschaftern gegründet – anschließend mit 3 Bussen zur Unterzeichnung des Gesellschaftervertrages nach Hamburg.

Die Unwissenheit der Mehrheit der Mitglieder über die Konsequenzen der Art der Umwandlung und die Dampfwalze von westlichen Beratern führte in vielen Fällen zu Lösungen, die nicht dem Willen der Mitglieder entsprachen. Juristische Möglichkeiten gegen unsaubere Regelungen sind faktisch gleich Null. Darüber hinaus kostet dies zig Tausende DM und Zeit, die zum Betriebsaufbau fehlen.

Von den Prüfungsverbänden, die durch die westlichen Raiffeisenverbände mitaufgebaut wurden, werden Produktivgenossenschaften immer noch als Übergangserscheinungen eingestuft. Ihre Erteilung des Prüfungsbescheides als Voraussetzung zur Eintragung ins Register dauert Monate, wenn nicht Jahre. Dadurch sind Genossenschaften bei Verhandlungen mit Banken und anderen Vertragspartnern gegenüber der schnellen Eintragung von GmbHs ein weiteres mal benachteiligt. Wer dennoch den langen Atem zur Umwandlung in Genossenschaften hat, braucht Unterstützung bei der Neugestaltung des betrieblichen Managements, der Festlegung der betrieblichen Zielsetzung und beim Auftreten am Markt.

Dies erfordert sowohl Organisationen mit entsprechenden Qualifizierungs- und Beratungsleistungen, aber auch den politischen Willen eines Umfeldes, das die Ziele der Selbstverwaltung und Selbsthilfe entsprechend unterstützt. ●

GENOSSENSCHAFTSRECHT

Verletzung der Wahrheitspflicht gegenüber Prüfern führt zur Strafverfolgung

Die Angaben des Geschäftsführers einer Schuheinkaufsgenossenschaft über die Warenbestände des Unternehmens stellten sich als falsch heraus. Der »lockere« Umgang mit der Wahrheit führte zu einer Verwarnung und wurde mit einer Geldstrafe belegt.

Peter Sliwka, Redaktion Genossenschaften ● Eigentlich sollte der Mann auf der Anklagebank seit 1987 die Schuro Schuh- und Rohstoff-Einkauf eG sanieren. Doch im Februar 1990 war im fristlos gekündigt worden und nun hatte sich der ehemalige Geschäftsführer der Genossenschaften wegen Verstoßes gegen das Genossenschaftsgesetz vor einem Schöffengericht am Amtsgericht in Freiburg zu verantworten. Ihm wurde vorgeworfen, die Geschäftsergebnisse der Schuro 1988 geschönt und die Genossen über deren desolate finanzielle Lage getäuscht zu haben, was nach dem Genossenschaftsgesetz strafbar sein kann.

Im Prozeß wurde deutlich, daß die Schuro seit Beginn der 80er Jahre keine allzu unternehmerische Geschäftspolitik betrieben haben muß. Als der Angeklagte 1987 die geschäftlichen Zügel in die Hände nahm, fehlten die Personalakten für 20 Beschäftigte, waren überflüssige Versicherungen bezahlt und zwölf Jahre alte Schuhe in den Geschäftsunterlagen regelmäßig mit ihrem Neuwert verbucht worden.

»Retter in der Not« sollte der Angeklagte sein, der sich bei der Neuorganisation des Betriebes sehr bemüht habe, versicherte der heutige Aufsichtsratsvorsitzende Bernhard Bär als Zeuge vor Gericht. Nachdem die Prüfer des Genossenschaftsverbandes 1989 jedoch Unstimmigkeiten bei der Erstellung der Bilanz 1988 entdeckt hatten, war der »Retter« ins Zwielicht geraten und schließlich angezeigt worden.

Vom Retter in der Not...

Vor Gericht ging es nun um sogenannte »Zwischenbilanzen«, die der Angeklagte damals dem Aufsichtsrat der Genossenschaft monatlich vorgelegt hatte. Sie hatten regelmäßig Rohgewinne zwischen 13.000 DM und 143.000 DM ausgewiesen. Diese Gewinne resultierten aus den »Differenzlisten«, erklärte der Angeklagte. Als er mit der Sanierung begonnen habe, seien die Warenbestände schlecht dokumentiert gewesen. Die Lagerbestände seien größer gewesen, als bei der Inventur aufgenommen. Er habe diese Differenzen aufgenommen, sie zahlen- und wertmäßig neu bewertet und mit 17.000 DM zugunsten der Schuro bilanziert.

Dieses Vorgehen hatten die Prüfer des Genossenschaftverbandes für unzulässig erachtet und darüber hinaus bezweifelt, daß die Lagerbestände in den genannten Höhen tatsächlich existierten. Das Nachrechnen allein eines Postens hatte ergeben, daß annähernd 2600 Schuhpaare übersehen worden sein mußten. Der Angeklagte hatte den Prüfern jedoch versichert, daß er diese Bestände selbst gesehen habe. Die Prüfer hatten sich damit nicht zufrieden gegeben und der Schuro empfohlen, die Bilanz vor Bekanntgabe in der Generalversammlung zu berichtigen und die 170.000 DM aus den Differenzlisten vom Jahresergebnis abzuziehen. Dies hatte dazu geführt, daß 1988 statt eines Gewinnes ein Verlust von 14.000 DM ausgewiesen wurde.

...zum Schwindler gegenüber dem Prüfer

Vor Gericht räumte der Angeklagte ein, daß er den Prüfern die Unwahrheit gesagt habe. Er habe die Bestände, die er in die Differenzlisten nach Abgleich der manuellen Inventur mit den EDV-Einkaufslisten eingetragen hatte, nie gesehen. In diesen falschen Angaben gegenüber den Prüfern sah das Schöffengericht einen Verstoß des Angeklagten gegen die vom Genossenschaftsgesetz geforderte Wahrheitspflicht.

Das Schöffengericht verhängte jedoch ein mildes Urteil, weil es davon überzeugt war, daß der Angeklagte einen »Laden übernommen hat, der nicht in bester Ordnung war« und er im übrigen keine schlechte Arbeit geleistet habe. Der Angeklagte wurde verwarnt und unter Vorbehalt zu einer Geldstrafe von 70 Tagessätzen zu je 35 DM verurteilt. ●

KURZMELDUNGEN AUS DEM GENOSSENSCHAFTSSEKTOR

Gemeinnützige Kredit-Garantiegenossenschaft eG, Bochum

Windkraftfonds voll ausgebucht

Der zweite Windkraftfonds, den die Bochumer Bankeinrichtungen Ende letzten Jahres aufgelegt haben, ist vollständig gezeichnet worden. Innerhalb der vorgesehenen sechs Monate kamen die erforderlichen 3 Millionen DM zusammen. Die finanzielle Basis für den Bau der 23 geplanten Windkraftanlagen wurde durch 236 AnlegerInnen geschaffen. Auch der WWF International beteiligte sich an dem Fonds mit einem Betrag von 165.000 DM. Für die ersten Anlagen auf dem Osterhof an der nordfriesischen Küste sind die Fundamente bereits gegossen. Noch in diesem Jahr sollen die Anlagen mit der Stromproduktion beginnen.

Seminarwoche in Dessau

Europa: Unterstützungsstrukturen für Kooperativen

Vom 21. bis 25. September 1992 organisiert der Verband Deutscher Produktivgenossenschaften mit finanzieller Unterstützung der EG gleich vier Veranstaltungen zu genossenschaftlichen Themen. Der Auftakt am 21.9. ist als Fach-Hearing zum Thema »Betriebliche Existenz- und Wettbewerbssicherung« geplant. Vom 21. bis 23.9. geht es um »Landwirtschaftliche Genossenschaften im neuen Europa«, die Entwicklung des genossenschaftlichen Bauwesens im EG-Binnenmarkt ist Thema am 22. und 23.9. und zum Abschluß am 24./25.9. wird über »Unterstützende Strukturen für Genossenschaften und Cooperativen« referiert. Im Wechsel zwischen Vorträgen, Diskussion und Workshops sollen die Gemeinsamkeiten unterschiedlicher Ansätze in Europa dargestellt und die Möglichkeiten einer transnationalen Kooperation erarbeitet werden. Schwerpunkte liegen auf den bundesdeutschen und den britischen Strukturen, aber auch die spanische Genossenschaftsregion Mondragon ist angefragt. Genauere Informationen sind erhältlich beim vdp, Kurt-Weill-Str. 31, 0-4500 Dessau.

ShareCom Genossenschaft, Zürich

Gegen den Konsumrausch: teilen

Eine ungewöhnliche Weiterentwicklung der Autoteilenidee betreibt die SharCom Genossenschaft in Zürich. Sie will sich als »Konsumgütergenossenschaft gegen den Konsumrausch« etablieren, so ihr Mitinitiator Werner Nufer. MitgliederInnen können sich neben Autos weitere Gebrauchsgüter teilen. Zur Auswahl stehen bisher ein Solarmobil und eine Videokamera. Eine gemeinsame Nutzung von Gartengeräten, Kanus und Surfbrettern wird vorbereitet. Praktische Erwägungen werden so mit ökologischen Notwendigkeiten verbunden: Für den einzelnen ist es schlichtweg billiger, als sich alle Produkte selbst anzuschaffen, um sie dann nur an wenigen Tagen im Jahr zu nutzen. Gleichzeitig hat es auch ökologische Folgen: Sobald mehr Menschen weniger Produkte wirksamer nutzen, werden Energie und Rohstoffe eingespart.

Genossenschaft für Lokalsender

Zusammenarbeit kleiner Medienanbieter

Eine Genossenschaft aller Lokalstationen in Baden-Württemberg will Andreas Ochs gründen, verantwortlich für den neu in Betrieb gegangenen Lokalsender »RTL Radio Hochrhein«. Ochs will damit eine stärkere Zusammenarbeit der kleinen Medienanbieter erreichen. Nach seiner Einschätzung wird sich der Markt in den kommenden Monaten stark verändern: »Da hilft nur eine enge Zusammenarbeit.« Nach Plänen der Landesanstalt für Kommunikation (LFK) in Stuttgart sollen sich in Baden-Württemberg zukünftig nur noch zwei Landessender und rund 15 Lokalstationen etablieren können. Den bisherigen Markt für private Rundfunkanbieter sieht Ochs als »Flop«. Bisher gebe es nur wenige Sender, die Gewinn machten.

Datev eG, Nürnberg

Anschlußdruck durch wechselhafte Steuergesetze

Das stetige Wachstum der Datenverarbeitungsorganisation des steuerberatenden Berufes in der Bundesrepublik Deutschland eG mit Sitz in Nürnberg hält weiter an. Die Genossenschaft hat ihren Umsatz 1991 um 20,7 Prozent auf 741,1 Millionen DM gesteigert. Von den jetzt 32.750 Mitgliedern (Ende 1991: 31.950) kommen etwas über 1.000 aus dem Osten. Für das laufende Jahr wird zudem mit einem Anwachsen der MitarbeiterInnen auf 5.400 gerechnet. Für SteuerberaterInnen bestehen kaum noch Chancen, ohne Anschluß an die Datev effektiv arbeiten zu können. Ständige Änderungen bei der Steuergesetzgebung zwingen sie, ihre Arbeit mit Hilfe der EDV zu organisieren. Nur großen Organisationen wie der Datev aber gelingt die hierfür erforderliche schnelle Anpassung an die immer kurzfristiger beschlossenen Gesetze durch den Staat.

Wohnungsbaugenossenschaften

»Miethöhegesetz« verhindert Gleichbehandlung

Bei einem Kongreß des Südwestdeutschen Wohnungsverbandes kritisierte Manfred Günther Suhr, Geschäftsführer einer großen Wohnungsbaugenossenschaft, die aktuellen Entwicklungen am Wohnungsmarkt. Die Mietpreisunterschiede zwischen den oftmals sehr preiswerten älteren Baujahrgängen und den teuren Neubauwohnungen bezeichnete er als unvereinbar mit dem genossenschaftlichen Gleichheitsgrundsatz. Gerade im Genossenschaftsbereich mit seiner demokratischen Struktur sei das geltende »Miethöhegesetz« nicht einleuchtend. Die Genossenschaften könnten einen Ausgleich der Interessen durch eine gerechte Ermittlung des Wohnwertes viel problemnäher und autonomer festlegen als jede außenstehende Instanz. Entsprechend wurden auf dem Kongreß die Landesregierungen in Wiesbaden und Mainz aufgefordert, durch eine Bundesrats-Initiative das Miethöhegesetz so flexibel zu gestalten, »daß es den spezifischen Gegebenheiten und Notwendigkeiten des Genossenschaftswesens Rechnung trägt.«

Verband der Konsumgenossenschaften, Berlin

VdK bald unter Asko oder Horten

Der Aufsichtsrat des VdK, des Verbandes der Konsumgenossenschaften, beschloß einstimmig, sich von seinen Wirtschaftsaktivitäten zu trennen. Als ostdeutschem Zusammenschluß sind dem VdK 23 Verbrauchergenossenschaften und zwei Regionalverbände angegliedert. Mit dem Verkaufserlös soll die Substanz (?) des VdK gesichert werden. Betroffen sind vorwiegend Gemeinschaftsfirmen, die der VdK mit der Asko Deutsche Kaufhaus AG und der Horten AG betreibt. Beide Kapitalgesellschaften haben schon Interesse an der Übernahme angemeldet. Letztlich war eine solche Übernahme vorprogrammiert, als der VdK sich kurz nach der Wende auf eine intensivere Zusammenarbeit mit der Asko und mit Horten eingelassen hatte.

co op Schleswig-Holstein eG, Kiel

Verstärkte Kapitalbeteiligungen

Die zweitgrößte bundesdeutsche Konsumgenossenschaft, die co op Schleswig-Holstein eG, will ihre Eigenkapitalquote verbessern. Sie liegt derzeit bei nur 13%. Geschehen soll dies über eine verstärkte Mitglieder- und Mitarbeiterbeteiligung. Dabei sollen die 7.039 MitarbeiterInnen die Möglichkeit erhalten, im Rahmen des 5. Vermögensbildungsgesetzes Genossenschaftsanteile zu zeichnen. Gleichzeitig wird die bisher auf 1.000 DM begrenzte Beteiligung für das einzelne Mitglied auf 5.000 DM angehoben. Lohnen würde sich eine verstärkte Beteiligung auf jeden Fall. Immerhin sollen die rund 30.000 Mitglieder für letztes Jahr einschließlich einer Steuergutschrift eine Dividende von 15,6% erhalten.

Contraste_Korrekturen_FuenfteWelle_1992.indd 17 23.09.24 19:56

DAS VERFLIXTE GELD – 19. FOLGE

Das Geld und seine Stabilität

Ist die Inflation in der Bundesrepublik eigentlich so bedeutsam?

Redaktion Heidelberg, Helmut Creutz ● Liest man von den tausendprozentigen Hyperinflationen in Lateinamerika, neigt man dazu, die Inflationsproblematik für etwas Exotisches zu halten. Vergegenwärtigt man sich aber, daß auch die Mark von 1950 heute keine 30 Pfennig mehr wert ist, kommt uns das Thema näher. Denn dieser Kaufkraftverfall bedeutet, daß ein arbeitender Mensch für einen 100-DM-Schein aus dem Jahre 1950 heute nur noch Gegenleistungen im Wert von 30 DM erhält. Das gilt keinesfalls nur für die vergessenen Scheine unter dem Kopfkissen. Auch die kleinen Sparer, deren Guthaben »mit gesetzlicher Kündigungsfrist« den Anschein besonderen Schutzes suggerieren, wurden in den vergangenen Jahrzehnten durch die schleichende Inflation um mehrstellige Milliardenbeträge enteignet. Denn im Gegensatz zu den betuchten Geldanlegern, die sich durch erhöhte Zinsforderungen gegen Inflationsverluste absichern, lag die Verzinsung der normalen Sparguthaben in vielen Jahren unter den Inflationssätzen.

Aber auch aufgrund unserer jüngeren Geschichte hätten wir allen Grund, uns mit Fragen der Geldwertstabilität intensiver zu befassen. Zweimal in diesem Jahrhundert ist unser Geldsystem bereits inflationär zusammengebrochen. Ganze Generationen wurden dabei um die Früchte ihres Fleißes gebracht und Millionen Menschen ins Unglück gestürzt. Niemand sollte glauben, das sich Ähnliches nicht erneut bei uns wiederholen könnte. Und daß es zu solchen Währungszusammenbrüchen keiner Kriege bedarf, erleben wir zur Genüge in aller Welt.

Macht man sich noch einmal die Größenordnungen und die Abläufe der vergangenen Inflationen in Deutschland klar, kann man über die Unbedarftheit der jeweiligen Verantwortlichen nur den Kopf schütteln.

Da hat man nach dem ersten Weltkrieg jahrelang fast wie im Rausch die Notenpressen laufen lassen: Weil die Preise stiegen, brauchte man mehr Geld. Und weil man mehr Geld in Umlauf gab, stiegen die Preise. Am Ende stiegen sie so schnell, daß den Arbeitenden der Lohn bis zu zweimal täglich ausgeteilt wurde, damit sie ihn möglichst rasch, vor dem erneuten Preisanstieg, ausgeben konnten. Zum Stillstand kam dieser Wahnsinn schließlich nur durch den Mangel an Papier bzw. der Unmöglichkeit, die vorhandenen Scheine, Briefmarken und Preisschilder mit immer größeren Zahlen zu bedrucken. Am Ende kosteten normale Briefmarken bereits Milliarden und die gesamte umlaufende Geldmenge lag bei der schier unvorstellbaren Größe von rund 500 Trillionen, also einer 500 mit 18 Nullen!

Genauso hilflos standen die Verantwortlichen wenige Jahre später vor dem selbstverschuldeten Zusammenbruch deflationärer Art. Ganz sicher haben sie inzwischen dazugelernt und eine Wiederholung jener angeführten Hyperinflationen ist sicher nicht zu befürchten. Aber von Stabilität ist man auch in unserem Land noch weit entfernt und nichts deutet bisher darauf hin, daß die heutigen Verantwortlichen sie in den Griff bekommen werden.

Kann man Inflation als Betrug bezeichnen?

Wenn der Tuch- und Baustoffhandel jedes Jahr klammheimlich alle Meterstäbe um einige Zentimeter kürzen würde, wäre das nach einhelliger Auffassung Betrug. Ebenso wenn Veranstalter mehr Eintrittskarten verkaufen als Plätze vorhanden sind. Besonders perfide wäre der Betrug, wenn man das gleiche Tun bei Außenseitern lautstark anprangern würde. Genauso verhalten sich aber unsre Notenbanken: Sie bedrohen alle mit Gefängnis, die mit gefälschten ungedeckten Geldscheinen die Kaufkraft des gesamten Geldes verwässern und machen es selber in unvergleichbaren Größenordnungen! So lag beispielsweise die festgestellten Fälschungen 1987 und 1988 zusammen bei rund 1,1 Millionen Mark. Die Bundesbank selber aber hat in den gleichen Jahren rund 23 Mrd. (!) ungedeckte Mark zusätzlich in Umlauf gegeben, also mehr als 20 000 mal so viel!

Die unglaublich große Übermenge an Zahlungsmitteln, (rund 21 Prozent der umlaufenden Ausgangs-Geldmenge Anfang 1987!) läßt sich anhand der Bundesbankstatistiken leicht nachrechnen: Das Bruttosozialprodukt nahm in den beiden Jahren um 5,3 Prozent zu. Also hätte auch die umlaufende Geldmenge nur um 5,3 Prozent ausgeweitet werden dürfen. In Wirklichkeit jedoch hat die Bundesbank 27 Prozent mehr Geld gedruckt und herausgegeben, also fünfmal soviel wie unter Stabilitätsgesichtspunkten vertretbar war. Auch wenn ein großer Teil dieser überzogenen Geldvermehrung später wieder bei den Bankschaltern eingezahlt wurde, hat die Bundesbank

Inflation –
der größte denkbare Betrug

Zinsen –
die größte denkbare Ausbeutung

Krieg –
das größte denkbare Gewaltverbrechen

mit diesem ungedeckten Geld die Grundlage für die ab 1988 wieder einsetzende Inflation geschaffen.

Die Fragwürdigkleit solcher überzogenen Geldvermehrungen wird weiterhin erkennbar, wenn man feststellen muß, daß sie zu rund zwei Dritteln aus 500- und 1.000-DM-Scheinen bestand. Damit war sie offensichtlich weitgehend spekulativer Natur. Da dieses ganze überschüssige Geld nicht durch wirtschaftliche Leistungen gedeckt war, kann man seine Inumlaufsetzung nur als Betrug einstufen. Der Tatbestand, daß man dieses offizielle »Falschgeld« im Gegensatz zu echten Fälschungen nicht von gedeckten Scheinen unterscheiden kann, macht die Vermehrung noch gefährlicher. Die Bundesbank des Betrugs zu bezichtigen, mag manchen wie eine Blasphemie vorkommen. Aber auch hier kann man sich auf offizielle Äußerungen stützen, z.B. die des früheren US-Notenbankers C. Wallich, der gleichzeitig den Ökonomen einen Denkzettel verpaßte: »Inflation ist immer ein wenigstens teilweise moralisches Problem. Inflation ist eine Form des Betrugs. Mir scheint auch, daß Ökonomen viel dazu beigetragen haben, den Weg für eine Inflation zu bahnen, wie wir sie jetzt haben...«

Nicht weniger deutlich und ebenfalls den moralischen Aspekt ansprechend, hat sich auch der frühere Bundesbankpräsident Ottmar Emminger 1980 geäußert, sich auf seinen Vorgänger Blessing beziehend:

»... stabiles Geld ist eine Voraussetzung für die Aufrechterhaltung einer gesunden Marktwirtschaft und schließlich auch eine moralische Frage: Nur gesundes Geld ist ein ehrliches Geld. Oder wie einer meiner Vorgänger, Herr Blessing, gesagt hat: Inflation ist Betrug am Volk.«

So wie der Krieg das größte denkbare Gewaltverbrechen ist und der Zins die größte denkbare Ausbeutung, so kann man also mit Fug und Recht die Inflation als größten denkbaren Betrug bezeichnen. Verwirrend ist bei diesen drei größten Kapitalverbrechen, daß zwei davon direkt mit Kapital zu tun haben und das dritte – der Krieg – zumindest indirekt. Erschreckend aber ist geradezu der Tatbestand, daß alle Staaten, auch unsere demokratischen, die ansonsten Gewalt, Ausbeutung und Betrug im Kleinen verfolgen, die größten denkbaren Formen dieser Verbrechen immer noch als legitim betrachten.

„Inflation ist immer ein wenigstens teilweise moralisches, über die Ökonomie hinausgehendes Problem. Inflation ist eine Form des Betruges. Mir scheint auch, daß Ökonomen viel dazu beigetragen haben, den Weg für eine Inflation zu bahnen, wie wir sie jetzt haben."

Henry C. Wallich, ein international angesehener Ökonom und sieben Jahre einer der Währungsverantwortlichen der USA, d.h. Mitglied des US Federal Reserve Board, nach seiner Pensionierung.

Können auch die Käufer Inflation auslösen?

Preise werden durch Angebot und Nachfrage bestimmt. Nachfragen kann jede/r nur in Höhe seines Einkommens. Einkommen entstehen durch Leistungen, aus denen wiederum das Angebot resultiert. Gibt jeder sein Einkommen regelmäßig aus (bzw. überläßt er übriges Einkommen leihweise einem anderen), bleibt das Verhältnis zwischen Angebot und Nachfrage stabil: Der Markt wird regelmäßig geräumt, die Beschäftigung bleibt erhalten. Ebenso das allgemeine Preisniveau und damit die Kaufkraft des Geldes. Störungen dieses Gleichgewichts kann es von Seiten der NachfragerInnen nur durch Zurückhalten von Einkommen geben. Die Folgen sind deflationärer Natur. Das heißt, sie führen zu liegenbleibenden Angeboten, zu Arbeitslosigkeit und Preisverfall. Die Behauptung, KäuferInnen könnten durch Beschleunigung der Nachfrage und damit des Geldumlaufs Inflationen auslösen, ist dagegen graue Theorie. Ein beschleunigtes Ausgeben von Geld setzt nämlich beschleunigtes Einnehmen voraus. Schneller verdienen heißt: mehr leisten. Und mit der Mehrleistung steigt das Angebot, so daß das Gleichgewicht wieder gewahrt ist.

Zu einer inflationären Nachfragebeschleunigung kann es nur kommen, wenn ohne Leistungsausweitung die Geldmenge erweitert wird. Dazu aber ist – wie bereits dargelegt – nur die Notenbank in der Lage.

Allerdings können die NachfragerInnen an einer Inflation auslösend beteiligt sein. Dann nämlich, wenn sie vorher Geld aus dem Kreislauf zurückgehalten haben und die Notenbank das fehlende Geld durch zusätzliche Banknoten ersetzt hat. Kommt es dann irgendwann zu einer Enthortung der zurückgehaltenen Bestände, führt das zu einer ungedeckten Übernachfrage mit entsprechenden Folgen für das Preisniveau. Aber auch dieser Preisschub geht auf das Konto der Notenbank, die ja das ungedeckte doppelte Geld herausgegeben bzw. nicht verhindert hat, daß Geld vorher dem Kreislauf entzogen wurde.

Beeinflußen Einzelpreiserhöhungen die Inflation?

Gemessen wird die Inflation an den Veränderungen des Preisniveaus, also dem Durchscnitt aller Preise. Als Maßstab dafür dient im allgemeinen der Preisindex für die privaten Lebenshaltungskosten. Diese werden vom Statistischen Bundesamt ermittelt und in einem »Warenkorb« zusammengefaßt. Durch Vergleiche mit den Vormonats- oder -jahreswerten ergeben sich dann die jeweiligen Inflationsquoten.

Dieses Verfahren ist jedoch deshalb fragwürdig, weil man nicht zwischen geldmengenbedingten Gesamtpreisveränderungen und marktbedingten Einzelpreisveränderungen unterscheidet. Beide werden als Ausgabenerhöhungen registriert. Dabei handelt es sich im Fall der Einzelpreiserhöhungen um keine Ausweitung der gesamten Korbausgaben, da jeder Haushalt sein Geld immer nur einmal ausgeben kann. Machen wir uns das an einem Beispiel klar:

Werden aufgrund einer Mißernte die Kartoffeln teuerer, muß der Haushalt entweder mehr als bisher für Kartoffeln ausgeben, oder weniger Kartoffeln kaufen. Kauft er weniger Kartoffeln, bleibt der Preis des Warenkorbes gleich, jedoch verringert sich die gekaufte Kartoffelmenge. Kauft man die gleiche Kartoffelmenge wie bisher, muß man dafür mehr ausgeben und ist gezwungen, die Nachfrage nach anderen Gütern zu reduzieren. Das heißt, in beiden Fällen bleiben Gesamtausgaben

"Demokratie setzt, wenn sie funktionsfähig bleiben soll, eine stabile Währung voraus."

Fritz Leutwiler, ehem. Präsident der Schweizerischen Nationalbank, 1984

des Haushalts gleich. Es kommt nur zu einer Verlagerung innerhalb der gekauften Mengen. Da jede Reduzierung der Nachfrage wiederum die Preise drückt, pendeln sich die Mengen und die Preise wieder ein.

Dieser Tatbestand wird bei der Ermittlung der Preisniveauveränderungen nicht berücksichtigt. Man geht einfach davon aus, daß die nachgefragten Mengen im Warenkorb trotz der Einzelpreiserhöhung gleich bleiben und die Haushalte insgesamt mehr als vorher ausgeben. Dieses rechnerische Fehlergebnis hat jedoch mit Inflation nichts zu tun. Nur Ausweitungen der Geldmenge können die NachfragerInnen befähigen, ihre Nachfrage ohne Leistungssteigerung auszuweiten bzw. bei steigenden Einzelpreisen die gleiche Gütermenge wie bisher zu kaufen. Ohne diese inflationäre Geldausweitung ist das den BürgerInnen nur durch Leistungssteigerungen möglich.

Wie ist das bei Erhöhung der Löhne oder Erdölpreise?

Solange die Notenbank steigende Preise nicht mit zusätzlichem Geld unterfüttert. ist der Vorgang immer derselbe:

Steigende Benzin- oder Heizölpreise zwingen die Haushalte entweder zu einer Reduzierung ihres Verbrauchs an Erdölprodukten oder zu einer Nachfrageverringerung bei anderen Gütern. Auch hier ergeben sich also nur Mengenkorrekturen innerhalb des Warenkorbes, jedoch keine größere Gesamtnachfrage in Geld gemessen.

Natürlich kann man zum Ausgleich der erhöhten Kosten auch Geld von seinem Sparkonto abheben oder selber einen Kredit aufnehmen. Aber auch das führt zu keiner vergrößerten Gesamtnachfrage. Denn mit der Abhebung vom Sparbuch entzieht man einem bisherigen Kreditnehmer entsprechende Kaufkraft und mit der eigenen Kreditaufnahme übernimmt man die Kaufkraft eines anderen Sparers. An dem gesamten Nachfragepotential verändert sich nichts und damit auch nicht am gesamten Preisniveau.

Bei Lohnerhöhungen muß man unterscheiden zwischen solchen die durch Leistungsanstiege gedeckt sind und solchen die darüber hinausgehen. Mit den leistungsgedeckten wird die Einkommensverteilung zwischen ArbeitnehmerInnen und Arbeitgebern gewahrt. Mit den ungedeckten Lohnforderungen kommt es zu einer Umverteilung der Einkommen zugunsten der ArbeitnehmerInnen. Diese Umverteilungen sind nur in einem begrenzten Umfang möglich. Darüber hinaus führen sie zu Investitionsrückstellungen, Entlassungen und Betriebsschließungen. Gleicht die Notenbank die überhöhten Lohnforderungen durch zusätzliches Geld aus, verteilt sich die ungedeckte Lohnerhöhung dirch inflationäre Kaufkraftverwässerung auf allen Einkommen in der Volkswirtschaft. Auch hier kommt es also nur zu einem Inflationsauftrieb, wenn die Notenbanken die ungedeckten Forderungen durch Geldausweitung unterfüttert.

Können gegebene Inflationsraten durch gleichhohe Lohnanpassungen ausgeglichen werden?

Wenn im Laufe eines Jahres das allgemeine Preisniveau um drei Prozent gestiegen ist und die Löhne um den gleichen Satz angehoben werden, scheint die Welt wieder in Ordnung. Das ist jedoch nur dann der Fall, wenn alle EinkommensbezieherInnen mit einer solchen dreiprozentigen Anpassung zufrieden sind. Fordern jedoch die Geldkapitalbesitzer für ihre Vermögensbestände einen dreiprozentigen Inflationsausgleich, das heißt entsprechend höhere Zinsen, stimmt die Rechnung nicht mehr. Denn ein Zinsanstieg von z.B. sechs auf neuen Prozent, läßt die Zinslasten nicht um drei sondern um 50 Prozent ansteigen. Konkret: Wenn jemand 100.000 Mark zu sechs Prozent Verzinsung geliehen hat, kostet ihn das 6.000 Mark im Jahr. Verlangt der Kreditgeber, zum Ausgleich seines Inflationsverlustes um drei Prozentpunkte erhöhte Zinsen, muß der Kreditnehmer – statt 6.000 Mark – nun 9.000 Mark bezahlen. Das heißt, seine Zinsbelastung steigt um 3.000 Mark = 50 Prozent an. Hat der Kreditnehmer ein Jahreseinkommen von z.B. 60.000 Mark, schlägt die dreiprozentige Inflationsanpassung jedoch nur mit einem Plus von 1.800 Mark zu Buche. Das heißt, sie reicht noch nicht einmal aus, um die erhöhten Zinsen zu bezahlen.

Von dieser Problematik ist jedoch nicht nur der/die BürgerIn betroffen, der/die selber einen Privatkredit aufgenommen hat, sondern jeder. Denn dieser inflationsbedingte überhöhte Zinsauftrieb trifft auch alle Schuldner in der Wirtschaft, die ihre Kreditkosten über die Preise weitergeben. Dieser Tatbestand wird besonders bei den Neubau-Wohnungsmieten deutlich, die rund zu drei Vierteln aus Zinsen bestehen.

Eine Neubauwohnung von 80 qm Wohnfläche kostet heute mindetens 200.000 Mark. Bei sechsprozentiger Verzinsung ergibt sich pro Jahr ein Betrag von 12.000 und pro Monat von 1.000 Mark, alleine für die Verzinsung des eingesetzten Kapitals. Steigen die Hypothekenzinsen auf Grund einer dreiprozentigen Inflation auf neun Prozent an, ergibt sich ein Jahresbetrag von 18.000 und ein Monatsbetrag von 1.500 Mark. Umgerechnet auf die qm-Miete erhöht sich also der Zinsanteil von 12,50 DM auf 18,75 Mark. Zusammen mit den Sachkosten dürfte die qm-Miete von etwa 16,50 auf 23,00 DM ansteigen. Die bekannte Faustregel, daß eine Erhöhung der Hypothekenzinsen um einen Prozentpunkt die Mieten um 10 bis 14 Prozent ansteigen läßt, bestätigt sich hier wieder. Daß als Folge solcher Zinserhöhungen die Mieten für viele unbezahlbar werden und damit das Bauen für den Träger unrentabel, liegt auf der Hand. Ebenso, daß nach solchen Zinsanstiegen der Baumarkt zum Erliegen kommt und – auch nach Zinssenkungen – nur schwer wieder zu beleben ist. Doch statt in solchen Fällen die die Forderungen nach stabilem Geld oder gar nach einer Überprüfung des Zinssystems zu stellen, schimpft man auf die Vermieter oder ruft nach Vater Staat, der doch gefälligst für billigere Wohnungen sorgen soll. Der Staat kann jedoch das Bauen oder Wohnen nur verbilligen, wenn er den BürgerInnen selber wieder über höhere Steuern in die Tasche greift. Die Kapitalverzinsung, mit oder ohne Inflation, bleibt immer garantiert. Ganz gleich ob sie direkt über Zinszuschüsse oder indirekt über Steuernachlässe an die Bauherrn bezahlt wird. ●

Wird fortgesetzt

Anzeige

INFORMATIONEN, STEUERTIPS... FÜR BETRIEBE UND PROJEKTE

Freie Mitarbeit in selbstverwalteten Betrieben

Auch im Alternativbereich gibt es Firmen, die freie MitarbeiterInnen beschäftigen. Oft sind sie sich nicht bewußt, daß das unter Umständen unangenehme Folgen haben kann.

Zuerst sollte ein wesentlicher Grundbegriff geklärt werden:

Wer ist überhaupt ArbeitnehmerIn? Das Gesetz hat darauf folgende Antwort: ArbeitnehmerIn ist der/diejenige, der/die aufgrund eines privatrechlichen Vertrages entgeltliche und fremdbestimmte Dienste für einen anderen leistet. Das gravierenste Merkmal ist das der Fremdbestimmung, denn hier unterscheiden sich »freie MitarbeiterInnen« von ArbeitnehmerInnen. Welcher Status nun tatsächlich vorliegt, ist nur aufgrund von Indizien zu klären. Das wichtigste Indiz ist hierbei der Umfang der Weisungsgebundenheit. Der/diejenige, der/die über Art und Weise ihrer Arbeit sowie über ihre Arbeitszeit nicht frei bestimmen kann, wird kaum als selbständig bezeichnet werden können. Wenn darüber hinaus die Arbeit auch noch organisatorisch in den Betrieb eingegliedert ist und der/die Dienstverpflichtete ihrem Dienstherrn im wesentlichen ihre ganze Arbeitskraft zur Verfügung stellt, so dürfte an der ArbeitnehmerInneneigenschaft nicht zu zweifeln sein.

Vorsicht Falle: Freie Mitarbeit in selbstverwalteten Betrieben

Ein Beispiel: Das freie Schreibbüro Lisa Müller, bestehend nur aus seiner Inhaberin, schließt mit der Firma Meier einen Vertrag, wonach Lisa Müller sich gegen Entgelt zu 30 Stunden Schreibarbeiten pro Woche verpflichtet, die sie innerhalb einer Kernarbeitszeit von 9 bis 16 Uhr täglich an einem Schreibtisch im Betrieb der Firma Meier nach deren Vorgaben und Weisungen im Einzelfall zu erbringen hat. Dieser Vertrag wird über einen längeren Zeitraum hinweg durchgeführt. Lisa Müller ist dann Arbeitnehmerin, selbst wenn sie im Vertrag anders bezeichnet sein sollte und sie ihre Arbeitsleistung als »Selbständige« in Rechnung stellt.

Rechtsfolge: Nachentrichtung von Lohnsteuer und Sozialversicherungsbeiträgen, wenn es bei einer Prüfung auffällt; Anspruch auf bezahlten Urlaub und Anspruch auf Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, auf Bildungsurlaub, Kündigungsschutz etc., wenn Lisa Müller diese Ansprüche geltend macht.

Grundsätzlich sollten bei der Gestaltung eines Arbeitsverhältnisses nicht nur steuerliche Aspekte eine Rolle spielen, sondern auch sozialpolitische und persönliche Überlegungen einbezogen werden, denn: nicht die Bezeichnung der Vertragsparteien ist maßgebend, sondern die tatsächlichen Gegebenheiten!

Eine Mustervereinbarung für freie MitarbeiterInnen bietet unter der **Service-Nr. 1203** das Ökowerk e.V. Fichtenstr. 42 · W-4000 Düsseldorf 1 an.

Aus: öko-maerker Nr. 12/92

Anzeige

Die STATTBAU HAMBURG Stadtentwicklungsgesellschaft m.b.H. begleitet im Spannungsfeld der Stadterneuerung Wohnprojekte und soziokulturelle Initiativen und Einrichtungen. Dazu gehört die Beratung zur Organisation, Finanzierung, Förderung, Gestaltung, Realisierung und Abwicklung ihrer Neu- und Altbauprojekte – mit dem Anspruch innovativer Konzeption und nutzerorientierter Planung.

Als Ergänzung des engagierten Teams, das sich vielseitigen, interessanten und immer wieder neuen Aufgaben stellt, sucht STATTBAU

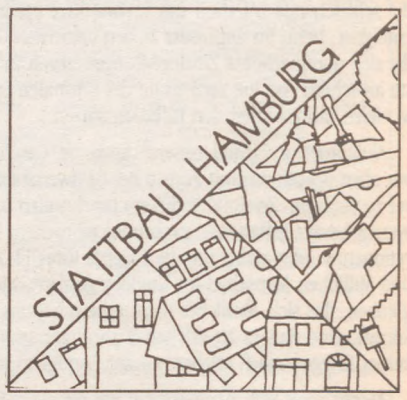
für die Geschäftsführung

eine/n zweite/n Kollegen/in mit Interesse an wohnungswirtschaftlichen Fragen, Kompetenzen im Bereich der Wohnungsbaufinanzierung und Projektmanagement im Rahmen der behutsamen Stadterneuerung.

Gehalt in Anlehnung an BAT II a /Ib

Wenn Sie Interesse haben, über wirtschaftlichen Sachverstand und entsprechende Erfahrungen verfügen und wenn Finanzierungsfragen Ihre Kreativität anregen, bitten wir um die Zusendung aussagefähiger Bewerbungsunterlagen bis zum 11. September 1992.

STATTBAU HAMBURG, Stadtentwicklungsgesellschaft m.b.H., Alternativer Sanierungsträger der Freien und Hansestadt Hamburg, Neuer Kamp 25, W-2000 Hamburg 36, ☎ (0 40) 43 11 22



Steuertip

Private Mitbenutzung eines Computers steuerschädlich

Wird ein Computer für Übungszwecke zu Hause für die berufliche Tätigkeit angeschafft, sind die Aufwendungen steuerlich nicht abziehbar.

Das Finanz-Gericht in Bremen gelangte zu dem Ergebnis, daß aufgrund der privaten Mitbenutzung keine überwiegende berufliche Nutzung vorlag und damit die Kosten steuerlich nicht berücksichtigt werden können.

Aufgrund eines vorhandenen Textverarbeitungsprogrammes wurden vom Steuerzahler sämtliche privaten Schreibarbeiten mit dem Computer erledigt. Daß diese Schreibarbeiten auch gleichzeitig einem beruflichen Übungszweck dienen, kann eine erhebliche private Nutzung nicht überlagern. Somit übergreift das Aufteilungsverbot (§ 12 Ziff. 1 Satz 2 EStG). Auch die Möglichkeit, mit der Programmiersprache Basic zu Hause für den beruflichen Bereich zu trainieren, genügte dem Gericht nicht. Gerade Basic eigne sich für privates Programmieren. Daran änderte auch die Bescheinigung des Arbeitgebers nichts, daß der angeschaffte Computer für die beruflich notwendige Weiterbildung geeignet sei.

Das Gericht stellte auch auf die technischen Merkmale ab. Der Computer arbeite mit dem Betriebsystem CPM, sei nicht IBM-kompitabel, besitze mit 3,0 Zoll eine unübliche Laufwerksgröße und verfüge nicht über die übliche DIN-Tastatur. Vielmehr eigne sich das Gerät nach dem Bedienungshandbuch besonders für Computerspiele. Aufgrund des objektiven Charakters des Computers könne ausgeschlossen werden, daß dieses Gerät überhaupt für einen beruflichen Einsatz in Frage komme. Denn die Erfahrungen und Kenntnisse, die ein/e AnwenderIn an diesem Gerät erwerbe, sind auf Geräte, die inzwischen in den beruflichen bereichen eingesetzt werden, nicht oder nicht ohne weiteres übertragbar.

FG Bremen, rechtskräftiges Urteil v. 28.6.1991, II 187/89 K.

1991 bei Teilzeitbeschäftigten

ArbeitnehmerInnen-Sparzulage

Begünstigte ArbeitnehmerInnen

Zu den begünstigten ArbeitnehmerInnen, für die Leistungen nach dem Vermögensbildungsgesetz erbracht werden können, zählen auch **Teilzeitbeschäftigte**, von deren Arbeitslohn die Lohnsteuer unter Verzicht auf die Vorlage einer Lohnsteuerkarte mit einem festen Pauschalsteuersatz erhoben wird (§40a EStG). Betreffende ArbeitnehmerInnen erhalten aber – wie der übrige anspruchsberechtigte Personenkreis – eine Sparzulage für vermögenswirksame angelegte Leistungen nicht mehr von dem Arbeitgeber im Rahmen der monatlichen Lohnzahlungen, sondern erst nach **Ablauf des Kalenderjahres** in einer Summe **vom Finanzamt ausbezahlt**. Für Teilzeitbeschäftigte ist hierfür seit 1990 ein eigenes Verfahren vorgesehen. Der Arbeitgeber hat besondere Bescheinigungspflichten zu beachten, die Aushilfskraft ein besonderes Antragsverfahren einzuhalten.

Besondere Lohnsteuerbescheinigung

Vereinbaren Arbeitgeber und teilzeitbeschäftigte ArbeitnehmerIn die Anlage von vermögenswirksamen Leistungen, ist im Hinblick darauf, daß bei der **Pauschalbesteuerung keine Lohnsteuerkarte** vorliegt, für die Gewährung einer Sparzulage folgende gesetzlich nicht vorgesehene Bescheinigungsmöglichkeit bestimmt:

Der **Arbeitgeber** hat aufgrund der Eintragungen im Lohnkonto oder entsprechender Aufzeichnungen bei Beendigung des Dienstverhältnisses, spätestens aber nach Ablauf des betreffenden Kalenderjahrs, eine **besondere Lohnsteuerbescheinigung** auszuschreiben. Die Verwaltung hat diese Bescheinigungspflicht, die sich auch nicht aus den Lohnsteuer-Richtlinien ergibt, eigens für Zwecke der ArbeitnehmerInnen-Sparzulage bei Teilzeitbeschäftigten eingeführt (BMF, Schreiben v. 13.11.91, BStBl I S. 985). Dabei hat der Arbeitgeber neben den Angaben zur Person der ArbeitnehmerIn nur die Höhe der zulagenbegünstigten vermögenswirksamen Leistungen zu bescheinigen. Die Bescheinigung ist getrennt voneinander vorzunehmen für:

- vermögenswirksame Leistungen, die mit einer ArbeitnehmerInnensparzulage von 20% begünstigt sind, also für sogenannte Vermögensbeteiligungen (§2 Abs. 1 Nr. 1 bis 3 VermBG),
- vermögenswirksame Leistungen, die mit einer ArbeitnehmerInnen-Sparzulage vo 10% begünstigt sind. In Betracht kommen z.B. Beträge, die zum Wohnungsbau angelegt werden (§2 Abs. 1 Nr. 4 und 5 VermBG).

Die übrigen auf der besonderen Lohnsteuerbescheinigung vorgesehenen Angaben, wie z.B. Höhe des Bruttoarbeitslohns, sind für die Gewährung einer ArbeitnehmerInnen-Sparzulage bei pauschalbesteuerten teilzeitbeschäftigten ArbeitnehmerInnen **nicht auszufüllen**.

Praxishinweis:

Die staatliche Sparzulage kann auch von teilzeitbeschäftigten **Arbeitnehmer-Ehegatten** in Anspruch genommen werden, deren Arbeitslohn vom Arbeitgeber-Ehegatten pauschal versteuert wird. Voraussetzung ist, daß die Gewährung der vermögenswirksamen Leistungen keine Bevorzugung gegenüber fremden Arbeitskräften bedeutet. Es empfiehlt sich deshalb, die Anlage von vermögenswirksamen Leistungen allen Aushilfskräften anzubieten.

Antragsverfahren

Der/Die Teilzeitbeschäftigte hat nach Ablauf des Kalenderjahres beim zuständigen Wohsitzfinanzamt einen **Antrag** auf Auszahlung der Sparzulage zu stellen. Ist für den/die ArbeitnehmerIn ein Antrag auf Lohnsteuer-Jahresausgleich durchzuführen, weil z.B. der Arbeitslohn aus seinem ersten Dienstverhältnis nach Maßgabe der Lohnsteuerkarte versteuert wird, oder hat das Finanzamt eine Einkommensteuer-Veranlagung vorzunehmen, weil der Ehegatte Einkünfte aus einem Gewerbebetrieb bezieht, ist als amtlicher Vordruck der **Antrag auf Lohnsteuer-Jahresausgleich** bzw. die **Einkommensteuer-Erklärung** vorgeschrieben, denen der/die ArbeitnehmerIn die von dem Arbeitgeber ausgestellte besondere Lohnsteuerbescheinigung beizufügen hat. Die Auszahlung der Sparzulage erfolgt über den Lohnsteuer-Jahresausgleich oder die Einkommensteuerfestsetzung. Ein gesondertes Antragsverfahren ist nicht erforderlich.

Praxishinweis:

Der Antrag auf Lohnsteuer-Jahresausgleich kann nur zu einer Erstattung zuvielbezahlter Steuerabzugsbeträge führen. Ist die Jahreslohnsteuer größer als die vom Arbeitgeber einbehaltenen monatlichen Lohnsteuerbeträge, ist eine Nachforderung des Unterschiedsbetrags nicht zulässig (§41c EStG). Das Finanzamt darf eine Verrechnung mit etwaiger im Lohnsteuer-Jahresausgleich zu erstattender Sparzulage nicht vornehmen. Es kann die Lohn- und Kirchensteuerfehlbeträge nicht nacherheben und hat die Sparzulage der ArbeitnehmerIn ungekürzt auszubezahlen.

Kommt für den Teilzeitbeschäftigten weder ein Lohnsteuer-Jahresausgleich noch eine Einkommensteuer-Veranlagung in Betracht (sog. Nur-Fälle), ist für die Sparzulage ein **eigener amtlicher Vordruck** vorgesehen, der »Antrag auf Festsetzung der Arbeitnehmer-Sparzulage«, der unter Bezeichnung VermB 1 bei den Finanzämtern erhältlich ist. Die Angaben beschränken sich bei den sogenannten Nur-Fällen auf die für die Festsetzung der Sparzulage erforderlichen.

Schließlich sollte beachtet werden, daß die Gewährung einer Sparzulage **fristgebunden** ist. Nur wenn der Antrag spätestens bis zum **Ablauf des zweiten Kalenderjahrs** gestellt wird, das auf das Kalenderjahr folgt, in dem die vermögenswirksamen Leistungen angelegt worden sind, wird das Finanzamt die Sparzulage unter den übrigen Voraussetzungen überweisen.

Praxishinweis:

Dieses besondere Bescheinigungs- und Antragsverfahren ist in gleicher Weise für die Gewährung einer Sparzulage bei **beschränkt steurpflichtigen ArbeitnehmerInnen** zu beachten. Da bei diesem Personenkreis die Einkommensteuer für den Arbeitslohn durch den Lohnsteuerabzug als abgegolten gilt (§50 Abs. 5 EStG), also ein Lohnsteuer-Jahresausgleich oder eine Einkommensteuerveranlagung nicht durchfgeführt wird, ist auch hier die Sparzulage durch das genannte gesonderte Antragsverfahren geltend zu machen. Die Abgeltungswirkung hat gleichzeitig einen häufig nicht beachteten Vorteil. Beschränkt Steuerpflichtige können unabhängig von der Höhe des Jahresverdienstes eine Sparzulage erhalten.

Arbeit & Gesundheit

Wichtige Infoblätter

Die Informationsstelle Arbeit und Gesundheit in Hamburg gibt seit Herbst 1991 mit wechselnden Partnern (einmal war es der DGB, ein anderes Mal die DAG) die »Informationen zu Arbeit & Gesundheit« heraus.

Das erste Infoblatt erschien im Oktober 1991 zum Thema: »Pflanzliche Öle: Schonende Reinigungsmittel im Offsetdruck.« Es werden die Vorteile vom Einsatz pflanzlicher Öle bei der Reinigung von Gummitüchern in Offset-Druckmaschinen dargelegt. Herstellernamen und Vertriebsadressen bietet der/dem LeserIn die Chance, sich weiteres Informationsmaterial zu besorgen. Ein wichtiges Blatt für jede/n DruckerIn.

Die zweite Information erschien im Dezember 1991 und beschäftigt sich mit Gesundheitsgefahren durch Ozon aus Laserdruckern. Es wird für die/den NormalbürgerIn nachvollziehbar und verständlich beschrieben, was Ozon ist, wie es in der Luft mit anderen Stoffen reagiert, ob und wann es gesundheitsschädlich sein kann. Praktische Tips für den betrieblichen Alltag mit entsprechenden Paragraphenhinweisen aus der Gefahrstoff- und Arbeitsstättenverordnung sind für die eigene Aktivität eine prima Hilfe. Darüber hinaus hat die Infostelle eine Herstellerbefragung von Laserdruckern gemacht und die Ergebnisse in praktische Tips umgemünzt. Super gut!

Bestelladresse:
Informationsstelle Arbeit & Gesundheit
Schanzenstr. 75
W-2000 Hamburg 36
☎ (0 40) 439 28 58
Aus: BILAG-Brief Nr. 28/92, Berlin

Beschäftigungsinitiativen:
Gesamtbayerisches Nachschlagewerk

Lokale Beschäftigungsinitiativen in Bayern

Die Integration von Menschen mit besonderen Vermittlungsproblemen in den allgemeinen Arbeitsmarkt stellt eine arbeitsmarktpolitische Herausforderung dar. Ältere Arbeitslose, Menschen mit gesundheitlicher Beeinträchtigung, Behinderte, AusländerInnen, Frauen und vor allem Arbeitslose ohne berufliche Qualifikation werden oftmals dauerhaft aus dem allgemeinen Arbeitsmarkt ausgegrenzt.

Im Frühjahr 1991 veröffentlichte das IBPRO einen Katalog der nordbayerischen Beschäftigungsinitiativen, der große Resonanz fand und rasch vergriffen war. In der zweiten Auflage sind nun auch die südbayerischen Projekte dokumentiert, so daß ein »gesamtbayerisches Nachschlagewerk« in Form eines Ringbuches vorliegt.

Die Daten der nordbayerischen Initiativen wurden aktualisiert, alle Beschreibungen sind damit auf dem Stand von Januar 1992.

»Wir möchten TrägerInnen, ZuschußgeberInnen und Projektverantwortlichen Anregungen für die Praxis liefern und damit zur Weiterentwicklung eines wichtigen Teilbereiches der Arbeitsmarktpolitik beitragen.«

Bezugsanschrift:
Institut für Beratung und Projektentwicklung
Kaulbachstr. 85/III. · W-8000 München 40
Kosten: 20,– DM & Porto und Versandkosten

Anzeige

ökowerk

Unser Konzept für Ihre Altersversorgung

★ Wir kümmern uns um Ihre Rente!
★ Wir versichern Sie gegen Berufsunfähigkeit!
★ Wir informieren Sie regelmäßig über wichtige Änderungen im betrieblichen Bereich!

Öko-Versorgungswerk
Fichtenstr. 42 • 4000 D'dorf 1 • 0211 – 9737151
e.V. Interessengemeinschaft ökologisch orientierter Betriebe und Selbständiger

SEMINARHINWEISE

Altersversorgung – ein Problem ?

Der Theoriearbeitskreis Alternative Ökonomie (TAK AÖ) organisiert vom 23. bis 25.10.92 ein Wochenendseminar zur Altersversorgung im Tagungshaus Bessunger Forst bei Darmstadt. Neben der Auseinandersetzung mit den Möglichkeiten und Grenzen der gesetzlichen Altersversorgung geht es in einem zweiten Schwerpunkt um verschiedene schon vorhandene Ansätze einer zusätzlichen Altersversorung u.a. über die verschiedenen Versorgungswerke (NETZ-Versorgungswerk, Ökowerk etc.). Der Ausblick dreht sich um Zukunftsüberlegungen und Utopien. Auch die Möglichkeit der Nutzung von Versicherungsbeiträgen als Finanzierungsinstrument wird dabei diskutiert. Tagsüber soll die Thematik vorwiegend »politisch« angegangen werden. Abends kann als »praktische Hilfe« auf Wunsch per Computer der momentane Rentenstand jedes/r einzelnen TeilnehmerIn ausgerechnet werden. Genauere Informationen (oder Anmeldungen): Helmut Schwarz (KRESCH), Deutschhausstr. 30, 3550 Marburg.

Wie organisiere ich einen (alternativen) Verband?

Arbeitsgemeinschaften, Branchenverbände und regionale Zusammenschlüsse von Betrieben und Projekten aus dem Selbstverwaltungssektor gibt es mittlerweile viele. Nur wie solche Zusammenschlüsse auf Dauer mit Leben zu füllen sind, darüber existiert oft wenig Wissen. Wie gewinne ich neue Mitglieder? Welchen Zweck verfolgt der Verband langfristig? Werden besondere Dienstleistungen für die Mitglieder angeboten? Was ist bei einer Mitgliederversammlung zu beachten? Gibt es besondere Möglichkeiten der Mitgliederaktivierung und -partizipation? Wie mache ich das Ganze effizient und vermeide einen »Wasserkopf«? Diese und andere Fragen sind Gegenstand eines Seminars, das in Form eines Planspiels vom 15. Oktober 18.00 Uhr bis 16. Oktober 20.00 Uhr in einem Tagungshaus in Gelsenkirchen durchgeführt wird. Genauere Informationen sind erhältlich beim NETZ für Selbstverwaltung und Selbstorganisation, Huckarder Str. 12, 4600 Dortmund 1.

JOBS

Wir, eine Fachwerkstatt für die Restaurierung von Möbeln und Holzobjekten, suchen Menschen für Praktikumsstelle. Voraussetzungen sind fundierte Kenntnisse der Holzbearbeitung (z.B. GesellInnenbrief) und Bereitschaft zur Arbeit im Team.
Nur persönliche Bewerbungen sind sinnvoll.
Antikwerkstatt Berlin
☎ (0 30) 615 11 46

Selbstverwalteter Betrieb – (Einheitsgehalt 2.200 DM netto, 13,5 Monatsgehälter, 30 Tage Urlaub) sucht MitarbeiterIn für Bestelleingabe, Datenbankverwaltung (mit IBM 36) sowie sonstige Aufgaben (Arbeitsplatzstruktur nach gemeinsamer Absprache möglich). Schriftliche Bewerbung an:
SOVA, Sozialistische Verlagsauslieferung
Franziusstr. 44
W-6000 Frankfurt/Main
☎ (0 69) 49 07 59

Wir, eine selbstverwaltete Spedition, suchen Menschen mit betriebswirtschaftlichen Fähigkeiten, der selbständiges Arbeiten gewohnt ist. Deine Aufgaben:
- ○ Buchhaltung (Lohn und Finanz)
- ○ Bilanzierung
- ○ Budgetplanung
- ○ Steuerung der Mittel
- ○ Betriebswirtschaftliche Auswertungen

ASH Umzüge, Internationale Spedition, Betrieb in Selbstverwaltung
Verbindungskanal Linkes Ufer 20
W-6800 Mannheim 1
☎ (06 21) 2 89 74

JOBSUCHE

Frau, 41 J., sucht Lern- und Arbeitsmöglichkeit im fotografischen Bereich. Biete: kauffr. Ausbildung, handwerkliches Geschick, Kreativität, Buchhandelsausbildung, Organisationstalent.
Chiffre: vielseitig

Lehrstelle im Bereich Grafik, Satz Druck gesucht. Am liebsten mit Schwerpunkt auf Kunst, Plakate, Zeitungen. Ich bin männlich, 23 Jahre alt, evtl. umschulungsberechtigt, habe Erfahrungen mit Kollektiven, WG's, Literatur und Druck.
Thomas Nöske
Vorderdorfstr. 20
W-3407 Gleichen 4
☎ (0 55 08) 17 16

JOBS

Wir sind ein unabhängiger Verein, der meist in den eigenen Räumen kulturelle Veranstaltungen aller Art anbietet, und suchen

hauptamtlich angestellte KULTURARBEITENDE

Wir können bieten:
Eigenständiges Arbeiten, hierarchiefreie Struktur, ungewöhnliche Arbeitszeiten, Hilfe bei der Wohnungssuche

Wir erwarten Erfahrung in der organisatorischen, veranstaltungstechnischen und wirtschaftlichen Abwicklung von kulturellen Veranstaltungen sowie die Bereitschaft, mit unseren demokratischen Strukturen zusammenzuarbeiten. Wichtig sind auch Grundkenntnisse in der EDV, ein Führerschein der Klasse 3 und Englischkenntnisse.
Richte bitte übliche Bewerbungsunterlagen an: Club Vaudeville e.V., Motzacher Weg 24, Postfach 1170, 8990 Lindau/Bodensee

PROJEKTE

Für den Aufbau eines Projektes (Landwirtschaft-Kultur-Café), suchen wir MitarbeiterInnen mit Lust auf Engagement auch im kulturellen, sowie ein Gebäude zu pachten. Bevorzugt süddt. Raum!
Mathilde Enderle
Lange Str. 36
W-7440 Nürtingen 7
☎ (0 70 22) 5 54 98 o. 3 36 67

Wir (w28, m 2 1/2, m 37) sind auf der Suche nach einer offenen Lebens- und Arbeitsgemeinschaft bzw. einem entsprechendem Projekt (auch im Aufbau oder Leute, die sowas gründen wollen), wo wir uns unseren Vorstellungen von weitgehender gesellschaftlicher Unabhängigkeit annähern können. Es sollte Raum für künstlerisch-handwerkliche und »kulturelle« Aktivitäten nicht ausschließen; da wir jedoch großen Wert auf Selbstversorgung legen, sollte es landwirtschaftlich orientiert sein. Wir bringen mit: Große Einsatz-, Arbeits- und Lernbereitschaft u. etwas Geld.
Ingrid Pabst
Harald Kühn
Löweneckstr. 3
W-8419 Nittendorf/Penk
☎ (0 94 04) 25 15

PROJEKTE

Kommune – eine Perspektive für Frauen/Lesben – wir denken ja!
Wir (40 Erwachsene, 12 Kinder), ein gemischtes Projekt in der Nähe von Kassel, suchen Frauen/Lesben (gerne auch Gruppen oder Kollektive), die mit uns gemeinsam leben und arbeiten wollen. Unsere Grundprinzipien sind: – gemeinsame Ökonomie, – Konsensprinzip als gemeinsame Entscheidungsform, – linkspolitische Arbeit, – gemeinsame Verantwortung für Kinder, – Abbau geschlechtsspezifischer Machtstrukturen.
Einige Arbeitsbereiche (kollektive Strukturen) wollen sich vergrößern; neue sind erwünscht. Folgende bestehen schon und bieten ökologisch/ökonomisch vertretbare Dienstleistungen an: – Näh- und Lederwerkstatt, – Bau/Schlosserei/Planung, – Schreinerei, – Ernährung, – Kinder, – Tagungshaus, – Landwirtschaft, – Vieh, – Verwaltung.
Info gegen 5 DM in Briefmarken bei:
Kommune Niederkaufungen
– Frauen –
Kirchweg 1
W-3504 Kaufungen

Plutot la vie!
Wir beide, w/m, 26/33 J., suchen Menschen, die mit uns ein Tagungshausprojekt aufbauen wollen u. die mit uns dem herrschenden System entgegenleben wollen. Unser Ziel ist ein politisch ernstzunehmendes Projekt, das sich je nach Phantasie u. Kraft in verschied. Bereiche ausdehnen soll. Wenn also Eure Ideen zu einer Lebensgemeinschaft über Vollkornvöllerei im Gemeinschaftstopf u. gemeinsame Ausflüge in die esoterische Geisteswelt hinausgehen u. Ihr nicht erwartet, daß wir die Traumhütte schon hingestellt haben, dann seid Ihr die Menschen, die sich zwecks baldigen Kennenlernens schnell bei uns melden sollten. Schreibt kurz, wir antworten Euch allen. (Lebensläufe und Lichtbilder werden grundsätzlich abgelehnt!)
Chiffre: Plutot la vie!

Das Ökodorfprojekt »Selbstversorgung als Selbstbestimmung« steht nach mehrjähriger Vorbereitung jetzt in ersten Verhandlungen an möglichen Standorten. Je näher wir einer Realisierung kommen, desto dringender brauchen wir Unterstützung und MitarbeiterInnen vor allem bei Recht und Finanzen, aber auch alle anderen Bereiche der Projektplanung. Liebe Fachidioten, meldet Euch!
Freundeskreis ökologisches Dorf
Postfach 10 30 07
W-6900 Heidelberg 1

Wir möchten ein alternatives Musik-Kneip-Brotzeit-Biergarten-Café-Projekt im Rottal gründen. Pacht 1000,– DM, Wohnung vorhanden.
Ch. Rau/Stockham 2
W-8349 Johanniskirchen
☎ (0 85 64) 16 94
Gesucht 3-4 Leute mit Kneipenerfahrung wünschenswert.

Soeben erschienen
ERBIL KURT
Das Jahr der Lüge
Prinzipien und Methoden staatlicher Medienbeeinflussung in der VR China während der Demonstrationen 1989
ISBN 3-86071-218-7
52 Seiten. Preis DM 9,80

Radio von unten
Das alternative Medienmagazin
48 Seiten monatlich
Probeexemplar DM 5,–
Jahresabo DM 49,–

Verlag Rainer Pinkau
Weender Straße 30 3400 Göttingen 1

Rote Hilfe 3/92

Themen: *Antifaschist zu lebenslanger Haft verurteilt; Staatsschutzniederlage im Iren-Prozeß; Günter Sonnenberg nach 15 Jahren raus aus dem Knast; München, Mannheim, Sevilla: Eurocops drehen ab; "Finaler Rettungsschuß" in Thüringen, Ergebnisse der Bundesmitgliederversammlung der Roten Hilfe;...*

Die Rote Hilfe-Zeitung gibt es für 2,- DM in vielen Buch- und Infoläden oder gegen 3,- DM in Briefmarken bei u.a. Adresse. Das Abonnement kostet 15,- DM für 4 Ausgaben.

Rote Hilfe e.V.
Postfach 6444
23 Kiel 14

SONSTIGES

Grünanlage! Wir möchten über die Möglichkeiten von sauberen Geldanlagen informieren. Bitte schreibt an: Freundeskreis Ökologisches Investment e.V., Kennwort CONTRASTE, Kirchfeldstr. 11, W-4000 Düsseldorf 1.

VERKÄUFE

Naturkost-Naturwarengeschäft, 400 qm, gut eingeführt, wg. Kollektivauflösung sehr günstig zu verkaufen: ca. 80.000,– DM für Ware & Inventar. Ort: Leverkusen.
☎ (0 21 71) 4 74 05

Unser seit 10 Jahren bestens eingeführter **Naturkostladen** in sehr guter Lage in lebendigem Altbauviertel Hannovers ist aus privaten Gründen zu verkaufen. Fester, sympathischer Kundenstamm. BNN-Mitglied. Existenz für 2-3 Leute
Chiffre: Sesam

KNAST

Wer schenkt Inhaftierten Musik-Kassetten? Elvis Presley, Kleidermann, Rondo Veniziano, Wagner, Händel, Chopin, Bach – auch verjazzt, Dixieland, Rock & Pop u. Klassik v. Peter Hoffmann, Rock & Pop von Philharmonieorchestern gespielt.
Chiffre: Musik in den Knast

ALTERNATIVE ÖKONOMIE

InteressentInnenkreis Heidelberg und Umkreis für »Natürliche Wirtschaftsordnung« (NWO), gängige Literatur und kleines Antiquariat vorhanden.
Anfragen an:
Infodienst für NWO
☎ (0 62 23) 31 80

JOBSUCHE

Düsseldorf (+ 50km Umgeb.) selbst. Dachdecker (1-Mann-Betrieb) sucht Mitarbeit in Holzbau-, Altbau- o. Dachdeckerfirma/Kollektiv. Werkstatt, Kundenstamm vorhanden. Angebote bitte an: U. Krebs, ☎ (02 11) 15 22 67

Größte Dürrekatastrophe dieses Jahrhunderts im südlichen Afrika

Deshalb unterstützen wir unsere ProjektpartnerInnen in Zimbabwe

- ★ **kurzfristig mit Lebensmitteln, die in der Region gekauft und von Ihnen selbst verteilt werden;**
- ★ **mittel- und langfristig duch die Förderung traditioneller Landwirtschaft und den Aufbau alternativer Einkommensquellen**

DAZU BRAUCHEN WIR DRINGEND IHRE SPENDE!
Kennwort: Dürre
Weitere Informationen bei

ASW
Aktionsgemeinschaft Solidarische Welt e.V.
Hedemannstr. 14, 1000 Berlin 61
BfG Berlin, BLZ 100 101 11,
Konto 555

KLEINANZEIGEN

Ausfüllen: Den Text gut lesbar eintragen (38 Anschläge/Zeichen ergeben eine Satzzeile)
Kosten: Privat bis zu 5 Zeilen 5 DM (jede weitere Zeile 1 DM)
Gewerblich bis zu 5 Zeilen 30 DM (jede weitere Zeile 5 DM)
Private Stellengesuche sind kostenlos!
Chiffregebühren: 9 DM
Bezahlt werden kann mit Scheck, Geldscheinen, nicht mit Briefmarken und nicht mit Bankeinzug. Im voraus muß allerdings immer das Geld hier sein. Quittungen nur bei ausreichend frankiertem Rückumschlag.
Aufträge ohne Geld & Absender landen ausnahmslos im Papierkorb!
Ausnahme: Bestellwert ab 50 DM.
Da gibt's nämlich ne Rechnung.
Termin: jeweils zum 15. des Monats

Einsenden an:
CONTRASTE e.V.
Postfach 10 45 20, 6900 Heidelberg 1

SCHNIPSEL

Wir haben das komplette Lieferprogramm!

Schreibwaren und Geschenkartikel aus vup-Umweltschutzpapier.

Briefumschläge - Versandtaschen - Briefpapier - selbstklebende Etiketten - Computerpapier - Schreibunterlagen - Papiertragetaschen - Schreibgeräte - Kalender - Formulardrucke - Geschenkpapier - . . . und vieles mehr

Katalog anfordern (3.- DM in Briefmarken) und staunen!

blätterwald e.G.
Vertrieb von umweltfreundlichen Produkten
Groß- und Einzelhandel

blätterwald

Weilstr. 2
6292 Weilmünster
☎ (06472) 70 31-34
Fax: (06472) 27 98

★ Das Hüttendorf lebt ★

Hüttendorf gegen Daimler Bonz-Teststrecke in Papenburg besteht seit über einem Jahr und braucht dringend:

Werkzeuge, Holz, Fahrräder, Geschirr, Naturalien, Musikinstrumente, Geld, Handtücher, Menschen,... einfach alles was zum Leben nötig ist. Mit Eurer Unterstützung können wir es schaffen! Keine Teststrecke nirgendwo.

Kontakt: Initiative gegen Daimler, Heringstr. 4, 2980 Norden, Tel. 04931/167077

Spenden: Achim Riemann - Sonderkonto - 2970 Emden: Kt.-Nr. 586 123 308; Postgiroamt Hannover

DIE BRÜCKE

NACHRICHTEN ● MEINUNGEN ● KULTUR
FÜR GLEICHBERECHTIGUNG UND VÖLKERVERSTÄNDIGUNG

DISKUSSIONSFORUM

DIE BRÜCKE erscheint seit zehn Jahren regelmäßig zweimonatlich. Inhaltliche Schwerpunkte sind: das schwierige Verhältnis des Deutschtums zu seinen eingewanderten Minderheiten, der Umgang mit Menschenrechten in Europa, Themen des alltäglichen und strukturellen Rassismus und Ethnozentrismus sowie Bereiche interkultureller Begegnung. Sie bietet in einem kommentierten Nachrichtenteil und einer umfassenden Medienschau einen Überblick über die aktuelle Diskussion.

DIE BRÜCKE entwickelt und verändert sich mit den Interessen ihrer Leserschaft. Sie verharrt nicht, sondern mischt sich in die Mehrheitsgesellschaft ein. Unbequemlichkeit bei der Meinungsäußerung und Streitkultur sind ihre Grundelemente. Die Redaktion sieht darin auch ihre politische Aufgabe und versucht, die Diskussion mit Herausgabe von themenspezifischen Sonderbänden zu vertiefen. Zum Beispiel der

SONDERBAND

ISLAM IM ABENDLAND

Bilden die 30 Millionen Muslime in Westeuropa den Brückenkopf eines Islam, der heute von Süden her die Industrienationen bedroht wie kürzlich noch von Osten der Kommunismus? Was wird hier mit dieser fremden Religion »eingeschleppt«, von welchen Menschen, mit welchen Absichten? Wie wird ihnen durch die Mehrheitsgesellschaft begegnet? **DIE BRÜCKE** greift die Thematik in einem Sonderband auf, um zu einer differenzierten Auseinandersetzung mit dem Konfliktfeld »ISLAM IM ABENDLAND« beizutragen.

160 S. ● 14,— DM im Buchhandel ● ISBN 3-925134-06-9 (für AbonnentInnen der Zeitschrift DIE BRÜCKE 10,— DM zzgl. Porto. 30% Ermäßigung bei Bestellungen von mehr als drei Exemplaren.)

Bestellungen: **DIE BRÜCKE e.V.**
Riottestr. 16, 6600 Saarbrücken, Tel. 0681/390 58 50
Fax 0681/81 72 29

Die Zeitschrift **DIE BRÜCKE** befindet sich im zehnten Jahr ihres Bestehens. Kostenloses Probeheft anfordern!

IMPRESSUM

CONTRASTE
Monatszeitung für Selbstverwaltung
erscheint 11mal im Jahr.
ISSN 0178-5737
Herausgeber ist CONTRASTE,
Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie e.V.
Postfach 10 45 20
6900 Heidelberg 1
☎ (06221) 16 24 67
CONTRASTE wird von ca. 40 MacherInnen geschrieben, zusammengestellt, redigiert, gesetzt, gedruckt... und was alles zum Herausgeben dazugehört.

Die Informationen fliessen zusammen über die Regional- und Fachredaktionen. Endredaktion, Herstellung, Vertrieb und Anzeigenverwaltung erfolgt über CONTRASTE in Heidelberg.

Wer einen Beitrag in CONTRASTE veröffentlichen will, schickt ihn an die Heidelberger Endredaktion.

In Heidelberg sitzt die Stammbelegschaft, während in den Regional- und Fachredaktionen ausschließlich ehrenamtliche Leute am Werke sind.

Vertriebs-, Abonnenten- oder sonstige Beschwerden bitte auch in Heidelberg vorbringen.

Alle an einer aktiven Mitarbeit Interessierten können dies im Heidelberger Büro kundtun und erhalten dann regelmäßig die internen Redaktionsrundbriefe und Einladungen zu den viermal jährlich stattfindenden Redaktionstreffen.

Redaktionen :
1000 Berlin 36, Helmut Bonn, Sebastianstr. 87, ☎ (030) 615 15 64; 2802 Ottersberg, Redaktion Bremen, Götz Paschen, Lange Str. 13b; 3400 Göttingen, Thomas Hardwig, Leinestr. 29, ☎ (0551) 770 40 26; 6900 Heidelberg 1, Postfach 10 45 20, ☎(06221) 18 34 02; 7053 Stetten, Redaktion Südwest, Andreas Küstermann, Mercedesstr. 5, ☎ (07151) 4 55 25 o. 4 15 76, Fax: 47536; 8500 Nürnberg, Kurt Regenauer, Imhoffstr. 22, ☎ (0911) 26 77 68; O-4500 Dessau, Peter Schneider, Kurt-Weill-Str. 31, ☎ (0340) 37 93 (auch Fax); O-8060 Dresden, Rothenburger Str. 43, ☎ (0351) 57 09 14; Niederlande, 1019AT Amsterdam, Waldemar Schindowski, ID-Archiv, ISSG, Cruquisweg 31, ☎ (003120) 668 58 66
Fachredaktionen :
Autonome Frauenseite: 1000 Berlin 44, REA, Ricarda Buch, Hermannstr. 229, ☎ (030) 621 88 62 · Fax: (030) 621 86 40; Alternative Energie/Technik: 1000 Berlin 36, Wuseltronik, Christian Sauer, Paul-Lincke-Ufer 41, ☎ (030) 618 50 71 · Fax (030) 618 50 75; Grafische Betriebe: 1000 Berlin 36, Constantin Bartning, Paul-Lincke-Ufer 44a, ☎ (030) 611 68 03; Kultur: 7400 Tübingen, Eckhard Holler, Herrenbergstr.15, ☎ (07071) 4 33 41; Genossenschaften, Ökobank: 7800 Freiburg, Burghard Flieger, Erwinstr. 29, ☎ (0761) 70 90 23; Sozialpolitik: 8000 München 2, AG SPAK, Heinz Schulze, Adlzreiterstr. 23, ☎ (089) 77 40 77; Kommunen: 6445 Alheim-Oberellenbach, Riedmühle e.V., Oberer Erlenbach 9, ☎ (05664) 70 28; Naturkost: 4500 Osnabrück, Herrmann Cropp, Postfach 1641, ☎ (05402) 73 73; Selbstorganisierte Lebensgemeinschaften: 1000 Berlin 19, Elisabeth Voß, Friedbergstr. 1, ☎ (030) 323 75 10
V.I.S.D.P.: Dieter Poschen, über CONTRASTE e.V., Gaisbergstr. 97, 6900 Heidelberg. Für Beiträge, die mit vollem Namen gekennzeichnet sind, übernimmt der/die Autor/in die Verantwortung.
Eigenverlag; alle Nachdruckrechte bei CONTRASTE e.V., Heidelberg
Anzeigenverwaltung: Dieter Poschen, c/o CONTRASTE e.V., ☎(06221) 18 34 02; Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 2/86
Herstellung:
Zündsatz GbR, Gaisbergstr. 97, 6900 Heidelberg 1;
Satz: Ganzseitenumbruch auf TEXTLINE-PDP 5.0
Ausgabe: Monotype-Lasercomp
Druck: Caro-Druck, Mainzer Landstr. 147, 6000 Ffm 1

Endredaktion:

☎ (06221) 18 34 02

Vertrieb:

☎ (06221) 16 24 67

Telefax:

☎ (06221) 16 44 89

ALTERNATIVE ÖKONOMIE

SCHREINEREIEN

Schreinereientreffen vom 18.-20. September 1992 in der Schreinerei der Kommune Niederkaufungen.
Thema ist die Ethik von Werkstoffen, die in unserem Arbeitsalltag auftauchen. Ein Arbeitspapier wird nach Anmeldung zugesandt.
Verbindliche Anmeldung sofort an:
Schreinerei i.d. Kommune
c/o viona
Kirchweg 1
W-3504 Niederkaufungen

BERLIN

Buchführung für Vereine und Initiativen
Kompaktseminar für alle, die ihre Zettelwirtschaft leid sind: insbes. Einnahme-Überschußrechng., korrekte Verbuchung, Erstellen von Verwendungsnachweisen, praktikable EDV, praktische Übungen.
Termine: 31.10. u. 1.11.1992 und 22., 23.11.1992
Kosten: 130 DM (110 DM) o.Ü. (Vermittlung von Schlafplätzen mögl.)
Information und Anmeldung:
Online e.V.
Michael Vossen
Torfstr. 21
W-1000 Berlin 65
☎ (0 30) 453 76 43

WESTERWALD

Bildungsurlaub im Westerwald
Computer für Fortgeschrittene
5. bis 9.10.92, 880 DM
Computer-Grundlagen-Kurs für Frauen
19. bis 23.10.92, 720 DM
Streßbewältigung im Beruf
9. bis 13.11.92, 560 DM
Rhetorik und Argumentationstechnik
7.12. bis 11.12.92, 590 DM
Alle Kurse mit begleitender Kinderbetreuung!
Anmeldung & Information:
Soziokulturelles Zentrum
Haus Felsenkeller
Heimstr. 4
W-5230 Altenkirchen
☎ (0 26 81) 38 70 u. 60 01

FRANKFURT

WAS TUN? Teil 4:
Verhandlungen führen
In diesem Seminar werden die einzelnen Fähigkeiten überprüft, Verhandlungen zu führen, Konflikte einzuschätzen, neue Instrumente und Prinzipien direkt angewendet. Zum Teil Video-gestützt.
Termin: 24. bis 25.9.92
Gebühr: 230 DM ohne Ü&V
WAS TUN? Teil 1:
Kollektives Management
Das kennt jede(r): Mit tollen Ideen setzt Mensch sich zusammen und gründet was. Doch schon wird's schwierig: doppelt erledigte Arbeiten – endlose Palaver – nicht beachtete Beschlüsse – einige werden »Macher/innen«... Hilfe! Teamfähigkeit kann man verbessern: anhand konkreter Aufgaben erarbeitet dieses Seminar effektivere Team-Methoden in der gleichberechtigten Gruppe.
Termin: 4. bis 6.12.92
Gebühr: 230 DM ohne Ü&V
Weitere Seminare z. T. nach Vereinbarung
Information:
ISO · Kasseler Str. 1a
W-6000 Frankfurt/Main 90
☎ (0 69) 70 57 74

WUPPERTAL

Zahlungsverkehr und Kreditfinanzierung
Termin: 17.9.92
Grundlagen doppelter Buchführung
Termin: 25. bis 27.9.92
Führungsinstrumente für das Finanzmanagement in freigemeinnützigen Körperschaften
Termin: 12. bis 13.10.92
Personalführung im sozialen Bereich
Termin: 14. bis 16.9.92, 1. Teil
Gehälter berechnen nach dem BAT
Termin: 2. bis 4.10.92
Arbeitsverträge gestalten
Termin: 6.10.92
Sozialer Wandel in Organisationen
26. bis 30.10.1992
Öffentlichkeitsarbeit: »Das hat mich überzeugt«, Verhandlungsstrategien
Termin: 14. bis 18.9.92
Öffentlichkeitsarbeit: Desktop Publishing
Termin: 10.10.92
Öffentlichkeitsarbeit: »Endlich mal ne gute Sitzung«, Konfrenz- und Sitzungsleitung
Termin: 16. bis 18.11.92
Öffentlichkeitsarbeit: »Wir gehen selbst auf Sendung«
Termin: 21. bis 25.9.92
wie oben, Aufbauseminar
Termin: 12. bis 16.10.92
Sozialrecht: Bundessozialhilfegesetz
Termin: 7. bis 8.9.92
Mädchenarbeit in der Jugendsozialarbeit – Jugendberufshilfe
Termin: 13.10.92
SchuldnerInnenberatung: Vom Erstkontakt zur Schuldenregulierung
Termin: 2. bis 3.9.92
Schnupperseminar SchulderInnenberatung
Termin: 15.10.92
Anmeldung & Information:
Paritätisches Bildungswerk
Loher Str. 7
W-5600 Wuppertal 2
☎ (02 02) 2 82 20

HAMBURG

Das neue **Weiterbildungsprogramm** der **Werkhof AG Ottensen** für Herbst/Winter 92/93 ist soeben erschienen. Mit vielen interessanten Seminarangeboten zu den Themen: Existenzgründung · Buchführung · Ziel- und Zeitplanung · Organisationsentwicklung · Supervision
Bitte kostenlos anfordern bei:
Bildungs-Netzwerk
Gaußstr. 17
W-2000 Hamburg 50
☎ (0 40) 39 51 51

FRAUEN

TISCHLERINNEN

3. Bundesweites Tischlerinnentreffen »Lebens(t)räume vom 11. bis 13.9.92 in der Nähe von Kassel. Nähere Infos bekommt Frau unter 030-691 94 50 oder 030-626 44 82
oder schriftlich bei:
A. Brauchle
Dieffenbachstr. 15
W-1000 Berlin 61

BONN

Verhandeln und Gespräche führen
Rhetorik intensiv II
Termin: 9. bis 11.10.1992
Kosten: 505 DM incl. U & V
Zeitmanagement für Frauen
Termin: 16. bis 18.10.1992
Kosten: 505 DM incl. U & V
Führen und Leiten II
Termin: 23. bis 25.10.1992
Kosten: 510 DM incl. U & V
Ausführliches Programm:
Werkstatt für Demokratie
und Öffentlichkeit
Estermannstr. 204
W-5300 Bonn 1
☎ *(02 28) 67 46 63*

FRAU & ARBEIT

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Termin: 28.9. bis 2.10.92
Buchführung am PC
Termin: 14.10. bis 11.11.92
5 Abende/1 Wochenende
Anmeldung & Information:
Frau und Arbeit e.V.
Grindelallee 43
W-2000 Hamburg 13
☎ (0 40) 44 49 60

WUPPERTAL

Frauenspezifische Beratung. Grundkurs. 3 Teile
Termine: 21. bis 23.9.92; 2. bis 4.11.92; 7. bis 9.12.92
Entscheidungsseminar für »Frauenspezifische Beratung 1993«
Termin: 23. bis 25.9.92
Anmeldung & Information:
Paritätisches Bildungswerk
Loher Str. 7
W-5600 Wuppertal 2
☎ (02 02) 2 82 20

DEUTSCHER UMWELTTAG

Veranstaltungen des Ökozentrums:
Für BesucherInnen des Deutschen Umwelttages in Frankfurt/Main vom 18. bis 20.9.1992 bietet das Ökozentrum einen bewachten Fahrradparkplatz sowie im Cafe Infostände ökologischer Betriebe und naturkundliche Wanderungen durch die Stadtlandschaften Frankfurts an. Das Ökozentrum befindet sich in der Frankfurter Schäfergasse 46.

Zum Verbleib bei der/dem BestellerIn
Ich habe am ..... die Zeitung CONTRASTE zum jährlichen Bezugspreis von 60,-DM abonniert. Ich weiß, daß ich das Abonnement innerh. von 7 Tagen schriftlich widerrufen kann. Dazu genügt eine Postkarte an: CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 6900 Heidelberg 1

RÜCKMELDETERMIN 15.10.1992

BUNTE SEITEN 1993

Der Branchenführer durch die Selbstverwaltungsszene wird derzeit überarbeitet und soll im Januar 1993 unseren LeserInnen als kostenloser Service der CONTRASTE zugeschickt werden. Der letztmögliche Termin zur Rückmeldung für Inserate und kostenlose Adreßeinträge rückt immer näher und wir bitten unsere LeserInnen dringend um ihre Mitarbeit bei der Überarbeitung des Adreßbestandes.

Besonders die Verbände und Zusammenschlüsse werden gebeten uns ihre aktuellen Mitgliederanschriften mitzuteilen.

Wir wollen die BUNTEN SEITEN für die BenutzerInnen noch freundlicher gestalten und den Adreßbestand aktualisieren und erweitern. Diese Anstrengungen müssen natürlich auch finanziell abgesichert werden. Die Produktion der BUNTEN SEITEN wird nicht durch die Abogebühren bezahlt, sondern durch das Anzeigenaufkommen der dort vertretenen Projekte.

Wir bitten Euch, die Möglichkeit einer Anzeigenplazierung zu prüfen: Wer z.B. eine Druckerei für seine Zeitung oder Buchproduktion sucht, eine Adressenliste von Tagungshäusern, die nächste selbstverwaltete Vollkornbäckerei, Kneipe oder Buchladen an seinem neuen Wohnort und vieles anderes mehr, hat einzig über die BUNTEN SEITEN Zugang zu diesen Projekten. Eine Anzeige erhöht diese Aufmerksamkeit und ist nicht nur eine – wenn auch gewünschte Unterstützung des CONTRASTE-Projektes BUNTE SEITEN.

Zusätzliche Vertriebswege sollen einen größeren Verbreitungsgrad garantieren.

Bei Interesse an einer Anzeigenschaltung bitte die Preisliste in Heidelberg anfordern. Redaktions- und Anzeigenschluß ist am **15. Oktober 1992.**

Wie schon in der Vergangenheit sind wir bei der Adressenaktualisierung auf Eure Mithilfe angewiesen und bitten Euch um Rückmeldung nach Durchsicht der letzten BUNTEN SETEN. Die besonders explodierenden Projektegründungen in der Ex-DDR lassen sich kaum von unserer Redaktion erfassen, deshalb an unsere (wenigen) LeserInnen dort: Bitte schickt uns Infos! ●

BUNTE-SEITEN-Redaktion
CONTRASTE e.V. · Postfach 10 45 20
W-6900 Heidelberg 1

SONSTIGES

Rechtsradikalismus
Das Seminar richtet sich vor allem an aktive Personen aus der politischen Bildungsarbeit und an SozialarbeiterInnen, die mit dem Thema Rechtsradikalismus umgehen oder an Leute, die an *theoretischen Konzepten zu dieser Problematik* arbeiten.
Termin: 25.9. bis 27.9.1982
Kosten: 60 DM / erm. 30 DM
Information & Anmeldung:
AG SPAK
z. Hd. Thomas Bacher
Adlzreiter Str. 23
W-8000 München 2
☎ (0 89) 77 40 77 (auch Fax)

»Verhandlungen und Vermittler statt Konfrontation und Richter?
Meditation und Konfliktvermittlung zwischen Bürgerinitiativen und Staat«
Vom 23. bis 25.10.92 in der Europa-Akademie Werra-Meißner bei Kassel, Tagungsbeitrag 40 DM, Fahrtkostenerstattung 50%, weiter Informationen beim Veranstalter:
Stiftung Mitarbeit
Theo Bühler
Bornheimer Str. 37
W-5300 Bonn 1
☎ (02 28) 63 00 23

REGIONALENTWICKLUNG

Fachtagung: »Entwicklung im Ländlichen Raum Sachsens«
Seminar und Exkursion für regionalpolitisch interessierte und KommunalpolitikerInnen aus Ost und West in das Bundesland Sachsen.
Zeitraum: 7. bis 11.10.92. Preis: 200 DM für Unterkunft und Verpflegung, Materialien. (Fahrtkosten-Erstattung: 50% der Bahnfahrt 2. Klasse). TeilnehmerInnenbegrenzung: 20 Personen. **Anmeldeschluß:** 1.10.92
Programm: Forum Ländlicher Raum in Sachsen (Bildungstag mit Multiplikatoren aus dem ländlichen Raum Sachsens). Besichtigung von Projekten im ländlichen Raum: Regionalentwicklung, Umstrukturierung der Landwirtschaft, Agri-Kultur, Dorferneuerung.
Veranstalter: Katholische Landjugendbewegung in Kooperation mit Pro Provincia Institut.
Anmeldung & Information:
KLJB-Bundesstelle
Agrarreferent Thomas Tschöke
Drachenfelsstr. 23
W-5340 Bonn-Rhöndorf
☎ (0 22 24) 30 37

Hier bitte auch die Sonderteilnahmekonditionen für TeilnehmerInnen aus den Neuen Bundesländern erfragen.

Ökologische Regionalentwicklung in Schleswig-Holstein
Regionalentwicklung bewegt sich in den 90er Jahren mehr denn je im Spannungsfeld von Wachstumserwartungen und sozialen und ökologischen Gestaltserfordernissen. In Schleswig-Holstein kommen die Krise der Landwirtschaft, der Werften-Industrie und die Verringerung der Bundeswehrpräsenz als erschwerendes Moment hinzu. Trotzdem bleibt die ökologische Herausforderung für die Wirtschaft bestehen. In vielen Bereichen – Landwirtschaft, Verkehr, Flächen und Abfall – zeigen sich Grenzen der Belastbarkeit. Dies nicht nur hinsichtlich der natürlichen Kreisläufe, sondern auch mit Blick auf die effiziente und funktionsgerechte Organisation der Wirtschaft.
Von daher wollen wir mit Blick auf die Region Schleswig-Holstein nach ersten Lösungsansätzen einer ökologischen Regionalentwicklung fragen. Uns geht es dabei um integrierte Konzepte und um fach- und resssortübergreifende Maßnahmen. Schwerpunkte der Veranstaltung sind die Bereiche ökologischer Landbau, Verkehrsvermeidung, ökologisches Bauen, Abfallvermeidung, Innovationsnetzwerke und Regionalförderung.
Vom 4. bis 5.11.92 im Rathaus Kiel
Anmeldung:
Helge Raatz
IÖW-Regionalbüro
Waitzstr. 11
W-2300 Kiel
☎ (04 31) 56 63 62

SOZIOKULTUR

10 Jahre soziokulturelle Verbandsarbeit in Baden-Württemberg
vom 25. bis 27.9.1992 in Pforzheim. Neben der Tagung, die einen Rückblick über 10 Jahre Soziokultur in BaWü gibt, findet auch die Verleihung des diesjährigen »Theo-Pinkus-Kulturpreises« an die Freiburger Projektgruppe »Musik in Konzentrationslagern« statt.
Nähere Informationen:
LAKS BaWü
Felsenstr. 2
W-7530 Pforzheim

CONTRASTE

JETZT ABONNIEREN: Ich/Wir abonniere/n CONTRASTE zum fortlaufenden Bezug zum jährlichen Bezugspreis von 60,— DM bzw. 560 ÖSh (incl. Versand). Das Abonnement verlängert sich automatisch um weitere 12 Monate, wenn es nicht mindestens **3 Wochen vor Ablauf schriftlich** gekündigt wird.

Name:

Adresse:

Gruppe/Betrieb/Beruf:

Datum: Unterschrift:

Zahlungsweise (zutreffendes bitte ankreuzen)

— Einzugsermächtigung: Ich erkläre mich damit einverstanden, daß die Abonnementgebühren von meinem Konto abgebucht werden.

Kontoinhaber:

Geldinstitut:

Konto-Nr.: BLZ:

Diese Einzugsermächtigung wird ungültig, wenn ich sie **schriftlich** widerrufe.

Datum: Unterschrift:

— Gegen Rechnung. Ich zahle sofort nach Erhalt der Rechnung. Bitte keine Vorauszahlung auf unser Konto !

— Ein Verrechnungsscheck liegt dieser Bestellung bei.

Diese Bestellung kann innerhalb von 7 Tagen schriftlich widerrufen werden.
Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 6900 Heidelberg 1. Davon habe ich Kenntnis genommen.

Datum: Unterschrift:

Coupon ausgefüllt an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 6900 Heidelberg 1, einsenden.